Die Socialdemokratie

vor dem

Deutschen Reichstage.

Stenographischer Bericht

der Verhandlungen des Deutschen Reichstags am 30. März 1886.

Inhalt:

Zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878.

Drittes Heft.

Stuttgart.
Verlag von J. H. W. Dietz.
1886.

Reichstags-Sitzung

am Dienstag, den 30. März 1886.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Gegenstand derselben ist:

Zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Fritzen.

Meine Herren, es liegen uns vor: erstens der Commissionsantrag, welcher dahin geht, den vorgelegten Gesetzentwurf abzulehnen; sodann liegt vor die Regierungsvorlage und zu derselben die Abänderungsanträge des Abgeordneten Dr. Windthorst auf Nr. 158 der Drucksachen, sowie ein eventueller Abänderungsantrag des Abgeordneten Dr. Freiherrn von Hertling auf Nr. 243 der Drucksachen. Ich glaube Ihnen vorschlagen zu sollen, die Discussion in der Art vorzunehmen, daß zunächst die Anträge des Abgeordneten Dr. Windthorst einzeln discutirt werden; demnächst würde über dieselben abzustimmen sein mit einer doppelten Eventualität: einmal der, daß sie demnächst im Ganzen angenommen, und mit der zweiten Eventualität, daß dann das Gesetz mit diesen Anträgen angenommen wird. Sodann wird eventuell der Antrag des Abgeordneten Dr. Freiherrn von Hertling zur Discussion kommen — wiederum mit der Eventualität, daß überhaupt das Gesetz angenommen wird —, damit zugleich wird die Regierungsvorlage selbst zur Discussion gelangen. Eine Trennung der Discussion über die Regierungsvorlage von der Discussion über den Antrag Dr. Freiherr von Hertling dürfte sich als zweckmäßig nicht empfehlen.

Mit diesem Gang der Discussion ist das Haus einverstanden.

Ich möchte vorschlagen, ähnlich, wie es vor zwei Jahren geschehen ist, verschiedene Paragraphen der Anträge des Abgeordneten Dr. Windthorst zusammenzufassen, und zwar zunächst von den Anträgen, welche unter Nr. II als Art. I gestellt sind, die zu den §§ 9, 10, 17 und 18; es sind das diejenigen Paragraphen, welche die Vereine und Versammlungen betreffen.

Ich eröffne demnach die Discussion über die eben von mir genannten Paragraphen.

Das Wort hat der Herr Referent.

Berichterstatter Abgeordneter Fritzen: Meine Herren, in der Commission, welcher dies Gesetz zur Vorberathung überwiesen war, haben vier Sitzungen stattgefunden, von denen die erste der Generaldiscussion, die drei folgenden der Specialdiscussion gewidmet waren. In der Generaldiscussion wurden im Wesentlichen die Gründe für und wider wiederholt, welche bereits im Plenum des Hauses zum Ausdruck gekommen waren, und ich glaube den Intentionen des Hohen Hauses zu entsprechen, wenn ich hierauf nicht näher eingehe.

In der Specialdiscussion kamen darauf die unter Nr. 158 Ihnen vorliegenden Anträge des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst zur näheren Erörterung. Dieselben haben den Zweck, eine Abschwächung und eine Abmilderung des Gesetzes herbeizuführen, und zwar nach mehrfacher Richtung hin: zunächst in Bezug auf das Versammlungsrecht, sodann in Bezug auf die Presse, fernerhin in Bezug auf die Bildung der Beschwerde-Commission und zuletzt in Bezug auf den sogen. kleinen Belagerungszustand, indem sie bezwecken, den sogen. kleinen Belagerungszustand sowohl hinsichtlich des Umfanges als auch hinsichtlich der Folgen abzuschwächen. Endlich wollen die Anträge die Verlängerungsfrist abkürzen, indem sie die Frist von 5 auf 2 Jahre herabsetzen wollen.

Der äußere Gang der Verhandlungen war nun ungefähr derselbe, wie er in der Commission vor zwei Jahren stattgefunden hatte. Die Vertreter der verbündeten Regierungen verhielten sich den gestellten Anträgen gegenüber, mit Ausnahme desjenigen über die Verlängerungsfrist, durchaus ablehnend. Sie erklärten, daß diese Anträge für sie unannehmbar seien, und führten näher aus, daß durch das Gesetz den verbündeten Regierungen eine große und schwere Verantwortlichkeit aufgeladen wäre, und daß sie diese Verantwortlichkeit nur dann tragen könnten, wenn ihnen die Waffen, welche ihnen mit diesem Gesetz gegeben wären, nicht abgestumpft würden.

In der Commission machten sich drei Richtungen geltend. Die erste Richtung glaubte in engem Anschluß an die Stellung der Regierungen, daß die Anträge auf Abänderung und Milderung des Gesetzes unannehmbar seien; sie erklärte, daß diese Gesetze ihrer Anschauung nach das Mindeste desjenigen enthalten, was zur Bekämpfung der dadurch getroffenen Bestrebungen nothwendig sei, und erklärte daher, nicht nur gegen die Anträge im Einzelnen stimmen zu müssen, sondern auch gegen das ganze Gesetz, wenn es nach diesen Anträgen amendirt werden sollte.

Eine zweite Richtung hatte den diametral entgegengesetzten Standpunkt. Diese Gruppe erklärte, daß das Gesetz als Ausnahmegesetz für sie principiell unannehmbar sei. Sie war der Ansicht, daß die socialdemokratischen Bestrebungen ausschließlich auf dem Boden des gemeinen Rechts bekämpft werden müßten. Sie würde zwar für die Abänderungsvorschläge stimmen, weil sie anerkennen müßte, daß sie immerhin eine Verbesserung gegen den jetzigen Zustand enthielten, aber immer unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß das Gesetz auch durch die Abänderungsanträge für sie nicht annehmbar würde, und daß sie sich vorbehielten, immerhin gegen das ganze Gesetz zu stimmen, auch wenn es nach diesen Anträgen abgeschwächt würde.

Endlich machte sich eine dritte Richtung geltend, und zwar diejenige, aus deren Schoße die Abänderungsanträge hervorgegangen waren; dieselbe nahm einen mehr vermittelnden Standpunkt ein. Man war in dieser Gruppe auch der Ansicht, daß im Princip die Ausschreitungen der socialistischen Bestrebungen auf dem Boden des gemeinen Rechts bekämpft werden müßten; indessen hielt man es für äußerst bedenklich, aus dem Zustande der vollen Beschränkung in den Zustand der vollen Freiheit dieser Bestrebungen unvermittelt hinüberzugehen. Man glaubte vielmehr, daß es geboten sei, in dieser Beziehung ein Uebergangsstadium herbeizuführen, während dessen die Regierungen denn auch die Zeit haben würden, das gemeine Recht in der Weise zu ergänzen, wie es zu einer wirksamen Bekämpfung dieser Bestrebungen geeignet erscheine.

Im Anschluß an diesen ganzen Standpunkt wurden denn auch von dieser Seite zwei Resolutionen in Antrag gebracht, und zwar eine Resolution, welche die verbündeten Regierungen auffordert, das gemeine Recht in der Weise abzuändern, daß es zu einer wirksamen Bekämpfung der in dieser Beziehung zu treffenden Bestrebungen geeignet erscheine; eine zweite Resolution, welche — ausgehend davon, daß mechanische äußere Mittel nicht hinreichend sein würden, diese Bestrebungen zu bekämpfen — auffordert, daß die sittlichen, religiösen Kräfte freigegeben und zu ihrer freien Entfaltung zugelassen und ihrer seitherigen Fesseln entledigt würden.

Meine Herren, die Abstimmung ergab nun folgendes Resultat. Bei der Abstimmung über die einzelnen Amendements schlossen sich die zu zweit und dritt gedachten Richtungen zusammen und brachten diese Amendements sowohl im Einzelnen wie im Ganzen zur Annahme, und zwar durch die Bank mit 12 gegen 7 Stimmen. Als darauf das ganze Gesetz, wie es sich nach diesen Amendements gestaltet hatte, zur Abstimmung gelangte, schlossen sich hingegen die zuerst und zu zweit gedachten Gruppen zusammen, d. h. die Gruppe, welche das Gesetz nur dann wollte, wenn es nicht abgeschwächt würde, und die Gruppe, welche überhaupt kein Ausnahmegesetz wollte, auch wenn es abgeschwächt wäre, und brachten dann das Gesetz mit einer Stimmenmehrheit von 12 gegen 5 zu Falle.

Es fand darauf noch eine Abstimmung über die Regierungsvorlage statt, nachdem eine Geschäftsordnungsdebatte vorhergegangen war, und wurde die Regierungsvorlage ebenfalls abgelehnt mit 12 gegen 5 Stimmen.

Ich bemerke noch, daß im Laufe der Verhandlungen von anderer Seite noch zwei Anträge eingegangen waren: ein Antrag, welcher den letzten Absatz des § 1 des Gesetzes, welcher lautet:

Den Vereinen gleichgestellt sind Verbindungen jeder Art,

beseitigt; und ein zweiter Antrag, welcher den § 22 des Gesetzes aufgehoben wissen will. Der § 22 gestattet unter gewissen Voraussetzungen auf Grund von gerichtlichen Erkenntnissen polizeilicherseits angeordnete Aufenthaltsbeschränkungen. Diese beiden Paragraphen wurden in der Commission mit einem Verhältniß von etwa 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Die Abstimmung über die gestellten Resolutionen hatte kein anderes Resultat. Es wurden beide Resolutionen abgelehnt. Ich behalte mir vor, sowohl bezüglich der einzelnen Amendements als auch bezüglich der Resolutionen, sofern sie hier wieder zur Discussion gestellt werden, die näheren Ausführungen, sofern es erforderlich ist, zu machen. Zunächst beschränke ich mich darauf, namens der Commission deren Antrag zu wiederholen, welcher lediglich dahin geht, den vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878, abzulehnen.

Präsident: Der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath, Staatsminister und Minister des Innern von Puttkamer, hat das Wort.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen, Staatsminister und Minister des Innern von Puttkamer: Meine Herren, der Herr Referent hat die Vorgänge in der Commission vollkommen erschöpfend und zutreffend Ihnen dargelegt, und ich habe meinerseits anzuerkennen, daß er auch dem Standpunkte, welchen die verbündeten Regierungen bei der Commissionsberathung entwickelt haben, vollkommen gerecht geworden ist. Ich möchte aber, da wir uns noch jetzt vor den wenigstens vorläufig entscheidenden Abstimmungen über diese wichtige Frage befinden, doch meinerseits um die Erlaubniß bitten, noch einige allgemeine Bemerkungen über die augenblickliche Situation der Vorlage gegenüber anzuknüpfen.

Zunächst habe ich im Namen der verbündeten Regierungen unser Bedauern darüber auszusprechen, daß es dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst nicht gefallen hat, auf die von ihm in der Commission eingebrachten Amendements zu unserer Verlängerungsvorlage zu verzichten. Ich glaube, der verehrte Herr hätte sich bei diesem Anlaß und in Erinnerung an die Vorgänge vor zwei Jahren von vornherein überzeugen müssen, daß sein gewiß wohlgemeinter Versuch, eine vermittelnde Stellung einzunehmen, obwohl er seinerseits, so viel wie ich weiß, in keinem Stadium sich dafür erklärt hat, persönlich für das umgestaltete Gesetz eintreten zu wollen, — daß dieser Versuch von vornherein ein völlig aussichtsloser sei.

In einer Frage, wo es sich um eine Gesetzesvorlage von so einschneidender Wirkung und so großer politischer Tragweite und Bedeutung handelt, giebt es in der That nur ein „Für" oder ein „Wider". Diejenige Anschauungsweise, welche principiell auf dem Boden der kategorischen Formel der Unzulässigkeit eines Ausnahmegesetzes in jeder Gestalt steht, welche die Bezwingung der Socialdemokratie — ich spreche natürlich immer nur von der Spielart derselben, welche unter das Gesetz fällt — durch freie Discussion für möglich erachtet, welche abwarten will, bis die durch die Agitationen der Socialdemokraten hervorgerufene Gährung nach außen hin explodirt, und welche sie dann allerdings auch mit den strengsten Mitteln unterwerfen will, — diese Anschauung kann, wie ich anerkennen muß, sich unmöglich zu irgend einer Verlängerung des Gesetzes bekennen. Andererseits müssen diejenigen, welche bisher mit den verbündeten Regierungen die Nothwendigkeit energischer und vorbeugender Sicherheitsmaßregeln gegen die Ausschreitungen der Social-

demokratie anerkannt haben, auch für die Verlängerung — ich spreche in diesem Augenblick nicht von der Frist — für die Verlängerung des unveränderten Gesetzes eintreten. Ein Drittes, wiederhole ich, giebt es nicht. Ich meine, die Amendements des verehrten Herrn Abgeordneten haben sich — wenn der Ausdruck gestattet ist — zwischen zwei Stühle gesetzt, bekanntlich ein in jeder Situation unangenehmer Zustand.

(Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat in der Commission wiederholt betont, daß seine Absicht und sein Wunsch sei, durch Schaffung eines Uebergangszustandes in Form von Abmilderung sehr wesentlicher Bestimmungen des Socialistengesetzes der Socialdemokratie die Gelegenheit zu geben, sich durch eine vernünftige Benutzung der ihr durch diese Abmilderung gewährten relativ größeren Freiheit vorzubereiten auf den Wiedereintritt in die Reihe der Parteien, welchen ein uneingeschränktes Bürgerrecht in unserer öffentlichen Rechtsgemeinschaft zusteht. Hierin liegt also gewissermaßen eine erziehliche Methode, die in den Amendements zu Tage tritt. Ich habe nun hierauf zu erwidern, daß am allerwenigsten von den verbündeten Regierungen das erziehliche Moment in dem Socialistengesetz verkannt wird. Ich habe sogar meinerseits, wenn ich mich recht erinnere, bei wiederholten Gelegenheiten darauf aufmerksam zu machen Veranlassung gehabt, daß eine der wesentlichsten Wirkungen dieses Gesetzes unserer Auffassung nach die sei, daß die Socialdemokratie, wenn auch unter dem Drucke eines sehr starken Zwanges, sich eine gewisse Mäßigung in ihrem äußeren Auftreten angeeignet habe, und daß ich hierin allerdings einen erziehlichen Charakter und einen erfreulichen Erfolg des Gesetzes zu erblicken in der Lage sei. Aber ich sollte meinen, daß, wenn man diese Erfolge, wie ich annehme, daß sie erzielt sind, erreichen will, dann kann man sie doch nur erreichen durch eine strenge, aber gerechte Anwendung der in den Clauseln des Gesetzes enthaltenen Bestimmungen. Die Lösung, welche der Herr Abgeordnete Windthorst vorschlägt, ist alles, nur keine principielle, und das ist doch vor allen Dingen in dieser großen Materie durchaus nöthig. Wenn wir jetzt auf eine Reihe von Jahren in die Lage kommen, ein Gesetz handhaben zu sollen, dem die wesentlichsten Spitzen abgebrochen sind, so wird die factische Folge allerdings die sein, daß dieses abgemilderte, abgeschwächte Gesetz wesentlich den Bestrebungen der Socialdemokratie zu Gute kommt; aber die öffentliche Ruhe und Ordnung wird zu kurz dabei kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, in der Commission ist die ablehnende Haltung der Regierung diesen Amendements gegenüber sehr abfällig kritisirt worden, und man hat der Meinung Ausdruck gegeben, es handle sich nur um einen gewissen Eigensinn, eine gewisse Hartnäckigkeit, ein sic volo, sic jubeo, die Regierung wollte nichts anderes, als das ganze Gesetz; eine Abschwächung wollte sie sich nicht gefallen lassen und deshalb hätte sie sich jeder milderen Auffassung widersetzt. Ich kann nur sagen, daß ich einer irrigeren Vorstellung als dieser nie begegnet bin. Meine Herren, die verbündeten Regierungen haben wahrlich kein Gelüste an sich dazu die Polizeimacht und die Polizeiwillkür zu vermehren

(Bewegung links);

sie haben an ihrer gesammten politischen und administrativen Verantwortung auf anderen Gebieten und auch auf diesem schon so schwer zu tragen, daß sie sich in der That danach nicht sehnen, diese Verantwortung durch Erweiterung ihrer discretionären Machtbefugnisse noch auf irgend einem Gebiete zu erweitern. Aber das müssen sie allerdings mit großer Entschiedenheit betonen — und daraus ergiebt sich der principielle Widerspruch gegen die Windthorst'schen Amendements —: wenn die Vertreter der Nation uns die schwere Verantwortung auferlegen, mittelst Handhabung dieses Gesetzes, so gut oder so mangelhaft es gehen wolle, für die Ruhe und Sicherheit des deutschen Reichs auf diesem Gebiete zu sorgen, dann hat diese Vertretung auch die Pflicht, die Waffe nicht abzustumpfen, die sie uns zu diesem Zweck vor 8 Jahren vertrauensvoll in die Hand gelegt.

Meine Herren, ich bin überhaupt in der Commission — es war ja nicht gerade so expressis verbis ausgesprochen, aber durch eine gewisse Unterströmung machte sich das bemerkbar — der Auffassung begegnet, als wenn es sich hier um eine Vorlage handle, die ganz besondere Vortheile für die Machtstellung der verbündeten Regierungen und deren plein pouvoir mit sich bringe. Ich bin der Meinung, daß die Verantwortung hier sich ganz klar abzeichnet. Die verbündeten Regierungen haben allerdings die Verantwortung, nach ihrer Ueberzeugung nichts zu versäumen, so viel an ihnen ist, um dem Reichstage die Ueberzeugung beizubringen, daß die Verlängerung dieses Gesetzes eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Dazu haben wir Ihnen die Vorlage gemacht; Sie mögen sie nun annehmen oder ablehnen, wir sind unserer Verantwortung ledig. Aber die Verantwortung, welche im Falle der Ablehnung dieses Gesetzes auf Diejenigen fällt, welche die Ablehnung herbeiführen, ist allerdings eine so ungeheure, namentlich in diesem Augenblick, daß ich mir kein Bild davon machen kann, wie man sie eigentlich tragen will. (Sehr richtig! rechts.)
Ich wende mich hier an Diejenigen, welche auf der ablehnenden Seite stehen. — Lassen Sie mich das einen Augenblick beleuchten.

Ich bin der Ueberzeugung, meine Herren, es wird nicht mißverstanden werden, wenn ich hier sage: es ist unmöglich, die heutige Discussion zu führen, ohne einen Blick zu werfen auf die Ereignisse, die in unserem schwergeprüften westlichen Nachbarstaate sich in diesem Augenblick vollziehen.

(Unruhe links. Sehr richtig! rechts.)

Es wäre geradezu eine Pflichtvergessenheit meinerseits, wenn ich in diesem Augenblick über jene Vorgänge schweigen wollte.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich werde Ihnen auch die Motive dafür gleich anführen; selbstverständlich enthalte ich mich dabei jeder Kritik der Gesetzgebung und der Regierung dieses unseres befreundeten Nachbarstaates.

Die belgische Regierung steht in diesem Augenblick in einem Kampf für die öffentliche Ordnung Europas

(Lachen links)

— für die öffentliche Ordnung Europas.

(Sehr richtig! rechts.)

Jedes Wort meinerseits, welches bei dieser Debatte so ausgelegt werden könnte, als wollte ich ihr die Stellung in diesem Kampfe erschweren, wäre ein Mangel an freundnachbarlicher Gesinnung, dessen ich mich nicht schuldig machen möchte. Wir hoffen von der Energie und Weisheit der belgischen Regierung, daß es ihr bald — denn Eile thut ja allerdings Noth — gelingen wird, diese Rotte von Verbrechern zu Boden zu werfen, die, von revolutionärem Fanatismus angestachelt, in dem unglücklichen Landestheile unerhörte Greuel verübt!

(Sehr richtig! rechts.)

Aber worauf es hier wesentlich ankommt, ist, Ihnen zu zeigen, zu welchen verschiedenen Resultaten auf dem Gebiete der Bekämpfung der socialistischen Bestrebungen unfehlbar das verschiedene System der Gesetzgebung führt. Belgien, meine Herren, ist ein Staat, in welchem alle Parteien, auch die Socialdemokratie nicht ausgenommen, unbeschränktes Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht haben, und zwar seit Emanirung der belgischen Verfassung, also seit mehr als einem halben Jahrhundert.

Nun steht über allem Zweifel erhaben fest, daß ein sehr wesentlicher Theil der Ursachen an dem Ausbruch — dieses Bürgerkrieges, so muß ich es nennen — in der geschickten und verbrecherischen Benutzung, in dem Mißbrauch dieser durch die belgische Verfassung den Parteien gewährleisteten Rechte zu finden ist. Es erscheinen in Belgien drei oder vier socialrevolutionäre Zeitungen ganz frank und frei mit Angabe des Druckortes und des Verlegers; jedes derselben wird in 12—15,000 Exemplaren in den Reihen der Arbeiterbevölkerung verbreitet, und die revolutionären Leidenschaften, die schon durch die Lectüre dieser Zeitungen angefacht werden, werden dann weiter entflammt durch ein vollständig unbeschänktes Coalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht. Selbst noch während die Flammen des Bürgerkrieges schon aufloderten, haben ungehindert Massenmeetings stattgefunden und stattfinden können, in denen zu Raub und Plünderung aufgefordert ist.

(Hört! hört! rechts.)

Und alles das, meine Herren, unter der Herrschaft eines Strafgesetzes, welches meines Wissens nicht milder ist als das unsrige. Also ist damit bewiesen, daß dieselbe Kunst, welche unsere in Deutschland befindlichen Revolutionsagitatoren bis zur Vollkommenheit gelernt haben, nämlich das Volk aufzustacheln bis zur blindesten Entfachung der Leidenschaften, ohne in die Netze des gemeinen Strafrechts zu fallen, — daß diese Kunst auch in Belgien in demselben Maße von den Agitatoren ausgebildet worden ist; und ich darf hier, ohne in die Gesammtheit des Urtheils über die Ursachen der jetzigen Arbeiterrevolten einzugehen, die sehr bestimmte Vermuthung aussprechen, daß ein großer Theil — ich will nicht sagen, der ausschließliche Anlaß; denn da sind noch sehr viel wirthschaftliche Momente mit in Betracht zu ziehen — ein sehr großer Theil der Schuld an dem jüngsten anarchistischen Ausbruch in dem Mißbrauch des Preß-, Vereins- und Versammlungsrechtes liegt, den die Socialdemokratie dort betrieben hat.

Wenn man dies als Behauptungen aufstellt, ist es ja sehr erwünscht und nothwendig, wenn man ihnen einen Beweis beifügt. Ich kann das ja hier nicht in einer solchen Ausführlichkeit thun, daß ich Ihnen

einen Ueberblick gebe über den ganzen revolutionären Inhalt des größeren Theils dieser belgischen Blätter; aber ich will anknüpfen an eine Thatsache, die wohl sämmtlichen Herren, die hier im Saale anwesend sind, schon aus den Zeitungen bekannt geworden ist.

Es ist notorisch, daß bei allen Aufrührern, die jetzt durch die Truppenmacht bei Charleroi verhaftet worden sind, außer dem obligaten Revolver eine Broschüre aufgefunden worden ist, welche sich benennt „le catéchisme du peuple“, mit der Angabe des Verfassers, des Druckorts, des Verlegers, — alles in der schönsten Ordnung. Diese Schrift ist in vielen Tausenden von Exemplaren kurz vor dem Ausbruch der Unruhen und während der Unruhen ganz ruhig und ungehindert verbreitet worden. Ich glaube, meine Herren, die belgische Staatsanwaltschaft hat kein legales Mittel an der Hand gehabt, der Verbreitung entgegenzutreten. Nun erlauben Sie mir, Ihnen darzulegen, welchen Einfluß der Inhalt dieser Flugschrift, welche im Redactionsbureau des „le Peuple“ auflag, auf die ohnehin durch Aufhetzungen aller Art entflammten Leidenschaften der bethörten Massen mit Nothwendigkeit haben mußte. Diese Flugschrift ist, was ja immer sehr geschickt ist, in der Form von Frage und Antwort gehalten. Der Frager stellt eine Frage, die sich auf die Zustände des unterdrückten Volkes und dessen Sclaverei bezieht, und die Antwort formulirt immer einen entsprechenden revolutionären und aufrührerischen Kraftausdruck. Ich will übrigens dabei bemerken, daß ich in einer Beziehung allerdings der Meinung bin, daß der Inhalt der Broschüre strafbar ist wegen der schamlosesten Beleidigungen gegen Se. Majestät den König der Belgier. Was aber die sociale Seite der Sache betrifft, nämlich das Verhältniß des Arbeiters zum Arbeitgeber, — das ist der Mittelpunkt der ganzen Angelegenheit, — da sind nun allerdings mit einer wahrhaft — ich kann nur sagen — infernalen Kunst die Grenzen innegehalten, daß sie gerade ausreichen, um den Verfasser vor dem Strafrichter zu bewahren, daß aber andererseits sie in dem Sinne durchaus überschritten sind, um die durch diese Broschüre bethörten Massen zum Aufruhr zu treiben und andererseits ins Zuchthaus zu bringen.

Ich werde Ihnen nur den Schluß diese Broschüre vorführen und bitte um Entschuldigung, ich werde sie in deutscher Uebersetzung vortragen. Sie ist in sieben Capitel getheilt — leçons — und da will ich Ihnen einmal den wesentlichen Theil der 7. leçon vorführen. Also:

Frage: Du bist ein Sclave?
Antwort: Ja, ich bin ein Sclave.
Frage: Wer herrscht über Dich?
Antwort: 30,000 Privilegirte.
Frage: Sind das ehrliche Leute?
Antwort: Nein. Sie haben von Allem ihren Vortheil und leben von unserer Arbeit, indem sie uns Alles verweigern und uns aussaugen.
Frage: Was lassen sie Dir?
Antwort: Nichts. Die Reichen nehmen unsere Töchter zum Futter für die Prostitution, unsere Söhne nehmen sie zum

Kanonenfutter, und unser eigenes Leben nehmen sie, um Dividenden daraus zu münzen.

Frage: Was gedenkst Du gegen sie zu unternehmen?

Antwort: Die Sclaverei vernichten, unter der wir schmachten.

Frage: Wie willst Du das erreichen?

Und nun, meine Herren, bitte ich Sie, — es ist das höchst bedeutsam nach meiner Meinung, — der Verfasser sagt nicht: wir gehen nach Monts, nach Charleroi, um die Schlösser der Reichen anzustecken; nein, da sagt der Verfasser:

das werde ich erreichen durch das allgemeine Stimmrecht.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, eine groteskere Auffassung der Verhältnisse, wie sie in diesen Worten liegt, glaube ich, läßt sich kaum denken; aber der Zweck ist sehr klar. Der geehrte Verfasser entflammt in dem Augenblick die niedrigsten, gefährlichsten Leidenschaften des Volkes, dann schlägt er sich mit einer legalen Phrase „seitwärts in die Büsche" und überläßt nun die von ihm bethörte Menge den Gefahren, denen sie, wenn sie sich diesen Revolten überläßt, entgegengehen muß.

Ich bin der Meinung, daß ich nicht zu weit gehe, wenn ich alle diese Erwägungen zusammenfasse darin, daß die Voraussetzung nicht zu kühn ist, die ich ausspreche: Wenn die belgische Gesetzgebung, ähnlich wie die unsrige, den Verwaltungsbehörden die Mittel an die Hand gegeben hätte, diesen Ausschreitungen präventiv entgegenzutreten durch Beschlagnahme und Verbote von Druckschriften, Verbote von Versammlungen, in denen diese anarchistischen Tendenzen weiter erörtert wurden, — so würde die Möglichkeit, ja ich sage, die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß derartig erschütternde Ereignisse, zu deren Zuschauer wir jetzt gemacht sind, erspart worden wären. Und, meine Herren, daran darf ich wohl die Frage knüpfen: will man nun diesen Dingen gegenüber bei uns die Verantwortung dafür übernehmen, das einzige Sicherheitsventil, welches wir haben, fortzuschaffen und uns derselben unbeschränkten Agitation preiszugeben, welche jetzt in Belgien so blutige Früchte getragen hat? Sollte denn in der That, wenn wir das gleichmäßig abwägen, was diese beiden sich gegenüberstehenden gesetzgeberischen Systeme an Früchten gezeitigt haben, — sollte das in der That nicht die zwingende Ueberzeugung dafür begründen, daß unser System das humanere und weisere ist?

(Lachen. — Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, was wollen denn unsere paar, oder meinetwegen auch unsere zahlreichen verbotenen und aufgelösten Versammlungen, was wollen denn die confiscirten und verbotenen Zeitungen, ja, ich gehe weiter, was will denn selbst die Ausweisung einer Anzahl von Leuten aus bestimmten Orten, wodurch sie wirthschaftlich Nachtheile erleiden, was will denn alles das sagen gegen die furchtbaren Ausschreitungen, welche wir jetzt in unserem Nachbarlande vor sich gehen sehen? was will es sagen gegen diese rauchenden Trümmer von zahllosen Fabriken, Schlössern, Klöstern? gegen die Unsummen von zerstörtem Eigenthum, aber, was mehr bedeuten will, gegen das unsägliche Elend, das über

diejenigen unfehlbar kommen muß, die, den Lockrufen dieser gewissenlosen Agitatoren folgend

(sehr richtig! rechts),

in ihr eigenes Verderben gerannt sind? Ich bin überzeugt, eine große Anzahl von Personen wird an Leben, Freiheit, Gesundheit und Ehre eine solche Einbuße erleiden, daß dagegen die — wenn auch strengen, aber, ich wiederhole es, humanen — Clauseln unseres Gesetzes wirklich in ein Nichts zusammenfallen.

(Sehr wahr! sehr richtig! rechts.)

Ich möchte doch da auch einmal an die einzelnen Parteien mich wenden und zunächst die Herren vom Freisinn fragen, ob sie denn wirklich ihre Ueberzeugung, daß die freie Discussion ausreicht, um die Socialdemokratie von ihren Irrwegen abzubringen, ob sie diese Ueberzeugung den hier vorliegenden Zuständen gegenüber noch länger aufrecht erhalten wollen? Und ferner möchte ich fragen, ob die Herren vom Centrum sich nicht auch aus diesen Vorgängen eine sehr beachtenswerthe Lehre ziehen wollen? Sie haben bisher — und ich bin weit davon entfernt, Ihnen das principiell zu bestreiten — die sittliche Macht Ihrer Kirche rühmend hervorgehoben, und ich bin gewiß der letzte, der dies bestreitet oder auch nur wünschen möchte, daß es anders würde. Ich bitte Sie aber zu erwägen: Belgien ist ein durch und durch katholisches Land, hat eine Regierung, die gewiß von nichts mehr entfernt ist, als die katholische Kirche von der freien ungehinderten Ausübung der ihr innewohnenden Heilmacht abzuleiten. Die katholische Kirche hat in diesem Lande seit 50 Jahren und länger ungehindert, nach der Anschauung mancher vielleicht über das gewöhnliche Maß hinaus, ihre Kraft und ihren Einfluß auf die Gemüther entfalten können. Und dennoch, meine Herren, diese Aufstände und dieser Ausbruch der wildesten, elementarsten und brutalsten Volksleidenschaften! Ich habe die Ueberzeugung, daß 99 Procent dieser Strikenden und zu Mord und Plünderung schreitenden Arbeiter an sich gute Söhne ihrer Kirche sind.

(Sehr richtig! links; Widerspruch im Centrum.)

— Es wäre doch sehr wunderbar, wenn die arbeitende Classe Belgiens antireligiös wäre; wenn das der Fall wäre, dann würde dort die Kirche ihrer Aufgabe sich nicht gewachsen gezeigt haben.

(Lachen.)

Ich wiederhole, ich bin der Ueberzeugung, daß die große Mehrzahl dieser Leute gute Söhne ihrer Kirche sind.

(Lebhafter Widerspruch im Centrum.)

— Meine Herren, Ihr lebhafter Widerspruch beweist mir, daß diese Wahrheit Sie getroffen hat.

(Zuruf: Nein!)

Aber — und daß ist wohl der Schluß, den ich Ihnen vorführe, Sie müssen sich davon überzeugen, daß es gewisse Aufreizungen und Agitationen giebt, denen auch die Macht Ihrer Kirche nicht gewachsen ist, und daß deshalb all Ihr — wie ich vorhin anerkannt habe — berechtigter Stolz auf die Macht Ihrer Kirche doch sich einigermaßen in vorsichtigen Grenzen bewegen muß, um nicht dahin zu gelangen, wo dann

eben das uferlose Meer der Agitationen über dem wohlthätigen Einfluß Ihrer Kirche mit ihren trüben Wogen zusammenschlägt.

Aber wenn ich nun glaube hiermit doch einigermaßen dargethan zu haben, daß es bei der jetzigen Lage der Sache und bei den Zuständen, in denen wir in diesem Augenblick leben, eine kaum zu tragende Verantwortung sein würde, gegen die Verlängerung des Gesetzes zu stimmen, so will ich doch, meine Herren, den Blick noch etwas erweitern. Was jetzt in unserer nächsten Nachbarschaft sich auf dem Gebiete der revolutionären Arbeiterbewegung ereignet und vollzieht, das war nur ein einzelner, allerdings furchtbar zündender Strahl aus den Gewitterwolken, die über dem politischen Horizonte hängen. Wer die Bewegungen und die internationale Entwickelung der letzten Monate beobachtet hat, der wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß in dem westeuropäischen Gebiete und auch über den Ocean hinaus eine gewisse Entfesselung der elementaren Volkskraft sich anzubahnen beginnt, wie sie in jedem denkenden Politiker die schwersten Bedenken hervorrufen muß ob der Sicherheit unserer Zukunft. Wenn das richtig ist, dann glaube ich behaupten zu können, daß Deutschland mit seiner starken Monarchie und all den Machtmitteln', die ihr zu Gebote stehen, doch als eins der festesten Bollwerke der Ruhe und Ordnung zu betrachten ist, und daß zu diesen Bollwerken dasjenige Gesetz, um dessen Verlängerung es sich hier handelt, ganz wesentlich mit gehört. Das zu bestreiten wird wohl heute niemand mehr unternehmen.

Der Ueberzeugung kann ich allerdings hier Ausdruck geben, daß auch bei der Nichtverlängerung dieses Gesetzes die äußere Ruhe und Ordnung in Deutschland nicht in dem Maße Gefahr läuft, wie das jetzt an anderen Orten der Fall ist; denn, meine Herren, wir haben sowohl die Macht wie den Willen, jeder — auch der leisesten — socialrevolutionären Erhebung einen niederschmetternden Widerstand entgegenzusetzen.

(Bravo! rechts.)

Aber darauf kommt es hier augenblicklich gar nicht an, sondern hier handelt es sich darum, ob die Nation sich selbst das Mittel aus der Hand winden will, um dem Ausbruch solcher Leidenschaften vorzubeugen. Die Gesinnung, welche unzweifelhaft entstehen muß, wenn die socialdemokratische Agitation in ihrer revolutionären Gestalt ungehinderte Bahn bekommt, die ist es, welcher wir entgegenzutreten den Beruf fühlen; also der humane Charakter unseres Gesetzes, der darin besteht, daß wir die großen Arbeitermassen vor den Verführungskünsten der Agitatoren schützen wollen, das ist die Sache, um die es sich handelt, und ich kann deshalb, indem ich mir vorbehalte, auf die leider ja noch zur Discussion stehenden Abänderungsvorschläge des Herrn Abgeordneten Windthorst bei der Discussion derselben näher einzugehen, Sie nur dringend bitten, sich der Ueberzeugung nicht zu verschließen, daß Sie dem Vorschlage der verbündeten Regierungen doch werden beitreten müssen. Ich möchte sagen, wer in diesem Augenblicke in Deutschland die Hand dazu bietet, das Socialistengesetz aufzuheben, der ist einem Manne vergleichbar, welcher jahrelang ruhig und friedlich unter seinem Dache gelebt hat,

und welcher bei heraufziehendem Gewitter nichts eiligeres zu thun hat, als den Blitzableiter, der sein Dach beschützt hat, zu entfernen.

(Oh! und Zurufe links. Sehr richtig! rechts.)

— Ja, meine Herren, das stimmt allerdings; und ich glaube noch hinzufügen zu müssen, daß die Nichtverlängerung dieses Gesetzes ja nicht einmal die Folge hat, innerlich betrachtet, daß nun der frühere status quo wieder hergestellt wird. Nein, meine Herren, die Folge und der Eindruck auf die öffentliche Meinung wird ganz anders sein, und namentlich auf diejenigen Parteien, mit denen wir es hier als Gegner zu thun haben; es wird gleichkommen einer Capitulation und Entwaffnung vor der socialdemokratischen Agitation; und in diese Gefahr unser Vaterland zu bringen — ich kann immer nur sagen, ich kann mich nicht davon überzeugen, daß eine Mehrheit des Reichstags sich dahin verirren wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich bitte Sie also, schaaren Sie sich wenigstens in diesem Falle, wenn auch nicht einmüthig, doch in einer entsprechenden Majorität um die deutschen Regierungen, und schaaren Sie sich namentlich auch um die ehrwürdige Person unseres erhabenen Kaisers, der für das Zustandekommen dieses Gesetzes sein Blut verspritzt hat, und der mir ausdrücklich befohlen hat, hier vor dem versammelten Rathe der Nation es auszusprechen, daß ihm kein herberer Schmerz und keine bitterere Enttäuschung an dem späten Abende seines Lebens bereitet werden könne, als zu sehen, daß die Vertretung der Nation ihn bei dem Versuche der Erhaltung und Sicherung des inneren Friedens im Stiche ließe.

(Bewegung.)

Ich bitte Sie, nehmen Sie die Vorlage an; Sie werden sich damit als vorsichtige und patriotische Politiker erweisen und den Dank des Vaterlandes verdienen.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Windthorst: Meine Herren, in den letzten Wochen hat man in den officiösen Blättern mich wiederholt angegriffen, weil ich angeblich die Person Seiner Majestät in unrichtiger Weise in die Debatte gezogen habe. Ich werde auf diese Angriffe demnächst bei § 28 ausführlich zurückkommen. Ich erwähne sie hier nur, um mir die Frage zu gestatten, ob das, was wir eben gehört haben, nicht alles das enthält, was man mir hat zum Vorwurf machen wollen

(sehr richtig! im Centrum);

und zweitens, ob bei aller Ehrfurcht, die wir haben, bei aller Unterthänigkeit, die wir ohne Ausnahme besitzen, es ganz in der Ordnung ist, in den parlamentarischen Debatten die geheiligte Person Seiner Majestät also anzuführen.

(Sehr richtig!)

Wir werden ohne Zweifel auf ein so ehrwürdiges Wort mit Ehrfurcht hinsehen und es tief in unserem Innern erwägen und überlegen; aber das bleibt doch immer wahr, daß der Volksvertreter voll und ganz nur aus der eigenen Ueberzeugung zu schöpfen hat, und daß, wenn diese nicht übereinstimmt mit dem, was Allerhöchsten Ortes gesagt ist, er sich

erlauben muß, die Gegenbemerkungen zu machen, welche zu machen ihm geboten ist.

Meine Herren, es ist von dem Herrn Minister besonders bedauernd hervorgehoben, daß die Anträge, welche Ihnen vorliegen, von mir erneuert worden wären. Ich mache den Herrn Minister aufmerksam darauf, daß diese Anträge nicht blos meine Anträge sind; es sind die Anträge meiner Freunde, die einmüthig dafür einstehen

(sehr richtig! im Centrum);

und es ist der Beschluß der Fraction eben gewesen, daß auch trotzdem, was in der Commission vorgekommen, diese Anträge zu erneuern seien, weil wir von der tiefbegründeten Ueberzeugung ausgehen, daß der Weg, den diese Anträge verfolgen, der allein richtige ist, um aus dem Labyrinth herauszukommen, in welches uns dieses Gesetz gebracht hat. Meine Herren, die sämmtlichen Discussionen, welche stattgefunden haben bei der Einführung des Gesetzes, bei den Rechenschaftsberichten betreffs desselben, bei den Verlängerungsanträgen, haben klar die Gründe dargelegt, weshalb man dafür hielt, daß das Gesetz, welches hier vorliegt, eine dauernde Institution nicht sein könne und auch nicht sein solle. In diesem Sinne ist es gegeben worden, in diesem Sinne hat die Nation es aufgenommen, und in diesem Sinne erwartet dieselbe, daß man es wieder aufhebt oder doch allmählich beseitigt und in die gewöhnlichen gemeinrechtlichen Grundsätze und Maßregeln zurückkommt. Wenn die, welche die Grundsätze dieses Ausnahmegesetzes mißbilligen, nicht sofort die volle Beseitigung desselben verlangen, sondern mit Rücksicht auf inmittelst gewordene Verhältnisse sich einverstanden erklären, daß eine Milderung stattfinde, und man so allmählich zum gemeinen Rechte zurückkehre, so geschieht das in Anerkennung des Gedankens, daß durch das Gesetz eben gewisse Zustände geschaffen sind, welche es wünschenswerth erscheinen lassen, auf eine allmähliche Aenderung derselben hinzuarbeiten.

Meine Herren, die Vorschläge, welche von mir gemacht sind im Einverständnisse mit meinen Freunden und im Auftrage derselben, lassen nach meiner innigsten Ueberzeugung der Regierung ein solches Maß von Präventivmacht, wie es nur gewünscht werden kann. Und wie sehr das der Fall ist, mag Ihnen beweisen der Gesetzgebungsversuch, der in diesem Augenblicke in Oesterreich gemacht wird, wo ganz entschieden nicht so viele Maßregeln verlangt werden, als hier fortzubestehen bestimmt sind, auch dann noch, wenn die Anträge, die ich gestellt habe, angenommen worden. Und wenn man in Oesterreich mit diesem geringeren Maße auskommen zu können glaubt, so weiß ich nicht, was uns, die wir viel weniger Schwierigkeiten haben, als man sie in Oesterreich vorfindet, abhalten sollte, diesen mäßigen Schritt zur allmählichen Herstellung der richtigen Verhältnisse zu thun.

Der Herr Minister nennt die Annahme der Anträge, oder doch mehr wohl noch die Aufhebung des Gesetzes, eine Capitulation vor der Socialdemokratie. Nein, meine Herren, die Socialdemokratie in unserem Lande ist nicht derartig, daß ich glaube, wir hätten irgend welchen Anlaß, vor ihr zu capituliren. Wir werden ihr auf allen Wegen mit der vollsten Kraft und der vollsten Bestimmtheit entgegentreten. Wir sind

von der vollkommenen Unrichtigkeit ihrer Weltanschauung überzeugt; wir wissen, daß sie im Grunde das Christenthum leugnet; wir wissen, daß ihre Lehren mindestens zur Verneinung der Monarchie führen; wir wissen, daß sie die socialen Eigenthums- und Personalverhältnisse auflösen will, wie diese in der Geschichte geworden, und wie sie durch die Lehren unserer Religion geheiligt sind. Das ist etwas, was jeden, der die gegentheiligen Anschauungen hat, abhalten muß und abhalten wird, mit ihr irgendwie zu capituliren. Und ich werde, und mit mir meine Freunde ausnahmslos und — ich bin überzeugt — die übrigen Parteien hier im Hause desgleichen, zu jederzeit, wo wir einen Anlaß und einen Beruf dazu haben, sie auf das allerentschiedenste bekämpfen.

(Bravo! im Centrum.)

Und wenn in neuerer Zeit in officiösen Blättern behauptet worden ist, daß irgend welche Bündnisse zwischen anderen Parteien und den Socialdemokraten beständen, und namentlich auch, daß wir und ich persönlich Beziehungen zu ihr hätten, so ist das eine der vielen Behauptungen, die man in die Welt streut, ohne zu beachten, daß es gegen den guten Brauch ist, in solch verläumderischer Weise seine Gegner anzugreifen.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Wir erkennen aber an, daß in den socialdemokratischen Bestrebungen auch berechtigte Punkte liegen; und so weit wir diese anerkennen, — und sie liegen insbesonders auf dem Gebiete der Verbesserung der Lage der Arbeiter und des für die Arbeiter nothwendigen Schutzes —, werden wir fortfahren, nach wie vor die Besserung, die da verlangt wird, zu genehmigen; und wir fordern die Regierungen auf und alle Parteien, auf diesem Wege uns energischer zu unterstützen.

(Sehr gut! im Centrum.)

Es kommt nicht allein darauf an, daß man die Macht hat, niederzuschlagen, sondern es kommt auch darauf an, daß man die Weisheit und den Verstand hat, die Dinge richtig zu leiten, damit ein Widerstand nicht entsteht.

(Lebhafter Beifall im Centrum.)

Meine Herren, von einer Capitulation ist also nicht die Rede dem Willen nach, aber auch in der That nicht. Denn wenn die bezeichneten Anträge angenommen werden, so sind auch nach den Anschauungen des Herrn Ministers — das ist meine feste Ueberzeugung — alle Waffen vorhanden, die nöthig sind, präventiv das zu thun, was der Herr Minister zu thun beabsichtigt. Ich muß dabei bleiben, was ich auch in der Commission gesagt habe, daß ich es als eine bedauerliche Festigkeit der Regierungen ansehe, wenn sie glauben, auch kein Titelchen abgeben zu können von dem, was in dem Gesetz steht; und das ist neuerlich so weit aufgebauscht worden, daß man selbst die Frage der Zeit, auf welche die Verlängerung geschehen soll, als ein noli me tangere hinstellt. Die Regierung selbst hat zu jeder Zeit zwei Jahre Verlängerung genügend gehalten; mit einem Male soll es eine conditio sine qua non sein, daß das Gesetz auf fünf Jahre verlängert wird. Ich weiß nicht, wenn man überhaupt eine conditio sine qua non in Bezug auf die Zeit stellen wollte, und die Argumente nähme, welche der Herr Minister vorgetragen hat, warum man nicht in den Consequenzen derselben ein-

fach dahin kommt, das Gesetz für unabänderlich in alle Zukunft gelten zu lassen.

(Rufe: Sehr wahr! Ruf: Das wäre das Beste!)

Meine Herren, es bleibt also bei den Versammlungen der Polizei ein weites Recht, einzuschreiten, sobald unzulässige socialdemokratische Ideen zum Vorschein kommen. Es bleiben ihr volle Maßregeln in Bezug auf die Presse. Wenn Bücher von der Art erscheinen, wie der Herr Minister uns eines vorgeführt hat — es war mir das auch bekannt —, dann gebe ich allerdings zu: das sind Bücher, die aus der Hölle geschrieben sind. Aber die Maßregeln, die von mir und meinen Freunden vorgeschlagen werden, hindern durchaus nicht, gegen derartige Bücher einzuschreiten. Ich wünsche nur, daß der Herr Minister dieselbe Anregung, denselben Umfang seiner Befugniß hätte oder gebrauchte, um religionswidrige, unsittliche Bücher anderer Art zu verbieten.

(Sehr gut! im Centrum.)

Der Herr Minister muß sich klar darüber werden, daß die Basis, die Genesis der Socialdemokratie eben darin liegt, daß man systematisch und consequent die Religion beseitigt

(Sehr wahr! im Centrum),

die Sittlichkeit untergräbt, daß man die Angriffe, welche in Wort und Bild auf sie gemacht werden, geschehen läßt.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Das ist der Krebsschaden unserer socialen Verhältnisse, daß derartige Dinge geschehen, weil auch in manchen höheren Kreisen daran Gefallen gefunden wird. Meine Herren, man will die Auswüchse fassen — und will die Wurzeln nicht ausrotten, aus denen sie hervorgehen. Dann kann ich allerdings nicht umhin, dem Herrn Minister für die indirecte Anerkennung, daß die Religion in diesen Dingen nicht gleichgültig sei — denn das lag indirect in seinen Ausführungen —, meinen Dank auszusprechen. Ich habe das auch von ihm nicht anders erwartet; er hat das jederzeit anerkannt und ausgesprochen, und es liegt darin ein wesentlicher Grund für die Achtung, die ich vor dem Herrn Minister habe. Aber wenn doch da auch eine Nutzanwendung stattfinden wollte, und wenn man dann geneigt wäre, die Hindernisse zu beseitigen, die in unserem Lande bestehen für die freie Entwickelung religiöser Anschauungen, religiöser Institutionen, dann würde ich sehr dankbar sein. Ich bedaure, daß die Regierung zur Erkenntniß erst kommt, wenn die Socialdemokratie an die Thür schlägt.

(Sehr richtig! im Centrum.)

Meine Herren, ich habe hier oft und wiederholt gesagt: für unsere katholischen Bevölkerungsclassen in Deutschland verlange ich gar keinen Schutz, auch dieses Gesetz nicht, wenn Sie uns nur die freie Entwickelung unserer Kirche geben und die Orden, die das volle Leben der Kirche bethätigen. Aber das wollen Sie nicht; auch selbst in den Vorlagen, die jetzt ventilirt werden, für welche ich allerdings der Regierung sehr dankbar bin, war an diese practische Bethätigung noch gar nicht gedacht worden.

(Sehr richtig! im Centrum.)

Der Herr Minister hat — ich habe das erwartet, und dabei lag eine gewisse Ironie in seiner Ausdrucksweise, die mir nicht ganz wohl gethan hat —

(Heiterkeit)

gesagt, wie wir doch sähen, daß es in Belgien so nicht gegangen sei, wie ich behauptete, und wie wir es behauptet hätten. Zunächst habe ich niemals etwas von Belgien, von den romanischen Völkern 2c. behauptet. Ich habe behauptet, was hier in Deutschland sei, und diese Behauptung halte ich aufrecht. Was aber die Sache in Belgien betrifft, so scheinen die verehrten Herren in den Regierungen — denn ich nehm an, daß der Herr Minister Namens der verbündeten Regierungen gesprochen hat — die Zustände in Belgien gar nicht zu kennen.

(Sehr richtig! im Centrum. Widerspruch rechts.)

Es ist seit vielen langen Jahren in Belgien ein absolut liberales, freimaurerisches Regiment . . .

(Sehr richtig! im Centrum. — Große Heiterkeit.)

— Meine Herren, ich habe diese Reaction aus Ihrer Mitte vollständig erwartet; nichtsdestoweniger halte ich meinen Satz aufrecht. Wenn die jetzigen Ereignisse dort so sind, wie sie sind, so ist es die Schuld der Regierungspolitik, die Herr Frère-Orban dort gemacht hat.

(Sehr richtig!)

Aehnlich haben wir's auch in anderen Staaten, wie in Frankreich; und, wenn die Herren dort in Frankreich so fortfahren, wie sie jetzt regieren, so werden wir von da her noch viel Anderes erleben.

(Sehr richtig!)

Darüber kann gar kein Zweifel sein.

Dann, meine Herren, ist es bekannt genug, daß eben in diesen Völkern die Nachwirkungen der Revolution vom Ende des vorigen Jahrhunderts leider noch sehr stark bestehen; der Voltairianimus, die Lehren Rousseaus 2c. haben noch viele und große Adepten in allen Classen, und es ist leider noch nicht gelungen, vollständig über die Dinge obzusiegen, die man zu besiegen hat. Vielleicht auch hat die Kirche, in einer äußeren Sicherheit sich befindend, geglaubt, es stände nicht so schlimm und hat deshalb ihre Thätigkeit nicht genügend entwickelt; sie ist jetzt eines Anderen belehrt, und Sie können sehen, wie sie jetzt auf alle Weise kämpft, aber allerdings von den Republikanern und von den sogenannten Liberalen und von den Freimaurern — das wiederhole ich —

(Heiterkeit)

und von den Freimaurern weiter unterdrückt wird.

(Zwischenruf)

— Nein! die befördern die auflösende Tendenz; bekämpfen thun die Menschen, die dort allerdings in der Minorität zur Zeit sich befinden. Und was dort in romanischen Ländern gekämpft wird, ist die Fortsetzung des Kampfes gegen die Revolution des vorigen Jahrhunderts, die bekanntlich auch in Berlin mit besonderer Liebhaberei begrüßt wurde, indem auch von sehr hoher Stelle Verbindungen mit den treibenden Elementen dort unterhalten wurden. Ich will heute darauf nicht weiter eingehen; aber wenn man so argumentirt, wie der Herr

Minister es gethan hat, dann bin ich verpflichtet, offen und klar auszusprechen, wie die Dinge sich verhalten.

Damit werde ich entschieden nach keiner Richtung hin diese Greuelthaten in Belgien in Schutz nehmen wollen. Ich beklage, daß diese unglücklichen Arbeiter, irrig geführt, wie sie sind, sich bethören lassen, das zu zerstören, wovon allein sie Hülfe erwarten könnten. Ich habe nicht zu untersuchen und kann es nicht, inwiefern die dortigen Autoritäten bestimmt und fest genug eingeschritten sind; aber für meine Sache ist es nicht ohne merkwürdigen Zusammenhang, daß gerade in der Vaterstadt von Frère-Orban die Dinge begonnen haben; das war eben Liège.

(Zwischenruf.)

— Ja, ich weiß nicht, ob Sie befreundet sind mit Herrn Frère-Orban. Ich bin es nicht, und wenn Sie es sind, so kann ich es nicht ändern; die Wahrheit muß auch von den Freunden und Brüdern gelten.

(Heiterkeit.)

Ich hatte erwartet, daß der Herr Minister vielleicht in der Lage wäre, aus diesen Ereignissen heraus zur Rechtfertigung für dieses Gesetz uns nachzuweisen, daß die deutsche Socialdemokratie mit den dortigen Erlebnissen und Ereignissen in irgend welchen Beziehungen sich befände.

(Abgeordneter Bebel: Ja, das kann er nicht!)

— Es wird mir hier von einem Kundigen erzählt, daß er das nicht könne.

(Große Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, ich wünschte meinestheils, daß das durchaus richtig ist.

(Abgeordneter Bebel: Ja, das ist richtig, Herr College.)

Die Zeitungen bringen allerdings allerlei Bemerkungen,

(Abgeordneter Bebel: Ach, die Zeitungen!)

welche mich zu dem Glauben brachten, der Herr Minister werde vielleicht in der Lage sein, etwas Derartiges nachzuweisen; und ein solcher Nachweis würde — darüber kann kein Zweifel obwalten — von großem Gewicht und von großer Bedeutung sein. Zur Zeit habe ich zu constatiren, daß der Herr Minister auch nicht einmal die Behauptung aufzustellen gewagt hat. Und dann muß ich sagen: wenn eine solche Behauptung auch aufgestellt werden kann, so kann aus dem Umstande allein, daß in irgend einem Lande eine Revolution ausbricht, nicht gefolgert werden, daß auch in dem anderen Lande sie ausbricht, und daß man Maßregeln treffen müßte für Dinge, die mit dem, was dort ist, gar nicht in irgend welcher Beziehung sich befinden, oder deren Verbindung nicht nachgewiesen ist.

Daneben aber ist das doch nicht zu verkennen, daß in Belgien nicht die Socialdemokraten an sich an der Arbeit sind, sondern die Anarchisten sind an der Arbeit.

(Zuruf links.)

— Ja, getrieben von denen.

(Lachen links.)

Ich habe in der Commission erklärt, erkläre es hier nochmals, und habe es neulich bei der Verhandlung über das Dynamitgesetz zum vollen Bewußtsein gebracht, daß meine Freunde und ich bereit sind, jede Maßregel weiter zu unterstützen, die etwa nothwendig erachtet wird von der

königlichen oder kaiserlichen Regierung, dem Anarchismus entgegenzutreten; wie wir auch ohne Bedenken erklären, daß wir, wenn eine Verbesserung des allgemeinen Rechtes nothwendig ist, um die eigentlichen blos socialdemokratischen Lehren zu bekämpfen und mit Erfolg zu bekämpfen, zu denselben bereit sind. Ich meine, daß von der Seite, also aus diesen belgischen Verhältnissen, für das Socialistengesetz nicht irgend welcher Schluß gezogen werden kann.

Wenn der Herr Minister nun meint — das ist am Ende doch der Cardinalpunkt seiner Ausführungen —, was in Belgien geschehen, sei die Folge der dort bestehenden laxeren Gesetze, und was hier nicht geschehen, sei die Folge des uns beschäftigenden Gesetzes, so muß ich gestehen, daß diese Beweisführung für mich stringent nicht gewesen ist. Einmal hat der Herr Minister gar nicht nachgewiesen, daß man in Belgien nicht genügende Mittel gehabt hätte, rascher und energischer einzuschreiten. Ich bin gar nicht zweifelhaft darüber, daß bei genügendem Einschreiten der Staatsanwälte der Katechismus, von dem die Rede war, wohl hätte gefaßt werden können; bei uns würde er sicher gefaßt sein. Ich urtheile ebenso wenig wie der Herr Minster darüber, ob man überall dort seine Pflicht gethan hat. Ich muß sagen, daß in dem Herde, wo der Aufruhr begann, in Lüttich, mir die Auctoritäten nicht rasch und energisch genug eingeschritten zu sein scheinen; das ist aber in der Entfernung nicht voll und ganz zu beurtheilen. Ich kann nur sagen, mir ist es in keiner Art nachgewiesen, daß die belgische Gesetzgebung nicht genügt hätte, das zurückzudrängen, was hier zum Ausdruck gekommen ist.

Aber noch viel weniger ist der Beweis gelungen — und darauf kam es an —, daß bei uns durch dieses Gesetz ähnlichen Ausschreitungen vorgebeugt sei. Dieser Beweis ist gar nicht angetreten; und ich frage den Herrn Minister: würde er glauben, behaupten zu können, daß, wenn unser Volk ebenso geartet wäre wie das belgische, wenn die wirthschaftlichen Verhältnisse ebenso sich gestaltet hätten wie dort, wenn die Nähe von Frankreich und die ganze Einwirkung von dort und die Versuche, auf die die Herren Minister doch recht aufmerksam sein möchten, von Frankreich her in Belgien die republikanischen Ideen zu verbreiten, in Belgien eine Revolution zu Gunsten der Republik herbeizuführen — wenn alles das bei uns auch gewirkt hätte, dann hier nicht auch etwas Derartiges entstanden wäre? Ich habe die Meinung, daß dieses unser deutsches Gesetz alles Mögliche gethan haben kann; aber den Ausbruch solcher Revolutionen, wie dort jetzt in Belgien, kann und wird es nicht hintanhalten, wenn überhaupt bei uns dasselbe Material, dieselben treibenden Ursachen vorhanden sind. Und wenn in Deutschland die Socialdemokratie zur Gewalt schreiten wird oder zur Gewalt schreiten will, nun, dann wird sie über dies Gesetz hinweggehen und wird wahrlich darüber nicht stolpern.

Wir bleiben deshalb einfach bei der Frage: ist dies Gesetz geeignet, den socialdemokratischen Bestrebungen einen dauernden Widerstand zu leisten? Und da bin ich der Meinung, daß das mindestens sehr fraglich ist. Es giebt Leute — und ich gehöre zu diesen —, die meinen, daß dies Gesetz, welches die Discussion im Freien hindert, welches die

Socialdemokratie in das Geheimniß, in das Dunkel, in die Höhlen getrieben hat, wesentlich dazu beitrug, dieselbe zu stärken, intensiver, kräftiger zu machen, und wie Alles, was im Dunklen geschieht, auch verbrecherischer zu machen. Ich glaube, daß, wenn in Deutschland wir leider auch Anarchisten zu beklagen gehabt haben, das Entstehen dieser Anarchisten zum nicht geringen Theile dem Umstande zuzuschreiben ist, daß dieses Gesetz existirt.

(Sehr wahr! links.)

Dann, meine Herren, ist gestern bereits von dem Herrn Abgeordneten Hitze hervorgehoben worden, daß die Bekämpfung der socialdemokratischen Ideen, so weit es die Discussion betrifft, durch dieses Gesetz im höchsten Grade erschwert wird; denn es ist kaum möglich, in öffentlichen Versammlungen über die Sache zu discutiren, weil man dann selbst zu derartigen Erörterungen kommt; und wir haben ja Auflösungen gesehen, die deshalb erfolgten, weil jemand es versuchte, die verderblichen Lehren des Socialismus zu bekämpfen.

Endlich, meine Herren, — und das ist etwas, was ich doch recht zu bedenken gebe — dieses Gesetz wird unangenehm empfunden nicht allein von der Socialdemokratie; es wird unangenehm empfunden vom ganzen Arbeiterstande, auch von denen, die weit weg sind von den socialdemokratischen Gegenden. Der Arbeiterstand findet in demselben eine Beschränkung des vierten Standes zu Gunsten der höheren Stände

(sehr wahr! links);

und die Herren Socialdemokraten sind klug genug, das den Leuten in allen Formen und in aller Weise klar zu machen.

(Sehr richtig! — Selbstverständlich! bei den Socialdemokraten.)

Die Herren sagen: Selbstverständlich! Nun, darüber kann man ja streiten; ich würde versuchen, es ihnen doch zu legen, das Handwerk;

(Zuruf: Durch das Gesetz nicht!)

aber es ist mir nicht zweifelhaft, daß gerade auch die guten Arbeiter sehr wesentlich durch dieses Gesetz sich bedrückt und beengt fühlen und so in die Hände dieser staatsgefährlichen Männer getrieben werden. Das ist etwas, was wohl zu überlegen ist.

Ich will in diesem Augenblick dieses Thema nicht weiter verfolgen; es könnte sonst noch manches angeführt werden, was an Maßregeln geschehen ist von Seiten der Regierungen, in der Richtung, socialistische Ideen zu verbreiten, zu fördern; und wir haben ja gesehen, daß notable Socialisten unter der Protection hochgestellter Beamten sich befunden haben. Das ist etwas, was nachwirkt. Und wenn die Herren Minister — dies gilt besonders von den Herren Ministern, welche die Universitäten zu beachten haben — mal nachsehen wollten, wie es auf den Lehrstühlen der Universitäten aussieht, namentlich auf den Lehrstühlen, die sich mit den hier fraglichen Wissenschaften beschäftigen, so werden sie finden, daß auf vielen Lehrstühlen und in vielen Werken die socialistischen Ideen in sogenannter „wissenschaftlicher" Form vorgetragen werden; und dann werden sie von diesen Herren ins Praktische übersetzt.

(Zuruf.)

— Es wird mir gesagt, die Centrumsmänner übersetzten die auch. —
(Zuruf: Die Capläne!)
— Die Capläne und auch andere! Die eigentlich richtigen Lehren, die nehmen wir allerdings auf und werden sie mit aller Kraft befördern; und ich nehme für meine Freunde in Anspruch, daß keine Partei praktisch so viel gethan hat, um für die Arbeiter einzutreten und zu sorgen, als gerade wir.

(Ruf bei den Socialdemokraten: „Siehe Berlin!")

Darüber ist nicht der geringste Zweifel.

(Heiterkeit links.)

— Sie haben noch nichts gethan, noch gar nichts.

(Ruf bei den Socialdemokraten: Wir sind in der Minorität!)

— Sie machen lauter unfruchtbare, unpraktische Vorschläge!

Ich meine deshalb, daß sich sehr wohl fragen läßt, ob wir nach allen Richtungen das Nöthige gethan haben, den Bewegungen zuvorzukommen, beziehungsweise die Quellen zu verstopfen, aus denen sie entstehen.

Es bleibt aber allerdings immer der Gedanke vorwiegend, daß das Gesetz ein Ausnahmegesetz ist, als solches gedacht und gegeben, und daß Regierungen wie Reichskanzler immer von der Anschauung getragen worden sind, es abzuschaffen. Wir sind der Meinung, daß es richtig ist, das allmählich herbeizuführen, nicht unvorsichtige Schritte zu thun, und haben deshalb, und nur deshalb unsere Anträge gestellt, oder vielmehr, richtiger gesagt, sind darauf zurückgekommen.

Das ist keineswegs irgend welche Mißkennung der Staatsregierungen; nein, das ist nur die consequente Verfolgung eines einmal als richtig erkannten Gedankens. Es ist ja möglich, daß die Regierungen dabei beharren, alles abzulehnen, und daß die Herren auf der Rechten glauben, den Regierungen unbedingt folgen zu müssen. Es ist denkbar, daß die Herren auf der linken Seite des Hauses die Einzelbestimmungen vielleicht als richtig anerkennen, aber doch nicht glauben, für das ganze Gesetz mit denselben stimmen zu können. Ich verstehe das freilich nicht, da ich bisher gewohnt bin anzunehmen, daß, wenn man die Vordersätze anerkannt hat, der Schluß sich von selber ergiebt; indeß habe ich darüber mit den Herren nicht zu rechten. Es ist ja möglich, sage ich, daß das geschieht, und daß die Bestrebungen, welche meine Freunde und ich haben, nicht Anerkennung, nicht Erfüllung finden; — und es wird mir das hier von einem hervorragenden Mitgliede der socialdemokratischen Partei bestätigt. Ich weiß nicht, woher er es weiß; es kann sein, daß er es weiß; er sollte aber mit einem guten Beispiele vorangehen und so viel Verstand documentiren, als nöthig ist, um zu wissen, daß das der einzige Weg unter den gegebenen Verhältnissen ist, allmählich von diesem Gesetze loszukommen,

(Abgeordneter Bebel: Stimmen Sie dagegen, dann fällts.)

— Das wird sich finden. Ich habe Ihnen gesagt, weshalb wir diesen Uebergang machen; ich habe gesagt, daß wir eben glauben, es sei richtig, wenn erreichbar, allmählich zu dem Ziele zu gelangen. Das

ist ein sicherer Weg, und der wird auch Sie vor Gefahren schützen, vorausgesetzt, daß es Ihnen wirklich nur um Reformbestrebungen und nicht mehr um Revolution zu thun ist.

So, wiederhole ich, kann es sein, daß diese Bemühungen scheitern. Dann aber haben wir das Bewußtsein, der Arbeiterbevölkerung klargelegt zu haben, wie wir bemüht sind, dieses Gesetz allmählich wieder zu beseitigen, das wir leider nicht haben abwenden können.

(Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

— Wir haben auf das energischste dagegen gekämpft.

(Abgeordneter Hasenclever: Und dafür gestimmt!)

— Das sind ja Reden.

(Abgeordneter Hasenclever: Thatsachen!)

— Es handelt sich hier um die Entstehung; und da sehen Sie sich die Acten an.

Wir haben zweitens das Bewußtsein, den anderen zu zeigen, daß wir gar nicht gewillt sind, wenn es von uns abhängt, sofort und jäh den Regierungen die Mittel zu entziehen, an die man sich einmal gewöhnt hat. Die einen und die anderen könnten möglicherweise durch die Erfahrung belehrt werden, daß der Weg, den meine Anträge bezeichnen, ein gutgedachter und wohlgemeinter ist. Ich bezweifle nicht, daß man auf anderer Seite Wege und Mittel finden wird, die Anschauungen, Ziele und Gedanken, die wir dabei haben, in aller Weise zu verdächtigen, — mich insbesondere; ich bin daran gewöhnt und erwarte das. Ich kann nur sagen: wir haben die Anträge gebracht, um Gelegenheit zu geben, das Richtige zu thun; will man sie zurückweisen, so haben die die Verantwortung zu tragen, die sie nicht angenommen haben.

(Bravo! im Centrum.)

Präsident: Der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath, Staatsminister und Minister des Innern von Puttkamer hat das Wort.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen, Staatsminister und Minister des Innern von Puttkamer: Meine Herren, ich bitte das hohe Haus um Entschuldigung, wenn ich unmittelbar nach dem Herrn Abgeordneten Windthorst noch das Wort zu nehmen mir gestatte; ich thue es aber hauptsächlich aus einem speciellen Grunde. Ich muß eine Behauptung seinerseits richtig stellen, die mich in hohem Grade frappirt hat. Er sprach nämlich davon, daß er die Ueberzeugung habe, nach den Anschauungen des Ministers, also nach meiner, seien auch diejenigen Anträge, welche er jetzt zur Abmilderung und Abschwächung des Gesetzes stelle, genügend, um noch den Zwecken, die wir damit zu erreichen hoffen, wirksam zu dienen; ich weiß nicht, welche meiner Aeußerungen in irgend einem Stadium der Berathungen, sei es bei dieser Verhandlung, sei es in früheren, dem Herrn Abgeordneten die Veranlassung dazu geben kann, mir dies unterzulegen. Denn er wird doch wohl davon überzeugt sein, daß, wenn ich meinerseits dieser Auffassung huldigte, ich mich einer sehr schweren Doppelzüngigkeit schuldig machte, wenn ich hier mit so großer Entschiedenheit die Ueberzeugung ausspräche, daß die Anträge des Herrn Abgeordneten Windthorst ungenügend sind, um den Erfolg des Gesetzes sicherzustellen. Ich

bin doch hier dazu da, um im Namen der verbündeten Regierungen diejenigen Auffassungen zu entwickeln, welche nach ihrer Meinung die Grundlage des Gesetzes bilden, und es würde also in keiner Weise vereinbar sein mit meiner Stellung und auch nicht mit meiner Ueberzeugung, wenn ich mich zu dem Grundsatze bekennen wollte, den der Herr Abgeordnete Windthorst mir eben untergelegt hat.

Nun muß ich noch auf einige andere Ausführungen des Herrn Abgeordneten Windthorst eingehen. Er sagte: die Regierungen wollen immer nur dreinschlagen, und sie verabsäumen dabei alle die anderen gesetzgeberischen Mittel, um demjenigen Stande, um den es sich doch hier wesentlich handelt, also dem Arbeiterstande, seine Stellung, seine Verhältnisse, seine ganze Lage zu verbessern, und die Parteien müßten die Regierung immer noch anfeuern, fortzuschreiten in der arbeiterfreundlichen Gesetzgebung. Meine Herren, ich habe bis jetzt eine vollkommen entgegengesetzte Auffassung von der Sache gehabt.

(Lachen im Centrum.)

— Ich habe das Recht doch, hier zu behaupten, daß die Regierungen an der Spitze der arbeiterfreundlichen Bewegung schreiten

(sehr wahr! rechts),

und daß es ihnen leider nur zu häufig durch verschiedene Parteien des Hauses so schwer gemacht wird, auf diesem Wege wirksame Fortschritte zu erzielen. Wie der Herr Abgeordnete dazu kommt, in diesem Zusammenhang diesen so schwer wiegenden Vorwurf zu erheben, das ist mir doch nicht recht verständlich. Wenn er daran die Frage geknüpft hat, ob ich denn meinerseits glaubte, daß, wenn die deutsche Bevölkerung so geartet wäre wie die belgische und unter gleichartigen wirthschaftlichen Verhältnissen lebte wie die belgische, solchen Verhältnissen gegenüber unser Socialistengesetz sich bewährt haben würde, — ja, meine Herren, so ist die Antwort darauf allerdings nicht so einfach zu geben. Das hängt von einer großen Masse nicht zu übersehender und zu complicirter Verhältnisse ab. Aber ich will hier doch nicht die Bemerkung unterlassen, daß es durchaus irrthümlich ist, wenn der Herr Abgeordnete Windthorst glaubte, daß wir in Deutschland nicht ganz genau dieselben wirthschaftlichen Verhältnisse haben in einzelnen Centren der Industrie, wie in Belgien, daß die Gefahren bei uns nicht ganz genau dieselben sind, und daß nicht dieselben Voraussetzungen für etwaige Eruptionen bei uns vorhanden wären wie in Belgien.

Nun hat der Herr Abgeordnete noch einen anderen schweren Vorwurf, der, glaube ich, kaum zur Sache gehört, gegen die Regierung, speciell auch gegen meine Amtsführung erhoben. Er sagte: hier soll nun von einer erzieherischen und sittlichen Kraft des Socialistengesetzes die Rede sein; das ist sehr schwer vereinbar mit der Thatsache, daß die Regierung ganz ruhig zusieht, daß in Wort und Schrift irreligiöse und unsittliche Dinge verbreitet werden, auch im Bilde. Nun frage ich den Herrn Abgeordneten: wie kommt er zu dieser wunderbarsten aller Behauptungen? Er weiß ja doch selbst, daß die deutsche Gesetz-

gebung der Machtvollkommenheit der Regierung in dieser Beziehung die allerengsten Grenzen gesetzt hat

(sehr richtig! rechts);

und daß innerhalb dieser engen Grenzen die Regierung ihre Schuldigkeit nicht thäte, das ist eine vollkommene Verkennung der thatsächlichen Lage. Ich verweise den Herrn Abgeordneten beispielsweise nur auf den unter seiner eifrigen Mitwirkung und unter lebhaftem Widerspruch der Linken des Hauses zu Stande gekommenen Colportageparagraphen; der fällt gerade in den Kreis dieser Betrachtung. Es ist mir bisher noch nie der Vorwurf gemacht worden, daß ich als preußischer Minister von diesem Paragraphen nicht den allerausgiebigsten Gebrauch gemacht habe (sehr richtig! rechts; Heiterkeit);

im Gegentheil, ich habe hier zu constatiren, daß ich sehr oft in den Zeitungen auf das heftigste angegriffen werde wegen einer zu strengen und, wie man gleichzeitig gesagt hat, natürlich mit Unrecht, einer über das Maß des Gesetzes hinausgehenden Handhabung des Gesetzes. Weiß nicht der Herr Abgeordnete Windthorst, daß in Bezug auf die Ausstellung von Bildern hier in Berlin eine außerordentlich strenge Praxis herrscht? Wollte nun der Herr Abgeordnete einen so schweren Vorwurf gegen die öffentliche Verwaltung erheben, so hätte er entweder eine andere Gelegenheit wählen sollen oder seine Behauptung etwas mehr mit den Thatsachen in Zusammenstimmung halten sollen.

Und nun sagt Herr Windthorst: ja, man könnte noch über die Verlängerung des Gesetzes reden und über die hierauf gerichteten Wünsche der Regierung, wenn nachgewiesen wäre, daß deutsche Socialdemokraten bei den belgischen Vorkommnissen betheiligt wären; dafür hätte ich nicht einmal den Beweis angetreten; deshalb würde es wohl auch nicht richtig sein, und es fehle ihm daher die Grundlage für die Möglichkeit, sich der Regierung anzuschließen. Nun, meine Herren, ich bin nicht gewohnt, so ins Gelag hinein thatsächliche Anführungen von so schwerwiegender Bedeutung, wie sie der Herr Abgeordnete Windthorst von mir verlangt, zu machen. Ich kann unmöglich übersehen, ob ein solcher Zusammenhang, wie er ihn als wahrscheinlich oder doch im Bereich der Möglichkeit liegend voraussetzt, vorhanden ist. In den Zeitungen habe ich allerdings gelesen, aber ich kann das selbstverständlich nicht controliren, daß wesentlich an der Spitze der Arbeiterunruhen in Belgien deutsche Elemente stehen.

(Zuruf.)

Inwieweit das der Fall ist, weiß ich nicht, habe es auch nicht zum Fundament meiner Behauptung gemacht; es ist auch nicht nöthig, deshalb habe ich es unterlassen. Ich habe nur deducirt, daß meiner Auffassung nach die mangelhafte belgische Gesetzgebung mit schuld daran sei, daß in Belgien solche Zustände, wie wir sie jetzt beklagen, sich entwickeln konnten, und daß uns das zu der Ueberzeugung führen sollte, daß es wohlgethan sei, unser Gesetz, welches uns doch wenigstens vor solchen grauenhaften Excessen, wie sie aus dem benachbarten Staat berichtet werden, behütet hat, nicht gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt aufzuheben. Das ist ein vollkommen selbstständiger Gedankengang

(sehr richtig! rechts),

der mit der Behauptung des Herrn Abgeordneten Windthorst in gar keinen Zusammenhang gebracht werden kann.

Was nun aber die Frage betrifft, wie die deutsche Socialdemokratie, auch wie sie hier im Parlament vertreten ist, innerlich zu diesen belgischen Vorgängen steht, ja, das wird doch wohl noch Gegenstand weiterer Erörterungen werden müssen. Ich setze voraus, die Herren werden nachher mit großem Eifer sich dagegen verwahren, daß sie irgendwie mit diesen Bewegungen in irgend einer Solidarität stehen; sie werden sie wahrscheinlich verurtheilen.

(Zuruf: Nein!)

— Es scheint also nicht in dem Maße der Fall zu sein; um so besser; dann werden wir noch etwas weiteres über die Sache hören. Aber ich sage: wenn Sie etwa in der Voraussetzung, daß die belgischen Mordbrennereien von Ihnen desavouirt werden, verlangen, daß wir Ihnen das voll glauben sollen, dann müssen Sie für Ihr Wohlverhalten doch noch haltbarere Bürgschaften geben, als Sie bisher gegeben haben

(Heiterkeit),

und Sie müssen endlich mit diesem Versteckspielen auf der Tribüne ein Ende machen. Man weiß bei Ihren Ausführungen nie, wohin Sie eigentlich in Bezug auf die Frage, ob Sie eine revolutionaire oder nicht revolutionaire Partei sind, zielen; aber eine Thatsache will ich Ihnen nicht vorenthalten, die allerdings in der That bedeutsam genug ist.

In demselben Augenblicke, wo wir diese erschütternden und verwerflichen Dinge in Belgien sich abspielen sehen, da hat Ihr officiöser Moniteur — der Herr Abgeordnete Bebel hat selbst anerkannt, daß die Partei als solche für den „Socialdemokrat“ politisch verantwortlich sei — da hat Ihr officiöser Moniteur sich nicht gescheut, als er von dem Geburtstage der Pariser Commune sprach, diese sehr lebhaft anzugreifen. Weshalb? Weil sie zu nachsichtig verfahren sei. In der Nummer 11 dieses Jahres vom 11. März 1886 befindet sich bei Besprechung der Ereignisse, die mit der Pariser Commune zusammenhängen, in Ihrem officiellen Organ, für das Sie — ich wiederhole es — die Verantwortung tragen, folgender Satz:

> Wir vergessen nicht, welche unverzeihliche Schwäche es war, nach dem fast ohne Kampf errungenen Siege dem Feinde Zeit zu lassen, sich zum Gegenschlage zu rüsten. Wir vergessen nicht, wie schwer die Commune dafür hat büßen müssen, daß sie, statt zum Angriffe überzugehen, sich auf die Vertheidigung beschränkte. Wir vergessen nicht, wie viel Opfer an Menschenglück und Menschenleben hätten erspart werden können, wenn die Commune, nachdem ihr der Kampf aufgezwungen worden, ihn mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln geführt hätte. Wir betrachten es nicht als ein Lob, sondern als einen berechtigten Vorwurf gegen die Commune, daß sie vor der Bank von Frankreich, vor den Geldschränken der Rothschild und Genossen respectvoll Halt machte. Hier, an ihrem Nerve, war die herrschende

Classe zu packen; wurde hier energisch zugegriffen, so wäre es schwerlich zu dem Massacre der blutigen Maiwoche gekommen,

(Hört, hört! rechts.)

Nun, meine Herren, die Expectoration hat eine ganz verzweifelte Aehnlichkeit mit dem, was wir eben in Belgien sich abspielen sehen

(sehr richtig! rechts),

und ich fordere nunmehr die Herren auf, uns klaren Wein einzuschänken. Bekennen Sie sich zu den Grundsätzen, die in den Sätzen, die ich verlesen habe, ausgesprochen sind? Ich bitte: heraus mit der Sprache! Wenn es nicht der Fall ist, wenn Sie sich um die Sache herumdrehen, dann gestehen Sie damit wenigstens, daß Sie auf unverantwortliche Weise mit dem Feuer spielen; und wenn Sie sich zu diesen Grundsätzen bekennen, dann sage ich: habemus reum confitentem, dann erklären Sie sich damit einfach als eine Partei, deren Bestrebungen auf die Untergrabung und auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und nichts anderes gerichtet sind.

(Sehr richtig! rechts!

So viel über den Zusammenhang der deutschen und belgischen Socialdemokratie.

Der Herr Abgeordnete Windthorst will nun noch eine Art von Verantwortung von mir hören, wie ich dazu käme, hier auf die belgischen Ereignisse zu exemplificiren, und hat sich sogar dazu verstiegen, zu bestreiten, daß auch die Macht der katholischen Kirche in Belgien nicht ausgereicht habe, um den Excessen vorzubeugen; ich habe ihn wenigstens so verstanden. Er sagt: in Deutschland hindert man die freie Bewegung der katholischen Kirche und ihrer Organe, in Belgien geschieht dies auch; denn da herrscht seit unvordenklichen Zeiten die Freimaurerei, und das hat er mit besonderer Betonung als Vorwurf gegen die belgischen Verhältnisse ausgesprochen. Ja, meine Herren, meine historischen Kenntnisse müßten mich ganz im Stiche lassen, wenn ich nicht die Behauptung aufstellen sollte, daß das gerade Gegentheil der Fall ist. Belgien ist ein constitutioneller Musterstaat; während einer Legislaturperiode herrschen die Katholiken, während einer andern herrschen die Liberalen; aber das habe ich noch nie gehört, daß zu irgend einer Zeit der katholischen Kirche die Lebensader ihrer Thätigkeit in Belgien unterbunden wäre. Namentlich was die Orden betrifft, auf die der Herr Abgeordnete Windthorst mit so besonderem Gewichte hinweist, so hat zu keiner Epoche der belgischen Geschichte es in der Hand der Regierung gelegen, die, wie ich vorhin anerkannte, sehr wohlthätige Thätigkeit der katholischen Orden zu hemmen. Also ich glaube, es war nichts weniger als gelungen, hier diesen Excurs auf die belgischen Verhältnisse mit der Wirkung machen zu wollen, daß das irgend welchen nachtheiligen Einfluß auf den Standpunkt der deutschen Regierungen zu machen in der Lage wäre.

Ich wiederhole, meine Herren: wenn der Herr Abgeordnete Windthorst so über das Socialistengesetz denkt und über seine Wirkungen und über seine politische Verwerflichkeit, wie es hier aus vielen seiner Ausführungen hervorzugehen schien, dann ist es es mir vollkommen unbegreiflich, wie er auch nur den kleinen Finger dazu bieten kann, es

in irgend einer abgeschwächten Gestalt auch nur einen Monat über seine gegenwärtige Geltungsfrist hinaus fortdauern zu lassen.

(Sehr richtig! rechts. Abgeordneter Bebel: Sehr richtig!)

— Der Herr Abgeordnete Bebel sagt: „Sehr richtig!" und das ist mir für den Standpunkt des Herrn Abgeordneten Windthorst überaus bedeutsam. Er sagt ausdrücklich: das Socialistengesetz hat nur schädlich gewirkt. Denn wenn er den Satz aufstellt: „es ist der Nährvater des Anarchismus gewesen", — dann kann es doch nur schädlich gewirkt haben. Auch diese Behauptung ist vollständig den Thatsachen widersprechend. Ich müßte das ja noch des weiteren ausführen, um es hier zu begründen; es ist aber schon so oft geschehen.

Ich will nur historisch daran erinnern, daß vor dem Erlaß des Socialistengesetzes — ich darf das, ohne den Herren zu nahe zu treten, sagen — die ganze socialdemokratische Partei, auch in ihrer parlamentarischen Seite, eigentlich die anarchistische darstellte, oder sie mindestens mit umfaßte.

(Aha! und Zurufe bei den Socialdemokraten.)

Haben Sie wirklich die Kühnheit, das zu bestreiten? Hier steht der Herr Abgeordnete Bebel vor mir, der sich nicht gescheut hat, von dieser Tribüne zu proclamiren die Verherrlichung der Commune, die Vertheidigung des Fürstenmordes und die Nothwendigkeit eines Umsturzes der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung, und der ein Buch geschrieben, für welches er doch jedenfalls verantwortlich ist, in welchem er unsere gesammten socialen, politischen und gesellschaftlichen Zustände als unverbesserlich dem Untergange verfallen, als gewaltsam zu zerstören, und zwar noch in diesem Jahrhundert, hinstellt. Das sind alles Dinge, die sollten heute vergessen sein? Nein! Geändert hat sich allerdings in ihrer Haltung äußerlich vieles, und sie haben den Anarchismus, wenn ich so sagen soll, ausgemausert aus ihren Reihen

(Heiterkeit rechts);

aber das halte ich gerade für eine Wirkung unseres Gesetzes, und der Herr Abgeordnete Windthorst wird, glaube ich, mit seiner Behauptung, daß das Socialistengesetz der Vater des Anarchismus sei, welche er schon oft aufgestellt, und die für Unkundige etwas Blendendes haben mag, unmöglich noch wieder auftreten können.

Nein, meine Herren, ich bin der Meinung, daß man sich allerdings übertriebenen Vorstellungen von der Bedeutsamkeit des Gesetzes, um dessen Verlängerung wir Sie bitten, hingeben darf. Ob uns mit diesem Gesetze beschieden sein wird, allen etwa an uns herantretenden Stürmen auf dem Gebiete der socialen Kämpfe und der Arbeiterbewegung zu widerstehen, das lasse ich dahingestellt sein; aber daß es ein wesentliches Hülfsmittel einer vorsichtigen und, ich sage, arbeiterfreundlichen Politik ist, die Arbeiter aus den Banden der wüsten Agitatoren zu befreien, das behaupte ich ebenfalls wiederholt; und es ist unrichtig, wenn der Herr Abgeordnete Windthorst sagt, dieses Gesetz sei nicht blos gegen die Socialdemokratie, sondern auch gegen die Arbeiter gerichtet. Nein, meine Herren, dieses Gesetz ist ein Gesetz *für* die Arbeiter

(lebhafter Beifall rechts; Zurufe links),

ein Gesetz, welches für das Wohl des Arbeiterstandes wirkt und des-

halb erlassen ist, um das Urtheil über die wichtigsten Probleme nicht trüben zu lassen durch die Agitationen von Leuten, die in der Regel kein anderes Interesse bei der Sache haben, als sich an den Streikcassen zu mästen.

(Lebhaftes Bravo rechts; Zuruf von den Socialdemokraten: Wer denn?!)

— Darüber habe ich mich nicht auszusprechen.

(Zuruf von Seiten der Socialdemokraten.)

Also, meine Herren, mit solchen Redewendungen, um die Tragweite unserer Vorschläge abzuschwächen, können Sie wirklich nicht weit kommen. Die Thatsache bleibt bestehen: wir leben seit 8 Jahren verhältnißmäßig ruhig und sicher unter der Herrschaft dieses Gesetzes, und was nach seiner Abschaffung über uns verhängt sein wird, das mag Gott wissen; aber meiner Auffassung nach ist es die Pflicht einer patriotischen Volksvertretung, die Regierungen bei ihrem Wunsche, dieses Sicherheitsmittel noch länger in Händen zu behalten, nicht im Stiche zu lassen.

(Lebhaftes Bravo rechts; Zischen links.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete von Helldorff hat das Wort.

Abgeordneter von Helldorff: Meine Herren, ich will mit Bezug auf die von dem Herrn Abg. Windthorst gestellten Anträge an dieser Stelle erklären, daß es nicht unsere Absicht sein kann, auf das Detail dieser Anträge bei jedem einzelnen derselben einzugehen. Der Gegenstand ist detaillirt bereits bei der vorigen Berathung des Gesetzes besprochen worden, und es würde kaum der Lage entsprechen, in dieser Beziehung nochmals Einzelheiten zu behandeln.

Den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Windthorst gegenüber muß ich mir aber doch einige Bemerkungen erlauben. Ich habe zunächst mit einiger Verwunderung wiederum eine Aeußerung von ihm gehört, die wir ja eigentlich gewohnt sind fast bei jeder seiner Reden zu hören, eine Aeußerung über den bestehenden Culturkampf, über den bestehenden Druck für die katholische Kirche; und ich gestehe, meine Herren, eine gewisse Verwunderung habe ich dabei empfunden, daß er diesen Ton in dem Augenblicke anschlug, in dem er wissen muß, und jeder weiß, daß das ernstlichste Bestreben, daß praktische Bemühungen bestehen, auf diesem Gebiete allen begründeten Ansprüchen gerecht zu werden und wirklich zum Frieden zu gelangen, und ich würde mich lebhaft freuen, wenn ich diesen Ton von seiner Seite in einem solchen Augenblicke nicht mehr hörte, wenn ich überhaupt der Ueberzeugung mich hingeben könnte, daß er ein ernster Freund dieser friedlichen Bestrebungen sei.

Herr Windthorst vermißte in seinen Darlegungen den Zusammenhang zwischen den factischen Zuständen in Belgien und der Gesetzgebung daselbst. Ich will nur zum Belege für die gegentheilige Auffassung an eine kleine Thatsache erinnern, nämlich an die Thatsache, daß der Anfang dieser anarchistischen Bewegung in Belgien sich an eine Versammlung zur Verherrlichung der Commune knüpfte, — so weit man hier unterrichtet sein kann, — welche die dortige Regierung nach Lage der dortigen Gesetzgebung zu untersagen außer Stande war.

Meine Herren, der Gesichtspunkt, von dem aus die Anträge, die den Namen Windthorst führen, gestellt sind, ist der, daß es sich hier —

und er sprach das ja auch mit diesen Worten aus — um Zustände handle, deren Beseitigung einen allmäligen Uebergang erfordere. Ja, meine Herren, das ist denn doch gewiß eine künstliche Construction. Irgend welche Zustände hat dieses Gesetz wirklich nicht geschaffen, wenn man das Wort nicht in einem ganz unzutreffenden Sinne nehmen will. Es ist gar nichts, was sich auf Grund dieses Gesetzes etwa organisch gestaltet hätte oder überhaupt sich hätte gestalten können. Mir ist in der That nicht ersichtlich, wie ein Uebergangszustand geboten sein kann, wo es sich nur um eine der Regierung gegebene Vollmacht handelt.

Meine Herren, eigenthümlich berührt es ja, wenn dem warmen Brustton gegenüber, mit dem der Herr Antragsteller gegen die Lehren der Socialdemokratie kämpft, er die feine Unterscheidung zwischen den Socialdemokraten und den Anarchisten hervorhebt, wenn man Aenderungen vorschlagen hört, die man doch in Kürze dahin charakterisiren könnte, daß sie alles, was dem Gesetze wirklich wesentlich ist, was eine brauchbare Vollmacht enthält, beseitigen, daß sie anstatt einer Maßregel, die einen Effect haben kann, nur eine halbe Maßregel geben; kurz daß — um es populär auszudrücken — gesagt wird: wasche den Pelz, aber mache ihn nicht naß. Das sind Dinge, die sich praktisch nicht rechtfertigen, Widersprüche, die sich nicht zusammenreimen lassen. —

Meine Herren, gegenüber dieser ganzen Gruppe von Anträgen kann ich nur erklären: sie sind für uns unannehmbar. Wie die Debatte sich entwickelt hat, bleibt nichts anderes übrig, als daß ich versuche, hier in Kürze Ihnen den Standpunkt darzulegen, den wir der Gestaltung des Gesetzes gegenüber, der Frage gegenüber, ob es verändert oder unverändert verlängert werden soll, einnehmen. Meine Herren, es wird von den principiellen Gegnern des Gesetzes ja vielfach mit dem Satze gekämpft: es handle sich hier um ein Ausnahmegesetz; Ausnahmegesetze — das habe ich wohl ausführen hören — das sind Dinge, die dem deutschen Charakter grundsätzlich widersprechen, ungefähr ähnlich wie ja auch jedes Monopol bekanntlich dem deutschen Charakter widersprechen soll. Meine Herren, ich spreche es ganz offen aus: diese Eigenschaft, sozusagen den Schrecken vor dem rothen Tuch, für eine Nationaleigenschaft der Deutschen zu erklären, trage ich doch ernstlich Bedenken. Mit dem Worte „Ausnahmegesetz“ ist gar nichts gesagt. Es handelt sich in Wirklichkeit darum, ob wirklich Zustände bestehen, welche solche Maßregeln rechtfertigen. Und wenn die Thatsache besteht, daß unsere humanen Gesetze, daß unsere humanen Institutionen gemißbraucht werden zur Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, dann sind auch Gesetze der Art geboten und gerechtfertigt, und ich möchte wissen, wer, wenn er praktisch das Leben und die Vorgänge, die sich auch nur hier in diesem Saale abspielen, ansieht, diese Thatsache in Abrede stellen könnte.

Meine Herren, selbst die principiellen Gegner des Gesetzes haben niemals angestanden, das Bedürfniß derartiger Maßregeln anzuerkennen; das liegt ganz einfach in der Forderung auf Abänderung des gemeinen Rechts, die wir haben von Anfang an vertreten sehen von Seiten der freisinnigen Partei, die wir heute wieder vertreten sehen durch die Herren

vom Centrum. Ja, meine Herren, das ist denn doch die deutlichste Anerkennung, daß eben ein Zustand existirt, für den unser bestehendes gemeines Recht nicht ausreicht. Die Herren vergessen nur — und das will ich nur mit wenigen Worten andeuten —, daß jede Aenderung auf dem Boden des gemeinen Rechts eine so tiefgreifende, eine so auf weite Gebiete sich erstreckende sein müßte, daß die Belästigungen, die für das Publicum, die für andere Parteien durch derartige Maßregeln entstehen, sich gar nicht vergleichen lassen mit denjenigen Hindernissen, die das gegenwärtige Gesetz bereitet. Es handelt sich ja wahrlich nicht nur um einige Paragraphen des Strafgesetzbuches; es handelt sich um eine durchgreifende Abänderung der sämmtlichen bestehenden Bestimmungen des Vereins-, des Versammlungsrechtes, ja des Preßgesetzes, meine Herren.

Wer die Aufhebung oder, wie der Herr Abgeordnete Windthorst, eine wesentliche Einschränkung des Gesetzes will, der muß meines Erachtens nachweisen, daß das Gesetz entweder unwirksam ist, oder daß es schädlich gewirkt hat, oder daß die Verhältnisse sich derartig verändert haben, daß ein Bedürfniß nicht mehr existirt. Nun, meine Herren, ich kann nach diesen drei Beziehungen hin kaum glauben, daß ein solcher Nachweis irgendwie gelingen könnte.

Daß das Gesetz unwirksam sei, — ja, meine Herren, ich berufe mich auf das Zeugniß aller derer, die mit uns in diesem Hause gesessen haben. Es ist vorher bereits von dem Herrn Minister erinnert worden an die Scenen, die wir erlebt haben, als die Herren Bebel und Liebknecht gemeinsam mit ihren Genossen Hasselmann und Most hier kämpften; ich erinnere alle daran, was wir erlebt haben im Jahre 1878, an die Agitation, die geherrscht hat, und die factisch eingetretene Beschränkung dieser Agitation. Ich erinnere daran, daß, abgesehen von der Art der Agitation, die unter dem Druck des Gesetzes eine andere geworden ist, doch eine gewaltige und die schwerwiegendste Thatsache die ist, daß die Ausdehnung der Agitation auf weite Gebiete, namentlich auf die ländlichen Gebiete, verhindert worden ist.

Dann, meine Herren, müßte man nachweisen, daß das Gesetz schädlich gewirkt hat. Und in dieser Beziehung habe ich wohl Hinweise gehört in der Commission und auch hier im Hause darauf, daß das Bestehen dieses Ausnahmegesetzes, dieser Befugniß zur Ausweisung und dergleichen mehr, eine ernsthafte Erbitterung hervorgerufen habe. Es ist vielleicht derselbe Gedanke, den der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst wiederholt ausgesprochen hat, wenn er sagte, das Gesetz sei der Vater des Anarchismus in Deutschland geworden. Meine Herren, das ist denn doch nicht ganz richtig; diese Erbitterung ist denn doch wohl nur hervorgerufen in denjenigen Kreisen, die schon factisch der socialdemokratischen Richtung und der socialdemokratischen Agitation angehörten,

(Ruf bei den Socialdemokraten: Bei den Conservativen nicht!)

— bei den Conservativen ist sie gewiß nicht hervorgerufen, aber auch nicht bei der sehr großen Masse der anderen überhaupt ruhiger denkenden Leute in Deutschland, meine Herren.

(Sehr richtig! rechts.)

Darauf möchte ich doch hinweisen, daß gerade die Erschütterung des Rechtsbewußtseins eine ganz gewaltige ist, die durch Duldung solcher Agitationen entsteht bei dem unbefangenen Mann draußen — dem ungebildeten Mann, will ich einmal hier sagen; denn ich krieche noch nicht so weit vor der öffentlichen Meinung, daß ich mich davor scheue, auszusprechen, daß die große Mehrheit der Nation denn schließlich doch nicht gerade die Gebildeten sein können. Diese Classen werden es nie verstehen, wenn Agitationen der Art, die gegen Eigenthum, die gegen die grundlegenden Institutionen unserer Gesellschaft sich richten, wenn die straflos geduldet werden, wenn Agitatoren derart herumziehen und überall derartige Lehren predigen dürfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist die schwerste Verletzung des Rechtsgefühls, die überhaupt bestehen konnte, und das Gesetz hat das Verdienst, dies beseitigt zu haben. Und wenn Sie das Gesetz aufheben, wird die schwerste Verwirrung dieses Rechtsbewußtseins wieder eintreten.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, es ist auch wohl von manchen Seiten gesagt worden, das Gesetz habe hin und wieder Mißbräuche erfahren; es sollen Parteiversammlungen auch anderer Parteien — die Volkspartei hat Klage der Art geführt — unter dem Titel „socialdemokratische" verboten worden sein. Ich lasse dahingestellt, ob wirklich hier und dort Mißgriffe geschehen sind. Wer kann dafür stehen, daß Mißgriffe bei einem Gesetze, welches von Tausenden von Beamten an vielen Orten ausgeführt wird, vorkommen? Selbst zugegeben, daß hin und wieder einmal ein grober Mißbrauch geschehen ist, meine Herren: stehen denn die Schäden, die dadurch entstanden sind, nur in irgend einem Verhältniß zu den Schäden, die das Gesetz verhütet hat gegenüber dem Zustande, den wir im Jahre 1878 erlebt haben, dem Zustande der Agitation und der Verhetzung?

(Sehr richtig! rechts.)

Die Hauptsache, meine Herren, scheint mir immerhin bei dem Gesetze gerade gegenüber jeder Remedur auf dem Boden des gemeinen Rechtes, daß das Gesetz nicht ohne Noth die Gerichte in Bewegung setzt und in Bewegung setzt in der Hauptsache gegen die Verführten, gegen die unschuldig Verführten, die Irrenden; sondern daß das Gesetz seine ganze Schärfe kehrt gegen diejenigen, welche die socialdemokratische Agitation zu ihrem Berufe gemacht haben. Und, meine Herren, das gestehe ich ganz offen, mit denjenigen, die sich zum Berufe gemacht haben, Bestrebungen zu verfolgen, die dieses Gesetz als verwerflich erklärt, mit diesen habe ich ganz außerordentlich geringes Mitleid, wenn sie einigermaßen unter dem Gesetze leiden, wenn sie ausgewiesen werden aus ihren Wohnorten und dergleichen mehr. Den gewöhnlichen ruhigen Bürger, den ruhigen Arbeiter, der es eben nicht nöthig hat, sich auf socialdemokratische Agitationen einzulassen, den hindert das Gesetz absolut an nichts; kein anderer als der Agitator empfindet von dem Gesetze überhaupt irgend welche Last.

Meine Herren, vor einiger Zeit hat einer der Vertreter der

socialdemokratischen Richtung in diesem Hause, der Herr Abgeordnete Viereck, eine Aeußerung gethan, die etwa dahin ging: „Nicht auf den Umsturz arbeiten wir hin, wir treiben wissenschaftliche Studien über die Entwickelung der Weltwirthschaft, über den nothwendigen Uebergang zur Gesammtproduction; wir verfolgen eine ideale Mission, die Massen darüber aufzuklären." Ja, meine Herren, es ist doch ein ganz eigenthümliches Ding, daß man mit diesen wissenschaftlichen Studien sich gerade an die Massen wendet, während sonst doch eigentlich für derartige Erörterung wissenschaftlicher Probleme mehr die überhaupt wissenschaftlich, die nationalöconomisch Gebildeten zugänglich sind. Steht denn die Praxis nur einigermaßen mit dieser Aeußerung, die wir hier von dieser Stelle gehört haben, im Einklang? Ist der Ton, mit dem wir dieselben Herren draußen predigen hören, namentlich predigen hörten vor dem Jahre 1878, ist das etwa der einer Darlegung von wissenschaftlichen Principien, der wissenschaftlichen Belehrung? Nein, meine Herren, es ist einfach der Ton, der auf die Leidenschaft der Masse speculirt, und ich brauche mich dafür nur auf Bekanntes zu berufen.

Meine Herren, bedenken Sie doch alle die Reden, die wir von den Herren hier von dieser Tribüne während der Sitzungen des Reichstags hören! Enthalten sie in Wirklichkeit viel anderes als wesentlich den Appell an die Leidenschaften der Masse? sind sie nicht Wort für Wort Erregungen von Classenhaß? Ich erinnere z. B. an die Rede des Herrn Abgeordneten Bebel, die er hielt, als wir über die Verlängerung der Legislaturperiode hier beriethen. Es hat mich sehr interessirt, als mir diese Rede später in einem Abdruck aus Hamburg zugeschickt wurde: dort war sie mit einer kurzen Ueberschrift zugestutzt und wörtlich in großer Zahl verbreitet worden; sie enthielt eine Summe der aufregendsten Agitationsstellen — wahrlich nicht behufs wissenschaftlicher Ueberzeugung, sondern lediglich zur Erregung des Classenhasses. Und der ist ja das, was die Herren brauchen zu ihren Zwecken.

Wenn die Herren Socialdemokraten lediglich arbeiteten für das Wohl der arbeitenden Classe, dann müßte ihre Stellung gegenüber den Dingen, die uns hier legislatorisch beschäftigen, eine wesentlich andere sein, als wie sie jetzt ist. Es wird kaum eine Zeit gegeben haben, wo so ernstlich von allen Seiten, von allen Ständen der Nation, von Seiten der Gesetzgebung alles sich bemühte, wesentlich diese Probleme im Interesse der arbeitenden Classen zu fördern und zu lösen, — und finden wir hier bei diesen Herren auf diesen praktischen Wegen Unterstützung? Nein, der Weg ist ihnen von Herzen feindlich; denn ihre Ziele können sie nur erreichen, gestützt auf die Leidenschaften der Massen, nicht auf die zufriedenen Massen. Ihre Ziele sind phantastische Ziele einer Gestaltung der Wirthschaft, der ganzen nationalen Einrichtungen, an die sie ja glauben, an deren Segen sie glauben mögen, die aber nie zu erreichen sind, ohne daß sie sich eben an die Leidenschaften und nicht an die besten wenden.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, wenn man, wie ich, für die Annahme des Gesetzes

spricht, so kann man unmöglich sich auf eine Polemik einlassen, zu der ja das, was gerade in dieser Beziehung hier im Hause wie in der Commission verhandelt worden ist, den reichlichsten Anlaß giebt; ich enthalte mich einer solchen Polemik. Aber dennoch, meine Herren, muß ich wenigstens auf einen Punkt mit Bezug auf die Haltung einer Partei des Hauses mir noch einige Bemerkungen erlauben. Ich meine nämlich die Herren von der freisinnigen Partei, die von der Meinung ausgehen, daß man die Schranken dieses Gesetzes doch beseitigen möge: die Macht der Ueberzeugung, die Macht ihrer Rede innerhalb der arbeitenden Classen würde genügen, um die Gefahren zu überwinden. Es waren das Ausführungen, die wir ja wiederholt, namentlich von dem Abgeordneten Meyer, gehört haben, der Klage darüber geführt hat, daß eben dieser seiner Wirkung auf diesem Gebiete das Gesetz entgegengestanden habe. Ja, es ist ein ganz eigenthümliches Ding, daß sich gegenwärtig tactisch, im Verhalten bei den Wahlen und in diesen ganzen Dingen, die Herren vom Fortschritt — verzeihen Sie mir, von der freisinnigen Partei — und die Herren Socialdemokraten so außerordentlich nahe stehen. Eigentlich muß man sagen: zwischen den Principien, die sie verfolgen, ist die größte Kluft; die sind wie Feuer und Wasser.

(Sehr wahr! links.)

Da ist z. B. die Auffassung vom Eigenthum, der die Herren Freisinnigen anhängen: diese äußerste Entwickelung des Eigenthumsbegriffs, des Individualismus, das ist das gerade Gegentheil von dem, was die Herren Socialdemokraten wollen. Wir nehmen dagegen, möchte ich sagen, eine mittlere Richtung ein.

(Sehr gut! rechts; hört! hört! links.)

— Ja, meine Herren, lassen Sie mich das offen aussprechen: wir Conservativen sind eben der Auffassung, daß diese unglückliche Entwickelung des Individualismus und namentlich des Eigenthumsbegriffes, den die Ausbildung des römischen Rechts gebracht hat, daß die nothwendig eine Remedur fordert, welche vollständig übereinstimmt mit der ganzen germanischen Auffassung des Eigenthums, die recht eigentlich unserer Nation eigenthümlich ist, mit einer anderen Auffassung von der Aufgabe des Staates, der sich nicht blos mit Polizei- und Nachtwächterdienst abgeben soll, sondern der auch da ist zum Schutze der Schwachen, der wirthschaftlich Schwachen. In diesem Sinne nehmen wir allerdings eine gewisse mittlere Stellung ein, und wir schämen uns dessen in keiner Weise. Wir halten das für eins der stärksten und reinsten Motive und für ein wesentliches Moment der Kraft, denn wir vertreten darin eine innerlich begründete Idee.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, also ich komme darauf zurück: es ist ja eine eigenthümliche Sache, daß trotz dieses innerlichen Widerspruchs zwischen den Ideen, denen die Herren vom Fortschritt anhängen, und den Ideen, zu denen sich eigentlich die Herren Socialdemokraten bekennen, daß daneben das größte tactische Verständniß, ein so freundliches Zusammengehen sich findet. Wo liegt die Erklärung? Das werde ich gleich sagen.

(Zwischenruf links: Magdeburg!)

— Ich habe mich mit solchen Detailfragen nicht beschäftigt, ich gehe nur von allgemeinen Gesichtspunkten aus. —

(Heiterkeit links.)

Ich will Ihnen sagen, wo die Erklärung liegt. Die Erklärung liegt einfach darin, daß unsere Socialdemokraten klug berechnende, politisch verständige Männer sind; — ich müßte schlechter von ihnen denken, als ich denke von ihrer Intelligenz, wenn ich nicht glaubte, daß sie mit Recht annehmen, daß ihnen nichts dienlicher ist, als Ihr, der Freisinnigen, Verhalten, was mehr und mehr dazu gedrängt wird, sich auf die breiten Massen zu stützen und Unzufriedenheit in der breiten Masse lebendig zu erhalten. Nur, meine Herren, fürchte ich — und das sage ich Ihnen als Warnung —, daß die Socialdemokraten sich als die besseren Rechner erweisen werden. Wenn Sie glauben, daß Sie je mit ihrer Art der Agitation concurriren können, — Sie sind in einem bitteren Irrthum, meine Herren!

(Sehr richtig! rechts. — Rufe links: Getreidezollagitation!)

Ich will nur noch mit der kurzen Bemerkung abschließen — sie gehört streng genommen zu dem zweiten Theil der Windthorstschen Anträge, sie steht aber in so innigem Zusammenhang mit dem ganzen Gegenstand, daß man sie nicht unerwähnt lassen kann —: die Zeitbegrenzung des Gesetzes ist nicht nur ein zufälliges Element. Wir haben von Anfang an gegen eine Zeitbeschränkung uns ausgesprochen,

(Rufe links: Natürlich!)

und wir ziehen die längere Frist der kürzeren vor deshalb, weil die Zeit, auf welche das Gesetz erlassen ist, mit der Wirkung des Gesetzes im allerengsten Zusammenhang steht.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein Gesetz wie dieses, welches alle zwei Jahre erneuert werden muß, und die Debatten, die dabei geführt werden

(aha! links),

bilden ein so außerordentlich erwünschtes Agitationsmittel für die Herren Socialdemokraten selbst,

(Rufe: Natürlich!)

daß ich eigentlich die innere Vermuthung habe, daß niemand unglücklicher wäre, wenn wir das Gesetz aufheben wollten, als diese Herren selbst.

(Sehr richtig! rechts. Lebhafte Zurufe links.)

Sie haben zwei gute Gründe für ein Gesetz mit kurzer Frist: einmal giebt es ihnen das außerordentlich gute Agitationsmittel, daß sie gegenwärtig haben; und dann giebt es ihnen das sehr gute Mittel, durch die stets neu erregte Hoffnung unter der Hand die Organisation aufrecht zu erhalten. Ich habe überhaupt den Verdacht, daß es auch sonst noch viele tapfere Männer hier in diesem Hause giebt, die gegen das Gesetz stimmen werden, — weil sie mit Sicherheit darauf rechnen, daß es trotzdem angenommen wird.

(Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit rechts.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Cegielski hat das Wort.

Abgeordneter Cegielski: Meine Herren, wie Sie vielleicht wissen, bin ich kein Freund von langen Reden, und auch heute bleibe ich dieser meiner Gewohnheit treu. Ich erkläre namens meiner Landsleute, daß

wir gegen jede Verlängerung der Giltigkeitsdauer des Gesetzes vom 21. October 1878 gegen die Bestrebungen der Socialdemokratie stimmen werden.

Obgleich wir uns der socialdemokratischen Partei im Reichstag gegenüber, welche sich immer der uns Polen betreffenden Angelegenheiten warm angenommen hatte, besonders dem Abgeordneten Liebknecht gegenüber, zu großer Dankbarkeit verpflichtet fühlen, glaube ich, wird Niemand in diesem hohen Hause uns in Verdacht haben, daß wir mit den Bestrebungen der Socialdemokratie sympathisiren. Wir halten ihre Grundsätze für verderblich, ebenso wie diese Herren, welche für die Vorlage ihre Stimme abgeben wollen. Wir verdammen die Lehren der Socialdemokraten, weil sie auf Umsturz der bestehenden socialen Ordnung, auf Mißachtung der offenbarten Religion und auf Verkennung des Begriffs der Nationalität, welche von uns Polen als unantastbares Heiligthum angesehen wird, abzielen, und welche dem leichtgläubigen Volke das, was nie, sogar nicht durch das Mittel der Revolution, gehalten werden kann, versprechen. Besonders eben dem tief eingeprägten Gefühl der Nationalität verdanken die Polen den Vortheil, daß die Grundsätze der Socialdemokratie keine Wurzel bei ihnen zu fassen im Stande gewesen sind; denn die sporadischen Fälle, welche in Galizien, im Königreich Polen und auch vorübergehend in Posen vorgekommen sind, bedürfen keiner ernsten Erwähnung: das waren Ausnahmen, einzelne Ansteckungen, welche in der allgemeinen Bewegung nicht zu verhindern sind; aber sie waren nicht stark genug, um mit ihrem Hauche den gesunden Geist des Volkes zu durchdringen und denselben zu verderben.

Ich gebe zu, daß die Reden, welche wir hier von unseren socialdemokratischen Collegen zu hören gewöhnt sind, im Durchschnitt sehr gemäßigt, daß ihre Anträge sogar nicht selten annehmbar sind; ich gebe ferner zu, daß sie oft eine recht nützliche Sache angeregt haben. Aber trotzdem lasse ich mich dadurch nicht berücken, da ich weiß — übrigens hat es uns der Herr Abgeordnete Bebel im vorigen Jahre mitgetheilt —, daß alle bisherigen Schritte dieser Herren im Reichstage nur Etappen auf dem Wege, auf welchem sie schreiten, bilden. Nun, diese Etappen waren vielleicht bis jetzt recht schön; aber weitere Stationen scheinen mir nicht so sehr verlockend zu sein.

Meine Herren, wir stimmen trotz dessen, was ich gesagt habe, gegen die Verlängerung des Gesetzes, weil wir der Ansicht sind, daß eine schädliche Richtung, welche etwas Unausführbares bezweckt, sich selbst bekämpfen müsse, daß die arbeitenden Classen zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die socialistischen Versprechungen nur Blendwerk, und ihre Ziele nur schöne Bilder einer Zauberlaterne waren. Den Socialismus durch Ausnahmegesetze niederzudrücken und auf diese Weise zu dämpfen versuchen, heißt demselben einen erheblichen Dienst erweisen. Durch solche Gesetze wird das Volk auf die socialistischen Reden aufmerksam gemacht, und auf die Häupter der Anhänger dieser Lehren wird eine Märtyrerkrone gesetzt; die gewöhnlichsten Leute werden dadurch zu Helden creirt und ihre Reden begierig angehört. Denn „die verbotene Frucht schmeckt am besten". Durch Verlängerung des Gesetzes

gegen die Socialdemokratie kann man vielleicht die Erfahrung aufschieben, aber nie dieselbe ganz beseitigen. Und ich kann doch nicht annehmen, daß die jetzige Regierung sich sagt, wie einst Calonne: „Mon successeur s'en tirera comme il pourra", — oder wie etwa Ludwig XV.: „Après nous le déluge."

Ich glaube, daß die eben bestehende Regierung kräftig genug ist, um nicht zu Ausnahmegesetzen ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Möge die Regierung den Culturkampf beseitigen — aber ganz, nicht wieder mit Restrictionen in manchen Diözesen; möge sie gegenseitige Liebe und Anerkennung einer Nation gegen die andere predigen; möge sie den Weg der Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung ernst einschlagen; möge sie vor allem die Sonntagsarbeit beseitigen und sich überhaupt mehr um das moralische Wohl der Arbeiter kümmern und dadurch die Arbeiterbevölkerung mehr und mehr von der Socialdemokratie entfernen: dann, glaube ich, werden die Grundsätze der Socialdemokratie bald ausgerottet werden, ohne die undankbare und unpraktische Maschine der Ausnahmegesetze zu Hilfe zu nehmen.

Meine Herren, wir Polen, gegen welche auch Ausnahmegesetze vorbereitet werden, können gewiß keine Sympathie diesem Ausnahmegesetze entgegenbringen. Bürger eines Reiches, eines Staates müssen gleiche Rechte haben, weil sie gleiche Pflichten tragen. Thun diese Bürger etwas Gesetzwidriges, so mögen die Organe der Staatsgewalt eintreten. Wir waren, sind und werden gegen alle Ausnahmegesetze sein und werden auch heute, trotz der Abneigung, welche wir für die Bestrebungen der Socialdemokratie hegen, principiell gegen die Verlängerung des Gesetzes vom 21. October 1878 und selbstverständlich eventuell für jede Milderung des bestehenden Gesetzes stimmen.

(Bravo! bei den Polen.)

Vicepräsident Freiherr von und zu Franckenstein: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bebel.

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, ich hätte gewünscht, der Herr Vorredner hätte sich mit dem letzten Theile seiner Rede begnügt; diese würde vollständig genügt haben, um den Standpunkt seiner Person und den seiner Freunde zu rechtfertigen. Daß er aber auch die Gelegenheit noch wahrnahm, uns der Bestrebungen auf Herbeiführung der Revolution zu bezichtigen, muß mich gerade von einer Partei wie der seinigen, die ähnliche Anschuldigungen in der letzten Woche am lautesten und meisten zu hören bekommen hat, Wunder nehmen. Ich meine, wenn man selbst im Glashause sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Andererseits wird Niemand im Hause wohl auf den Verdacht kommen, daß die Socialdemokratie mit den Herren aus Polen irgendwie intime Beziehungen habe. Der Standpunkt, der uns von diesen Herren unterscheidet in allen wichtigen, namentlich auch öconomischen Fragen, ist ein mindestens ebenso großer, wie er uns von irgend einer Seite in diesem Hause unterscheiden kann.

Nun möchte ich zunächst erklären, daß ich ganz im Einverständnisse mit Herrn von Puttkamer der Ansicht bin, daß namentlich der zweite Theil der Rede des Abgeordneten Windthorst so gehalten war, daß

consequenterweise er und seine Freunde, die diese zur Verhandlung stehenden Anträge billigen, gegen dieses Gesetz in jeder Form stimmen müßten, und daß ich zwischen diesen seinen Ausführungen und namentlich dem ersten Theile seiner Rede keinen bestimmten logischen Zusammenhang zu finden im Stande bin. Der Herr Abgeordnete Windthorst hat die Schädlichkeit des Zustandes unter dem Socialistengesetz so nach allen Richtungen hin klar gelegt, daß es in der That besser von unserem Standpunkte nicht geschehen könnte; um so mehr muß es auffallen, wenn er ganz entgegengesetzt zu diesen Ausführungen zu Anträgen kommt, die zunächst nur zu einer Milderung, zu einem Uebergangsstadium aus dem gegenwärtigen Zustande zur gänzlichen Aufhebung dieses Gesetzes, führen sollen.

Da wird es doch vor allen Dingen mal nöthig sein, uns hier ins Gedächtniß zu rufen den Verlauf, den dieselben Bestrebungen, die heute der Herr Abgeordnete Windthorst, wie er erklärt, namens seiner gesammten Fractionsgenossen im Reichstage verfolgt, vor zwei Jahren genommen haben. Damals wurden genau dieselben Anträge gestellt. Diese Anträge fanden dadurch, daß die deutschfreisinnige Partei und die socialdemokratische Fraction in Verbindung mit den Affilirten des Centrums ihnen zustimmte, die Majorität. Als es aber zu dem entscheidenden § 28 des Gesetzes kam, erklärten die Herren von der deutschfreisinnigen Partei, daß sie dem darauf bezüglichen Amendement nicht zustimmen könnten, und daß sie überhaupt entschlossen seien, bei der schließlichen Abstimmung gegen das Gesetz auch mit den angenommenen Amendements zu stimmen. In Folge dessen antwortete der Herr Abgeordnete Windthorst, unter solchen Umständen seine Amendements zurückziehen zu müssen, weil nunmehr keine Aussicht für eine Majorität vorhanden sei; und damit war die ganze Debatte, welche uns mehrere Tage in Anspruch genommen hatte, sozusagen ins Wasser gefallen.

Nach diesem Vorgang bin ich schier verwundert, daß sich heute vor unseren Augen dasselbe Spiel vollziehen soll, da schon nach den Vorgängen, welche wir in der Commission erlebt haben, es ganz unzweifelhaft ist, daß genau wie vor zwei Jahren auch diesmal in diesem Hause die Entwickelung der Dinge sich vollziehen wird. Unter diesen Umständen haben wir, meine Fraction insbesondere, uns fragen müssen, ob es da überhaupt angebracht sei, für die Amendements des Herrn Abgeordneten Windthorst zu stimmen; denn daß eine Partei, wie die unsrige, einem gegen sie selbst gerichteten Ausnahmegesetze, in welcher Form immer schließlich dasselbe zur Abstimmung gelangt, nicht zustimmen kann, liegt auf der Hand. Wir sind also unter allen Umständen genöthigt auch für den Fall, daß die Anträge des Herrn Abgeordneten Windthorst angenommen würden, uns schließlich bei der Schlußabstimmung über das ganze Gesetz in der dritten Lesung gegen dasselbe zu erklären. Und da, wie wir namentlich aus den Verhandlungen in der Commission gesehen haben, die Herren von der freisinnigen Partei genau dieselbe Taktik einzuhalten entschlossen sind, daß sie dem amendirten Gesetze unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben, so ist also von vornherein sicher, das dasselbe keinerlei Aussicht auf Annahme in irgend einer Gestalt hat, welche immer die Herren

vom Centrum beantragen wollen. Da kommt mir das ganze Spiel wie eine Comödie vor

(sehr richtig! rechts und bei den Socialdemokraten),

mit der wir nur unsere Zeit vertrödeln

(sehr richtig! rechts und bei den Socialdemokraten),

und die nur geeignet ist, draußen einem gewissen Theil der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, um dieselbe über die wahren Absichten der Herren zu täuschen. Wir haben selbstverständlich keinen Grund bei der dermaligen Constellation der politischen Verhältnisse und der schließlichen Abstimmung über das Gesetz, zu wünschen, daß nach außen hin irgend welche Unklarheit über die wahre und wirkliche Stellung der verschiedenen Parteien dieses Hauses vorhanden ist. Ich habe bereits bei der ersten Lesung dieses Gesetzes ausgesprochen, daß nach meiner Ueberzeugung dem Gesetz in der Gestalt, wie es die Regierung verlangt, eine Mehrheit im Hause gesichert ist, und ich habe besonders darauf hingewiesen, daß es die Herren vom Centrum sind, die diese Mehrheit unter allen Umständen stellen werden; und wenn sie jetzt ihre Amendements einbringen, so ist das nur eine Art Rückzugslinie, die sie sich ihren Wählern gegenüber offen halten wollen, was ja auch deutlich aus den Worten des Abgeordneten Windthorst hervorging, der ziemlich gegen den Schluß seiner Rede hin erklärte: „Wenn unsere Amendements aber schließlich auch abgelehnt werden sollten, dann haben wir wenigstens die Genugthuung, vor unsere Wähler hintreten und sagen zu können: wir haben eine Abschwächung des Gesetzes gewollt, sie gelang uns leider nicht." Damit sucht man die Abstimmung für das Gesetz zu rechtfertigen.

Meine Herren vom Centrum, wenn Sie einmal der Meinung sind, — und Sie müssen, streng genommen, diese Meinung haben auf Grund Ihrer eigenen Erfahrung, die Sie am eigenen Leibe in vierzehnjähriger Praxis mit Ausnahmegesetzen gemacht haben, — wenn Sie also der Meinung sind, daß Ausnahmegesetze an sich verwerflich sind, dann wäre der eigentlich correcte Standpunkt jetzt, daß Sie ohne alle Amendements — und namentlich angesichts der Thatsache, daß die Regierungen, wie sie ausdrücklich in der Commission erklären ließen, und wie auch heute wieder aus dem Munde des Herrn von Puttkamer hervorging, auf keinen Fall sich auf eine Abschwächung des Gesetzes einließen — daß Sie nunmehr gegen das Gesetz stimmten und damit das Gesetz zu Falle brächten.

(Sehr richtig! links.)

Aber, meine Herren, das würde Ihnen am allerwenigsten passen; das ist meine Ueberzeugung. Sie sind innerlich — insofern treffen die Schlußworte des Abgeordneten von Helldorff auch auf Sie, das Centrum, zu — mit dem Gesetz einverstanden und wünschen, daß es unter allen Umständen erhalten werde; Sie mögen das verneinen, so viel Sie wollen, — es ist das meine Ueberzeugung, und die weiteren Verhandlungen in diesem Hause werden dies auch beweisen.

Freilich, meine Herren, wenn ich mir vergegenwärtige, wie die Herren vom Centrum selbst, als es sich um Ausnahmegesetze gegen sie handelte, gegen dieselben sich verhalten haben, in welchen Ausdrücken

der Entrüstung sie damals gegen die seitens der Regierung dem Reichstage gemachten Zumuthungen sich ergingen, und wenn ich insbesondere die Aeußerungen mir vergegenwärtige, die damals, zunächst im Jahre 1872 bei Erlaß des Jesuitenausweisungsgesetzes, insbesondere von dem verstorbenen Abgeordneten von Mallinckrodt und nach ihm auch von dem noch unter uns weilenden Abgeordneten Grafen von Ballestrem gegen das Gesetz gemacht wurden, — so muß man allerdings billigerweise sagen: man ist erstaunt, wie die Herren jetzt zu ganz entgegengesetzten Anschauungen kommen. Denn der Abgeordnete Graf von Ballestrem ist es auch unter anderen gewesen, der nicht nur vor zwei, sondern auch schon vor vier Jahren für das unveränderte Socialistengesetz gestimmt hat. Nun, die Ausdrücke, mit welchen damals Herr von Mallinckrodt insbesondere das Jesuitengesetz bezeichnete, sind um deswillen besonders interessant, weil sie ganz auf unseren Fall passen, und so darf ich sie wohl hier in aller Kürze vortragen. Er führte unter anderem aus:

> Sie sehen, das Gesetz gewinnt in seiner weitesten Anwendung einfach den Charakter eines Aechtungsgesetzes. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Herren werden sich alles dessen aus der Schule erinnern: wie das Proscribiren unter den Parteien erst anfing, da war der Untergang der Freiheit besiegelt. Merken Sie sich das, meine Herren! (Heiterkeit.) . . . . Die Gesetzvorlage ist ein wahres horrendum (sehr richtig! im Centrum), es ist eine wahre Mißgeburt von einem Gesetz (Heiterkeit im Centrum), es ist eine Vorlage, die allen Anforderungen spottet, die man vom Standpunkt des Rechts und der guten Sitten an die Gesetzgebung zu stellen berechtigt ist. (Sehr gut! im Centrum.) Eine solche Vorlage machen, das heißt die gesetzgebende Gewalt in Versuchung führen, ihre höchsten Pflichten, nämlich die Pflichten des Rechtsschutzes, des Schutzes der Rechtsordnung, hintenan zu setzen und sich statt dessen zum Werkzeug der absolutesten Willkür herzugeben. (Sehr gut! im Centrum.)

Meine Herren, die Worte, die damals Herr von Mallinckrodt gegen das Jesuitengesetz gesagt und ausgesprochen hat, passen Wort für Wort auch auf das Socialistengesetz

(sehr richtig! bei den Socialdemokraten),

und ich acceptire sie in diesem Sinne voll und ganz als von mir selbst gemacht.

Nun möchte ich zu den Aeußerungen kommen, die insbesondere damals unser noch jetziger College, der Abgeordnete Graf Ballestrem, machte. Er sagte, nachdem er die Verwerflichkeit und Schädlichkeit eines solchen Gesetzes nach den verschiedensten Richtungen hin durchgeführt und unter anderem das Gesetz als permanente Zwangszügigkeit im deutschen Reiche bezeichnet hatte:

> Mir ist aber bange um mein Vaterland, daß es in einen solchen Weg tritt, daß es den Weg des Rechts verläßt und, auf die schiefe Ebene der Willkürmaßreln gedrängt, rasch an dem Abgrund ankommen könnte. (Bravo! im Centrum.)

Ich frage den Herrn Abgeordneten Ballestrem, ob er sich nicht heute

uns gegenüber ebenfalls auf dem Wege der Willkürmaßregeln befindet, ob nicht hier gegen uns ebenfalls der Boden des gemeinen Rechts verlassen worden ist, ob also nicht alles das, was er damals warnend dem deutschen Reichstage in Bezug auf das Jesuitenausweisungsgesetz zurief, in vollstem Maße auch heute uns gegenüber angewandt ist; und ich frage ihn, wenn er das logischer und gerechterweise zugeben muß, wieso er dann seine frühere und auch seine diesmalige Abstimmung für das Socialistengesetz seinen damaligen Ausführungen gegenüber rechtfertigen will.

(Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, wir wissen ja alle — und das gilt, trotzdem die Herren die Moral beständig im Munde führen, auch von den Herren im Centrum —, daß in der Politik die Grundsätze der Moral heute leider noch keine Giltigkeit haben, daß der Grundsatz: der Zweck heiligt die Mittel, — in dieser Sache ebenso gilt, wie bei irgend einer anderen, und daß, um einen unbequemen und verhaßten Feind zu treffen, Ihnen jedes Mittel, wie immer es sein mag, recht ist.

Wenn aber die Sachlage im Hause so beschaffen ist, dann haben wir allerdings das lebhafteste Interesse, dafür zu sorgen, daß die Anträge, die die Herren vom Centrum gestellt haben, überhaupt nicht zur Annahme gelangen, daß sie möglichst rasch vor die Alternative gestellt werden: entweder Ja oder Nein. Es geht auch bereits im Hause gerüchtweise die Mittheilung umher, daß, wie die Herren im vornherein bestimmt wissen, daß ihre Anträge abgelehnt werden, sie diesmal in corpore für den Antrag von Hertling stimmen werden, der allerdings zunächst die Verlängerung des Gesetzes auf zwei Jahre hinaus ausdehnen will.

(Zurufe: Nicht wahr!)

— Es wird mir von Herren aus dem Centrum zugerufen, das sei nicht wahr. Gut, das soll mich freuen für diejenigen, die nicht so stimmen; jedenfalls aber wird die Zahl derjenigen, die so stimmen, genügend stark sein, um die Majorität herbeizufüren.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, uns liegt diesmal ungeheuer viel daran, daß, nachdem die Deutschfreisinnigen in der entschiedensten Weise erklärt haben, unter keinen Umständen mehr für das Gesetz zu stimmen, vor Ihren Wählern, meine Herren im Centrum, klar und deutlich offenbar wird, daß das Odium für die Verlängerung des Gesetzes ausschließlich auf Sie im Centrum und wahrscheinlich einen Theil Ihrer Affilirten fällt. Um also diese Entscheidung möglichst rasch herbeizuführen, sind wir, die Socialdemokraten, entschlossen, uns bei den Abänderungsanträgen der Abgeordneten Windthorst und Genossen überhaupt der Abstimmung zu enthalten. Gegen Abschwächungsanträge können wir nicht stimmen, weil, an und für sich betrachtet, eine uns gewährte Erleichterung von der Hand zu weisen, eigentlich unvernünftig wäre, aber in der Ueberzeugung, daß überhaupt mit diesen ganzen Anträgen nur ein taktisches diplomatisches Manöver wieder einmal vollzogen werden soll, wie das ja gerade aus der Mitte des Centrums uns in diesem Reichstage keine unbekannten Dinge sind

(Heiterkeit),

gerade mit Rücksicht hierauf sind wir allerdings entschlossen, es möglichst rasch zu reinem Tisch kommen zu lassen und unter keinen Umständen unsererseits dazu beizutragen, daß die Herren in die Lage kommen, ihre Anträge angenommen zu sehen.

Ich möchte auch hier noch auf ein Wort des Abgeordneten Herrn von Schorlemer-Alst zu sprechen kommen, das er im Jahre 1878 bei der dritten Lesung des Socialistengesetzes aussprach. Damals war es Herr von Schorlemer-Alst, der das sehr charakteristische Wort aussprach:

> Wenn wir vom Centrum gegen das Gesetz stimmen, handeln wir in voller Uebereinstimmung mit unserer gesammten Wählerschaft.

Ich habe die Ueberzeugung, daß das Wort auch heute noch bei der katholischen Wählerschaft gilt. Und er fügt weiter hinzu:

> daß Männer, die selbst unter einem Ausnahmegesetze gelitten hätten, nie und nimmer für ein Ausnahmegesetz stimmen könnten.

Diese Worte galten aber nur für des Jahr 1878, scheint es; in den nachfolgenden Perioden haben wir erlebt, daß es gerade die Herren aus dem Centrum waren, welche diesen Worten am meisten untreu geworden sind. Wir täuschen uns nicht über die Gründe, die das Centrum seiner ganzen Stellung nach, die es in unserer socialen Schichtenbildung einnimmt, veranlassen, sich in dieser Art, wie ich es eben andeutete, dem Socialistengesetze gegenüber zu stellen. Ich brauche in dieser Beziehung nur erst auf die Gründe hinzuweisen, die ich bereits seinerzeit bei der ersten Lesung des Gesetzes Ihnen gegenüber geltend gemacht habe, und mittlerweile ist von einer von Ihnen hochangesehenen und für Sie jedenfalls sehr gewichtigen Stelle aus, von Seiten des officiösen „Moniteur de Rome", eine Kundgebung geworden, die ebenfalls deutlich zeigt, wie man im Vatican über die nothwendige Haltung des Centrums bezüglich des Socialistengesetzes denkt; und daß nach dieser Richtung dies ein sehr gewichtiger Wink für Sie sein wird, Ihre Handlungen in diesem Hause danach zu bestimmen, das unterliegt natürlich nicht dem geringsten Zweifel.

Nun frage ich: was haben diese ganzen Abänderungsanträge überhaupt für eine Bedeutung, namentlich diejenigen Abänderungsanträge, die zunächst zu § 9 des vorliegenden Gesetzes gestellt sind? Der Herr Abgeordnete Windthorst und Genossen beantragen, den Absatz 2 des Gesetzes:

> Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatze bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten, —

zu streichen. Der Herr Abgeordnete Windthorst und seine Freunde wollen also verhüten, daß künftig nicht mehr vorkommt, wie es ja vielfach vorgekommen ist, daß auf die einfache Thatsache hin, daß ein für eine Versammlung bestimmter Redner ein Socialdemokrat ist, die Versammlung verboten werden könne. Das ist ja scheinbar eine Concession die der Socialdemokratie gemacht wird, und andererseits wird die Befugniß der Polizei etwas eingeschränkt; aber, meine Herren, auch nur scheinbar. Denn daß in Wahrheit die Polizei auch dann nach dem übrigbleibenden Inhalt des Paragraphen in der ausgiebigsten Weise jede ihr unbequeme Versammlung in jedem ihr passenden

Stadium auflösen kann und damit also die beabsichtigte Wirkung aufheben kann, das habe ich ja vor ungefähr 14 Tagen in der deutlichsten Weise hier in Berlin persönlich zu erleben Gelegenheit gehabt. Der Fall ist an und für sich interessant, so daß es mir sehr wohl angebracht scheint, hier gerade zur Illustration des von den Herren aus dem Centrum gestellten Antrages ihn vorzuführen.

Ich hatte also bei jener Gelegenheit einen Vortrag zu halten übernommen über die Ursachen und Wirkungen der Krisen und der socialen Reform. Ich habe, wie die Herren wahrscheinlich meist aus den nachfolgenden Zeitungsberichten ersehen haben werden, damals nach der Versicherung aller Blätter mich außerordentlich objectiv in meinen Ausführungen gehalten. Es wurde dabei mehrfach hervorgehoben, daß ich nicht einmal populär, sondern mehr docirend, lehrhaft gesprochen hätte, und in der That lag mir daran, meine Ausführungen so zu halten, daß unter keinen Umständen die Polizei die Gelegenheit haben möchte, die außerordentlich stark besuchte Versammlung auflösen zu können. Nun, was geschieht? Als ich nach längeren Ausführungen von circa einer halben Stunde über die Ursachen, welche den heutigen Krisen zu Grunde liegen, auf die Thatsachen zu sprechen kam und diese in aller Ruhe anführte: daß die Entwickelung unserer Productionsverhältnisse es dahin gebracht habe, daß vielfach in unseren Industriebezirken und insbesondere in den Textilindustriebezirken es heute bereits dahin gekommen sei, daß die Frauen an die Stelle der Männer in den Fabriken treten, daß, während die Frau vom frühen Morgen bis späten Abend in der Fabrik thätig sein müsse, der Mann oftmals nicht mehr die nöthige Beschäftigung am mechanischen Webstuhl finde, zu Hause sitze und die Wirthschaft zu besorgen habe, — da sprang der anwesende Polizeicommissar auf und erklärte: auf Grund von § 9 des Socialistengesetzes ist die Versammlung geschlossen.

(Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, ich rufe Sie alle zu Zeugen auf, ob die von mir wörtlich angeführte Aeußerung geeignet war, den § 9 des Socialistengesetzes in seinem ersten Absatze, der da lautet:

> Versammlungen, in denen socialdemokratische, socialistische oder communistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen, —

ob, sage ich, in diesen meinen Ausführungen etwas enthalten war, was dieselbe rechtfertigte? Selbstverständlich hat der Vorsitzende jener Versammlung bei dem hiesigen Polizeipräsidium Beschwerde erhoben, und vor einigen Tagen ist ihm der Bescheid zu Theil geworden — er ist, wie ich gesehen habe, theilweise in den heutigen Blättern veröffentlicht —, worin das Polizeipräsidium Berlins erklärt, daß der ganze Inhalt meines Vortrags ein solcher gewesen sei — und ich war zunächst auf rein theoretische Erörterungen im Vortrage selbst beschränkt — derart gewesen sei, daß er das Verbot auf § 9, daß also auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in demselben zu Tage getreten seien, rechtfertige. Meine Herren, es ist ja nicht das erste Mal, daß dergleichen passirt; es ist

nur das erste Mal seit längerer Zeit, daß es in Berlin passirt. In Berlin sind von Seiten meiner Fractionsgenossen in den letzten Monaten eine große Zahl der verschiedensten Versammlungen gehalten worden, und wer einigermaßen die Vorfälle in jenen Versammlungen und die Vorgänge verfolgt hat, wird auch wissen, daß in diesen Versammlungen fast ohne Ausnahme mindestens ebenso aufreizend gesprochen worden ist, wie in der meinen; und wie kommt es nun, daß die Polizei gerade Veranlassung nimmt, hier einzugreifen, während sie vor- und nachher den größten Spielraum gab?

Meine Herren, Sie sehen also, daß das Gesetz jedem einzelnen Polizeibeamten die größte Willkür in die Hand giebt, und das ist das Gefährliche, das Verabscheuungswürdige an dem bestehenden Zustande, daß wir überhaupt vollständig in die Willkür und das Belieben jedes einzelnen Polizeibeamten gegeben sind. Denn selbst einmal den Fall angenommen, was hier nicht geschah, daß die Behörde hintennach ein solches Vorgehen eines Unterbeamten rectificirt und demselben Unrecht giebt: was ist schließlich damit für uns gewonnen? Die Versammlung selbst ist aufgelöst, sie hat ihren Zweck verfehlt. War es gar eine Wahlversammlung, so erfolgt in der Regel die oberbehördliche Entscheidung erst dann, wenn die Wahl bereits vorbei ist, wo also nicht einmal eine gewisse Reparirung des Schadens mehr möglich ist.

Aber andererseits möchte ich doch, namentlich gegenüber den Ausführungen des Herrn Ministers von Puttkamer, die Frage an Sie richten: glauben Sie nicht, daß eine solche Maßnahme, wie sie hier am 19. März dieses Jahres mir gegenüber gehandhabt wurde, mit Nothwendigkeit ein Maß nicht nur der Entrüstung, sondern der höchsten Erbitterung in die Massen tragen muß, wie es nur auf irgend eine Weise denkbar ist? Alle diejenigen, die an jenem Abend zugegen waren, werden mir bestätigen: im ersten Augenblick, nach Schluß der Versammlung, war die Versammlung wie gelähmt; sie wußte gar nicht, weshalb die Auflösung erfolgt war. Nachdem aber einige Secunden verflossen waren, so gab sich die Entrüstung und der Unwille in so stürmischen Ovationen einestheils für meine Person, anderentheils für meine Partei kund, daß ich in der That sagen muß, daß ich mit dem Erfolge außerordentlich zufrieden sein konnte, und daß ich in Wahrheit sagen muß, daß die Wirkung, die die Auflösung nicht blos auf die circa 3- bis 4000 im Saale Anwesenden ausübte, sondern auch auf die weit größere Zahl von Tausenden, die außerhalb des Locales vergeblich wartete, um hineinzukommen, für unsere Bestrebungen und unsere Agitation ganz ausgezeichnet genannt werden muß. Sie hätten also schon um deswillen alle Ursache, meine ich, derartigen Scenen nach Kräften vorzubeugen und uns unter das gemeine Recht zu stellen. Wenn wir in unseren Versammlungen uns irgendwie Gesetzesübertretungen zu Schulden kommen lassen — und ich betone, ich kann in einer Versammlung eine Gesetzesübertretung gegen das gemeine Recht begehen, ohne daß der Polizist darin einen Grund für die Auflösung auf Grund des Scialistengesetzes findet, weil er vielleicht in den meisten Fällen das eigentlich zu beurtheilen nicht genau im Stande ist — wenn wir aber derartige Gesetzesübertretungen je in

früheren Perioden uns zu Schulden kommen ließen, sind wir, wie Sie alle wissen, und die zahlreichen Processe beweisen, auch entsprechend dafür bestraft worden. Und wahrhaftig, uns gegenüber hat Fürst Bismarck keine Ursache, über die milden Richter zu klagen. Unsere deutschen Richter haben der deutschen Socialdemokratie gegenüber redlich ihre Schuldigkeit gethan; das Zeugniß muß ich ihnen hier vor Ihnen allen ausstellen.

Nun kommt aber noch der Absatz 3 dieses § 9, den der Abgeordnete Windthorst und seine Freunde bestehen lassen wollen, der da lautet:

> Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt.

Wir wissen, daß zu diesen Aufzügen auch unter anderen in den letzten Jahren in sehr zahlreicher Menge die Leichenbegängnisse zugezählt wurden.

(Sehr richtig! rechts.)

— „Sehr richtig", wird von jener Seite gerufen. Da möchte ich wieder einmal die Frage an Sie stellen, nämlich an die Herren von der rechten Seite, ob Sie denn so außerordentlich Ursache haben, zufrieden zu sein mit dem Ausgang des Frankfurter Processes in Bezug auf das vorjährige Leichenbegängniß eines meiner verstorbenen Parteigenossen. Ich meine, wenn nach einer Richtung hin die willkürlichen Maßregeln der Polizei sich im nacktesten Lichte herausgestellt haben, so war es bei den Vorgängen in Frankfurt am Main; wenn nach einer Seite hin das provocirende Auftreten der Polizeibehörden zu Tage getreten ist, so war es wiederum bei den Vorgängen in Frankfurt am Main; und ich meine, wenn jemand Ursache hat, zu vermeiden, daß nicht fernerweit ähnliche Ereignisse auftreten, dann sind Sie es, meine Herren.

(Sehr richtig! links.)

Nun aber möchte ich hier noch auf einen andern Fall aufmerksam machen, der ebenfalls mit einem Leichenbegängniß in Frankfurt am Main in engster Beziehung steht. Wenige Tage nach der Verhandlung bei der ersten Lesung des Gesetzes in diesem Hause, bei welcher Herr von Puttkamer die Andeutung machte, daß es vielleicht künftighin sich am meisten empfehle, überhaupt von vornherein schon den Socialdemokraten das Beiwohnen bei einem Begräbniß eines ihrer Parteigenossen zu verbieten, zeigte sich, daß diese Andeutungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Es starb in jenen Tagen ein gänzlich unbekannter Tischler in Frankfurt am Main, der einer Krankencasse, wie sie jetzt das Gesetz vorschreibt, angehörte, — einer Krankencasse, die aber zugleich in ihren Statuten auch die Bestimmung hat, daß mindestens 50 Mitglieder der Casse verpflichtet seien, der Beerdigung eines Cassenangehörigen beizuwohnen. Die Polizei in Frankfurt hört, daß es sich hier um einen Socialdemokraten handelt und was geschieht? Ohne nur überhaupt eine Ahnung zu haben, inwieweit das Leichenbegängniß dieses gänzlich unbekannten Arbeiters, der nie öffentlich irgendwie hervorgetreten war, der sich nach keiner Richtung hin als Socialdemokrat hervorgethan hatte, — um von vornherein eine mögliche Demonstration unmöglich zu machen, verbietet sie die Begleitung der

Leiche und schlägt zum Ueberfluß das Verbot durch große rothleuchtende Placate an allen Ecken Frankfurts an. Die Wirkung war, daß an jenem Tage auf allen Straßen Frankfurts Tausende und Abertausende versammelt waren, um jene stille Leiche des socialdemokratischen Arbeiters wenigstens aus der Ferne zu beobachten; ein Ereigniß, das ein gut demokratisch gesinntes Blatt in Frankfurt denn auch den Ruf ausstoßen läßt: „Wenn je für die Socialdemokratie in unseren Mauern gewirkt und gearbeitet worden ist, dann ist es durch eine Handlungsweise geschehen, wie sie jetzt das Frankfurter Polizeipräsidium gegenüber diesem Falle ausgeübt habt."

(Zurufe rechts: Was wollen Sie denn dann?)

Vicepräsident Freiherr von und zu Franckenstein: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneten Bebel: Was wir wollen? Wir haben — das will ich Ihnen sagen — den dringenden Wunsch, daß wir allen anderen Staatsbürgern gleichberechtigt behandelt werden;

(sehr richtig!)

wir wollen nicht diese Demonstrationen auf Kosten unseres guten Rechts. Daran liegt uns absolut nichts; sie werden aber mit Nothwendigkeit hervorgerufen, wenn eine Partei unter einem Ausnahmegesetz steht. Es liegt tief in der menschlichen Natur begründet, daß gerade dann, wenn man dem Menschen ein Recht nimmt, das jedem andern als selbstverständliches Recht gewährt wird, er sich dieses Recht zu nehmen sucht und das selbst unter Formen thut, die unter Umständen der betreffenden Gewalt recht unangenehm sind; aber weil wir eben der Ueberzeugung sind, daß wir, so weit es wenigstens in unseren Kräften steht, auf dem Boden der gemeinen Gesetze für die Verbreitung unserer Ideen arbeiten wollen, deswegen verlangen wir, unter das gemeine Recht gestellt zu werden.

(Bravo! links.)

Nun ist an uns heute insbesondere von Seiten des Herrn von Puttkamer eine Reihe von Anfragen gestellt worden in Bezug auf bestimmte Aeußerungen, die namentlich in einer der letzten Nummern des „Socialdemokrat" bezüglich der Pariser Commune und der Vorgänge bei der Pariser Commune gemacht worden sind. Darauf antworte ich Herrn von Puttkamer ganz einfach: der „Socialdemokrat" hat bei dieser Gelegenheit ein historisches Ereigniß besprochen und hat sich in der Weise ausgedrückt, wie nach seiner Meinung die Socialdemokratie Frankreichs hätte handeln müssen, wenn sie, einmal in die Zwangslage gesetzt, den Aufstand vom Jahre 1871 vornehmen zu müssen, ihre Herrschaft in Paris begründen wollte. Ich habe vor Jahren einmal eine Schrift über den deutschen Bauernkrieg geschrieben, die ebenfalls von dem Verbote des Socialistengesetzes ereilt wurde. Ich habe, da ich mir gar nicht denken konnte, daß eine Schrift, die eine historische Episode des 16. Jahrhunderts behandelte, unter das Socialistengesetz fallen könnte, Beschwerde dagegen erhoben, und da erklärten die Herren von der Reichscommission: ja, die Kritik, die ich an den damaligen Zuständen geübt hätte, sei eine solche, daß sie quasi eine Leitung sein sollte für künftige ähnliche Ereignisse. Sie sehen also, meine Herren,

daß wir nicht einmal mehr in der Lage sind, an irgend einem historischen Ereigniß eine Kritik ausüben zu können, ohne uns einer derartigen Beurtheilung auszusetzen. Nun ist aber das Interessanteste, daß, während hier Herr von Puttkamer mit Rücksicht auf die Aeußerung des „Socialdemokrat" es als sehr charakteristisch für die Partei hervorgehoben, daß der „Socialdemokrat" ausgesprochen habe, man hätte damals, als man die Macht gehabt habe, nicht vor den Geldschränken der französischen Bank, des Herrn von Rothschild stehen bleiben dürfen, sondern man hätte sich derselben bemächtigen müssen, — daß gerade dieser Umstand für unseren Collegen Stöcker die Gelegenheit abgegeben hat, daraus zu deduciren die intimen Beziehungen der Socialdemokratie mit den Juden.

(Heiterkeit.)

Wenn die Socialdemokratie — führte er damals aus — nicht im Bündnisse mit dem Judenthum steht, so würde sie auf keinen Fall vor den Geldcassen der französischen Bank Halt gemacht haben, da es gerade wesentlich jüdisches Geld sei, was dort aufgespeichert wäre.

(Heiterkeit.)

Sie sehen also, wie zwei Herren, die auf demselben Standpunkte stehen, ein und dieselbe historische Thatsache in ihrer Kritik von einem ganz entgegengesetzten Standpunkt behandeln, aber in dem Einen immer einig sind, daß auf der einen oder andern Seite der Socialdemokratie etwas am Zeuge geflickt werden müsse. Darin sind sie beide einig.

Nun hat Herr von Puttkamer noch weiter geltend gemacht, das Gesetz sei insbesondere auch nothwendig, um die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bezug auf die Arbeitseinstellungen möglichst zu dämpfen, und er hat insbesondere den Ausdruck gebraucht, das Gesetz sei nothwendig, um zu verhüten, daß die Agitatoren der Socialdemokratie sich bei den Strikecassen mästeten. Was würde Herr von Puttkamer sagen, wenn ich ihm darauf repliciren wollte, daß er und seine Collegen im Amte sich an den Staatscassen mästeten?

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Er würde das jedenfalls für außerordentlich beleidigend ansehen und würde es mit voller Entrüstung zurückweisen. Und, meine Herren, genau so thue ich das auch hier: ich weise diese Beschuldigung so lange als verleumderisch zurück, als nicht Herr von Puttkamer mir die Beweise für seine Behauptung beibringt

(Bravo! bei den Socialdemokraten),

daß es socialdemokratische Agitatoren und Führer gebe, die von Strikecassen sich „gemästet" hätten. Ich meine denn doch, daß jeder, der einigermaßen in der Arbeiterbewegung zu Hause ist, weiß, daß, wenn irgend eine Gesellschaftsclasse auf ihre sauer zusammengebrachten Gelder und ihre Verwendung sieht, es gerade die Arbeiter sind, und daß gerade diese Sparsamkeit oft in der kleinlichsten Weise sich geltend macht; was ja erklärlich ist für Leute, die überhaupt nur mit geringen Summen zu rechnen haben, und die recht wohl wissen, wie schwer jeder Pfennig, den sie geben, ihnen wird. Das, meine Herren, werden alle diejenigen bestätigen, die irgendwie Einsicht in das gegenwärtige Krankencassenwesen haben; da werden Sie finden, mit welchem außerordentlichen Rigorismus

oft gerade die Arbeiter es sind, die gegenüber ihren eigenen Collegen scharf darauf sehen, daß kein irgendwie gearteter Mißbrauch mit den von ihnen gesteuerten Geldern getrieben wird. Daß das dennoch hier und da vorkommt, soll unbestritten sein; aber ich meine, wenn wir einmal nach dieser Richtung hin wollten eine Liste der Uebelthäter aufstellen, dann dürfte die Leporelloliste auf Ihrer Seite unendlich länger werden als die unserige; das steht fest.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Wir haben da eine große Zahl von Fällen — nur mit dem Unterschied, daß es sich auf der einen Seite in der Regel nur um arme Leute handelt, die überhaupt nie in die Lage gekommen sind, größere Summen zu verwalten, und auf der anderen Seite um Leute, die von jeher mit großen Summen umgegangen, sie auch besessen haben, aber trotz der großen Summen nicht ausgekommen sind und deswegen fremde Gelder sich angeeignet haben.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Es war nun weiter vorauszusehen, daß die ausgezeichnete Gelegenheit — und ich muß allerdings sagen, die Reichsregierung hat in dieser Beziehung ein gewisses Glück, daß regelmäßig, wenn sie mit ihren Vorlagen, namentlich bezüglich des Socialistengesetzes, kommt

(Heiterkeit),

irgend etwas passirt, was ihr einen angenehmen Vorwand giebt, dasselbe begründen zu können.

(Heiterkeit.)

Ich will damit wahrhaftig nicht sagen, daß die Gründe für ruhig, objectiv denkende Leute ausreichend wären; nein, ganz und gar nicht. Aber es genügt, diese Gründe für diejenigen Massen auszunutzen, die, wie der Herr Abgeordnete von Helldorff vorhin ganz mit Recht bemerkte, noch ungebildet sind, denen man leicht ein X für ein U vormachen kann; denn unter allen Umständen giebt es gar kein wirksameres Mittel, nicht allein für die untersten Classen — dort verfängt es am wenigsten —, sondern namentlich für die besitzenden Classen, für den Philister, den Bourgeois mit einem Worte, als das Erscheinenlassen des rothen Gespenstes an der Wand. Das haben wir ja bereits im Jahre 1878 erlebt, mit welch ausgiebigem Erfolge das damals prakticirt worden ist; und die Herren natürlich werden jede Gelegenheit, die sich ihnen bietet, benützen, um in der gleichen Weise — und stets natürlich mit demselben Erfolge — das alte Mittel auszuüben.

Nun ist freilich Herr von Puttkamer nicht so weit gegangen, behaupten zu wollen, daß bei diesen Vorgängen in Belgien deutsche Socialdemokraten in irgend maßgebender Weise thätig gewesen wären, oder daß gar — wie der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst es aussprach, daß er wünsche darüber Auskunft zu haben, ob gar die deutsche Socialdemokratie, also zunächst doch wohl hier die parlamentarische Vertretung der deutschen Socialdemokratie, irgendwie bei diesen Vorgängen in Belgien ihre Hand im Spiel gehabt habe. Nein, meine Herren, das wird nicht nachzuweisen sein aus dem ganz einfachen Grunde, weil wir erstens gar keine Beziehungen zu den Leuten haben, die dort gegenwärtig sich bemerkbar machen, zweitens weil wir selbst

genau so wie Sie von den Vorgängen überrascht wurden resp. von denselben erst Kenntniß erhalten haben auf demselben Wege wie Sie alle.

Immerhin ist es interessant, den Gründen nachzuforschen, welche diese Ereignisse in Belgien hervorgerufen haben, und um deswillen ihnen ganz besonders nachzuforschen, weil gerade hier sich wieder herausstellt, daß die Massen endlich in Folge des ewigen Druckes und der fürchterlichsten Ausbeutung schließlich zu Gewaltmitteln geradezu getrieben werden, namentlich wenn die herrschenden Classen, wie es in Belgien bis auf den heutigen Tag in sehr hohem Maße der Fall ist, sich allen und jeden Bestrebungen auf Verbesserung des Looses der arbeitenden Classen feindlich gegenüber stellen.

(Sehr richtig!)

Vor allen Dingen, meine Herren, ist es zwar eine Thatsache, daß in Belgien für alle Classen der Gesellschaft, also auch für die Arbeiter, ein unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, eine unbeschränkte Preßfreiheit existirt. Vollkommen richtig. Aber andererseits ist auch die Thatsache existent, daß die belgischen Arbeiter mehr als in jedem anderen industriell vorgeschrittenen Lande Europas von der Mitwirkung bei den öffentlichen Angelegenheiten bisher gänzlich ausgeschlossen waren und von den abwechselnd in der Regierung herrschenden Parteien regelmäßig und hartnäckig ausgeschlossen wurden. Wir haben in erster Linie in Belgien ein Wahlrecht, wonach nur 140,000 Wähler vorhanden sind, d. h. ein Procentsatz, der sich auf etwas über 2 Procent der Gesammtbevölkerung stellt. Wir wissen, daß dieses Wahlrecht ein hohes Censuswahlrecht ist, daß also nur die besitzenden Classen von diesem Wahlrecht Gebrauch machen können, und daß, wenn irgendwo in einem Lande Europas die Bourgeoisie unumschränkt herrscht, dies in Belgien der Fall ist. Nun, meine Herren, ist es weiter eine Thatsache, daß, wie immer die Parteien heißen mögen, die im Laufe der Jahre in der Regierung abwechseln, — denn bei dem in Belgien herrschenden sehr hoch ausgebildeten constitutionellen System gelangen die gegenseitig sich bekämpfenden Parteien, sobald die eine unterliegt, die andere an die Regierung — daß, wie immer die Parteien in der Herrschaft wechseln, für die Arbeiter die Lage genau dieselbe geblieben ist. Da hat sich die ultramontane Bourgeoisie von der liberalen Bourgeoisie in gar keiner Richtung unterschieden. Beide Parteien haben nur um die Herrschaft gekämpft, und sobald sie im Besitze der Herrschaft waren, haben sie mit den alten Mitteln fortgearbeitet und vor allen Dingen den Arbeitern hartnäckig irgend welche sociale Reform, jedes politische Recht verweigert. In Folge dessen ist es gekommen, daß in keinem Lande Europas die Frauen- und Kinder-Arbeit in einem so schauderhaften Maße ausgenutzt wird, wie gerade in Belgien; daß in diesem katholischen Lande, dessen Bewohner im überwiegendsten Grade zur katholischen Religion sich bekennen, — ich sage, daß in keinem Lande mehr Mißbrauch mit der Sonntagsarbeit getrieben wird, wie gerade in Belgien; daß, meine Herren, die Ausbeutung der Kinder- und Frauenarbeit in einem so großartigen und ausbeuterischen Maßstabe in diesem Lande sich vollzieht, daß ein großer Theil unserer Industriellen in den Rheinprovinzen,

sobald wir hier in diesem Hause auf die Beseitigung der Kinderarbeit hinweisen, regelmäßig auf das Beispiel von Belgien, auf die Concurrenz von Belgien Bezug genommen haben.

(Sehr richtig! links.)

Nun ist es ferner Thatsache, daß insbesondere in denjenigen Districten, in denen gegenwärtig diese Revolte — denn von einer Revolution, wie es jetzt sowohl von conservativen wie von liberalen Blättern aufgebauscht wird, um einmal wieder mit dem rothen Gespenst den Bürgern Angst zu machen, von einer Revolution ist keine Rede, es ist eine ganz gewöhnliche Revolte

(Heiterkeit rechts)

— eine ganz gewöhnliche Revolte, wie sie allüberall mit Nothwendigkeit hervorgerufen wird, wo das Volk im tiefsten Elend, in der entsetzlichsten Noth, in der größten Unwissenheit lebt. Denn das ist auch eine Sünde, die insbesondere die jetzt herrschende katholische Partei in Belgien auf dem Gewissen hat, daß sie die Bildung des Volkes in einer grauenhaften Weise vernachlässigte.

(Sehr richtig! links.)

Das Wenige, was die liberale Partei vorher auf dem Gebiete der Volksbildung leistete, hat das ultramontane Ministerium, das gegenwärtig am Ruder ist, sobald es zur Herrschaft gelangte, beseitigt. Es hatte nichs Eiligeres zu thun, als diese Versuche der Volksaufklärung und Volksbildung so rasch wie möglich mit ihrer Wurzel auszurotten.

Meine Herren, wir erleben in Belgien genau das, was wir in viel kleinerem Maßstabe in Deutschland erlebt haben. Ich frage Sie alle: wo haben wir in Deutschland ähnliche Zustände erlebt — um einmal Großes mit Kleinem zu vergleichen, in eine Parallele zu stellen —? In den gutkatholischen Bezirken von Oberschlesien, dort, wo die Herren vom Centrum die ausschlaggebende Partei bilden, in Zabrze, Königshütte u. s. w., dort ist es vorgekommen, wo die Socialdemokratie gar keinen Boden hat, daß die aufs äußerste ausgesogenen und gedrückten Arbeiter schließlich sich nicht anders helfen konnten, als auf dem Wege der Revolte ihr Heil zu versuchen, wo sie dann mit Flintenschüssen und Cavalleriesäbeln auseinander getrieben worden sind. Und ganz ähnlich, meine Herren, vollzieht sich dieser Proceß, nur in größerem Maßstabe, in Belgien.

Noch mehr, meine Herren! Ich habe sogar die belgische Bourgeoisie, und ich glaube mit vollem Recht, in Verdacht, daß sie mit Absicht und Vorbedacht von Zeit zu Zeit ein derartiges Blutbad veranlaßt.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. — Widerspruch rechts.)

Sie braucht es, meine Herren, um damit um so mehr sich jeder Förderung socialer Reformen, jeder Gewährung politischer Rechte entziehen zu können. Was Sie heute erleben, ist das etwa in Belgien etwas Neues? Sie haben freilich die Ereignisse nicht so verfolgt wie wir, aber was heute im Kohlenbecken von Charleroi passirt, ist, wenn auch nicht in demselben Umfange, in den letzten 15 Jahren bereits das fünfte oder sechste Mal, daß es geschieht. Alle 2 oder 3 Jahre haben wir in Belgien ein solches Ereigniß. Und wie wird die Sache provocirt

von Seiten der herrschenden Classen, von Seiten der Staatsgewalt, Herr von Puttkamer! Insbesondere ist es ....

(Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident Freiherr von und zu Franckenstein: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Der Herr Redner hat gesagt, daß diese Revolte in Belgien von der Staatsgewalt veranlaßt sei. Diese Aeußerung ist unzulässig. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

(Bewegung.)

Abgeordneter Bebel: Ich bin allerdings erstaunt, daß die belgische Staatsgewalt hier anzugreifen nicht erlaubt sein soll. Ich will aber doch hervorheben, daß die Aussagen, auf die ich mich hier stütze, einem belgischen Organ, einem Organ, das freilich auf der rechten Seite keinen Anklang finden wird, einem Organ der Jansenschen Fortschrittspartei, entnommen sind, der „Reform".

Meine Herren, die „Reform" erzählt, daß in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr, allerdings begründet mit der allgemeinen industriellen Krise, die Arbeitslöhne in Charleroi und Umgegend in unerhörtem Maßstabe heruntergesetzt worden sind, daß aber gleichwohl, während man die Arbeitslöhne heruntersetzte, die Renten der Herren Bergwerksbesitzer von Jahr zu Jahr gestiegen sind

(hört! hört! links);

daß, während die Arbeiter in der bittersten Noth, in dem schauderhaftesten, gräßlichsten Elend sich befinden, die Herren in der ostensibelsten Weise im Ueberflusse prassen und schwelgen; daß in diesem Augenblick, wo von Seiten der Staatsgewalt das Militär nach Charleroi und Umgegend geschickt worden ist, insbesondere die reiche Bourgeoisie es sich zum Vergnügen macht, die Officiere der Armee mit Ostentation vor den Augen der Arbeiter zu sich zu Tische zu bitten und große Tafeleien zu veranstalten.

(Zwischenruf des Ministers von Puttkamer.)

— Alles Vermuthung? Natürlich, Herr von Puttkamer, Sie finden immer alles in Ordnung; wenn wir etwas sagen, dann ist es immer nur Vermuthung und unbegründet. Nein, was ich hier mittheile, ist ausgesprochen in den Blättern, und zwar von gegnerischen Blättern, die nicht auf unserem Standpunkt stehen, mit denen wir absolut nichts zu thun haben, die sogar, wie ich vorhin ausgeführt habe, als Vertreter der Parteien, die selbst zeitweilig das Ruder in der Hand gehabt haben, alles Mögliche gethan haben, um dort die Arbeiter niederzuhalten.

Es ist ferner eine Thatsache, daß überall das Militär äußerst provocirend aufgetreten ist, daß man geradezu diese Blutscene mit Absicht hervorgerufen hat. Es ist ferner eine Thatsache, daß die Officiere insbesondere es waren, die mit ihren Revolvern in die Häuser, auf die Fenster zielten und geschossen haben, wo ruhige Zuschauer auf die Straße herunterblickten, und durch diese Scenen es herbeigeführt haben, daß schließlich die Entrüstung und Wuth der Menge, auf das Aeußerste gestiegen, sich Geltung zu verschaffen suchte. Kurz, meine Herren, die Erklärung für die Ereignisse, wie sie in Belgien sich vollziehen, ist sehr einfach, und wenn wir alle Umstände in Betracht ziehen, wenn wir insbesondere festhalten, in welch außerordentlich traurigen Verhältnissen

dort in den Districten die Arbeiter sich befinden, dann sind diese Zustände vollkommen erklärlich. Würde in Belgien eine ähnliche socialdemokratische Partei existiren, wie sie in Deutschland existirt, dann würde das nicht möglich sein.

(Sehr wahr! bei den Socialdemokraten. Lebhafter Widerspruch rechts.)

— Meiner festen Ueberzeugung nach, nein! Meine Herren, das schlagendste Beispiel ist, daß dort, wo in Belgien eine Partei, ähnlich wie in Deutschland die Socialdemokratie, in ausgezeichneter Weise organisirt ist, weil sie sich organisiren darf, im Vlämischen, im Bezirk von Gent, daß in diesem Bezirke bis auf den heutigen Tag die vollständigste Ruhe beobachtet wurde, obgleich im Großen und Ganzen die Arbeiter unter einem ähnlichen Nothstande und nahezu in demselben Maße leiden, wie im Kohlenbecken von Charleroi das der Fall ist.

Dann aber möchte ich denn doch — und da stimme ich ja mit dem Herrn Abgeordneten Windthorst überein — fragen: was haben diese Vorgänge in Belgien mit den deutschen Zuständen, mit der deutschen Socialdemokratie, mit dem deutschen Socialistengesetz zu schaffen? Nicht das allermindeste; sie können auch gar keinen inneren Zusammenhang herbeiführen. Denn ich sage Ihnen offen: wenn es sich wirklich darum handelt, die socialistische Gesellschaft, in welcher Form auch immer, zu verwirklichen, so wäre es meines Erachtens die größte Unklugheit, dies zu thun auf dem Wege, wie es gegenwärtig die belgischen Arbeiter nach Ihrer Meinung versuchen sollen, auf dem Wege der Revolte, der Plünderung von Läden. Und zwar welcher Läden? — und das ist wiederum charakteristisch für die dortige Bewegung: welche Läden werden hauptsächlich geplündert? Die Fleischer- und Bäckerläden! Ein Beweis, daß der Hunger sie getrieben hat zu dem Aufstande. Es war die Triebfeder genau dieselbe wie im Jahre 1845 im schlesischen Eulengebirge bei dem Aufstand der schlesischen Weber. Und damals war obendrein — das muß ich den Ausführungen vom Ministertisch gegenüber bemerken, daß das System nirgend agents provocateurs in seinem Dienst gehabt habe — damals wurde die schlesische Weberrevolte neben dem Hunger notorisch hervorgerufen durch Herrn Stieber, wie protocollarisch bewiesen ist. (Sehr richtig!)

Ich gestehe, daß die ganze Art und Weise, wie diese Ereignisse in Belgien sich vollziehen, insbesondere daß die Partei, die dort so gut wie mittellos ist, Broschüren, wie Herr von Puttkamer uns versichert, des aufreizendsten Inhalts in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet haben soll, — daß mir das die Frage nahe legt: wo kommt das Geld zu diesen Broschüren überhaupt her?

(Zuruf: Aus Deutschland!)

— Aus Deutschland, von deutschen Arbeitern, wahrhaftig nicht; und aus Belgien, von belgischen Arbeitern, wie ich überzeugt bin, auch nicht. Denn dort hat die Partei in Bezug auf Geldmittel immer einen sehr niedrigen Standpunkt eingenommen. Andererseits, muß ich bekennen, verstehe ich nicht, wie gerade die Stelle, die Herr von Puttkamer zu Gunsten des aufreizenden Inhalts der Broschüre aufgeführt hat, die von ihm geschilderte Wirkung ausüben sollte.

(Zuruf.)

— Nein, das verstehe ich in der That nicht; denn im Grunde genommen ist alles das an Tausenden von Stellen im deutschen Reich und anderswo auch gesagt worden. Und ich meine, wenn man schildert, wie traurig heute die Verhältnisse der Arbeiter in Belgien seien, und sie darauf hinverweist, daß es nothwendig sei, auf dem Wege der Gewinnung der politischen Rechte und der Ausübung des politischen Wahlrechts zu ihrem Rechte zu kommen, daß das doch wahrhaftig kein Mittel ist, das irgendwie als ein verwerfliches, das irgendwie als ein staatsgefährliches hingestellt werden kann. Ich habe es ja schon in der Rede, die Herr von Helldorf vorhin in seinem Vortrag als so außerordentlich aufreizend hervorgehoben hat, in jener Rede, die ich hier zum Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden gehalten habe, bereits ausgesprochen, daß, wenn je mal ernsthaft der Versuch gemacht werden sollte, auch die deutschen Arbeiter um ihr politisches Recht zu bringen, dies unzweifelhaft die Revolution bedeute

(sehr richtig! links),

daß es gar kein geeigneteres Mittel giebt, den gewaltsamen revolutionären Bestrebungen, insbesondere den Bestrebungen der Anarchisten in die Hände zu arbeiten, als wenn man auf dem Weg, wie er zunächst in der Ausnahmegesetzgebung schon seit Jahren betreten ist, und wie er insbesondere nach dem Willen des Herrn von Helldorf und seiner Freunde weiterhin betreten werden soll, fortschreitet.

Wir haben ähnliche Andeutungen wie bei Herrn von Helldorf aus dem Munde des Herrn von Puttkamer seinerzeit im preußischen Abgeordnetenhause gehört, daß man endlich auch die Axt an die Wurzel des allgemeinen Stimmrechts legen wird. Ja, wenn Sie nach dieser Richtung weiter arbeiten wollen, dann seien Sie allerdings versichert, dann werden Sie das gerade erzeugen, so weit kommen, was Sie, wenigstens nach Ihren Versicherungen, unterdrücken wollen. Ich freilich kann mich des Verdachtes nicht erwehren, daß es gewisse sehr hochgestellte Leute im deutschen Reich giebt, die sich außerordentlich freuen würden, wenn sich die deutsche Socialdemokratie zu Putschen à la Charleroi in Belgien hergeben würde.

(Sehr gut!)

Wir werden Ihnen aber auf keinen Fall den Gefallen thun.

(Sehr richtig!)

Andererseits ist es auch wieder charakteristisch für das Maß der Auffassung von Auslassungen, die gewisse Parteien und namentlich die Herren von der Rechten in diesem Hause nach den Ausführungen des Herrn von Helldorf haben, was alles als aufreizend angesehen wird, und was nach Ihrer Meinung das Socialistengesetz rechtfertigen soll. So die vorhin von mir bezeichnete Rede bei Berathung des Antrages auf Verlängerung der Legislaturperioden in diesem Hause — ich appellire an Sie alle, ob jene Rede wirklich den aufreizenden, staatsgefährlichen Inhalt hatte, den Herr von Helldorff ihr vorhin zuschrieb. Daß sie ihn aber auch nach den Ansichten der deutschen Polizei nicht hatte, dafür habe ich darin den Beweis, daß jene Rede in hunderttausend Exemplaren in Hamburg, Altona, also in einem Belagerungszustandsgebiet, und in circa 30000 Exemplaren in Dresden und Umgebung verbreitet wurde,

ohne daß die Polizei weder an dem einen noch an dem anderen Ort irgend Veranlassung genommen hat, auf Grund des Socialistengesetzes dieselbe zu verbieten, obgleich ähnliches häufig im Laufe der Jahre vorgekommen ist, daß solche Reden, wenn sie aus dem Zusammenhange gerissen und einzeln verbreitet wurden, von Seiten der Polizei verboten wurden. Sie sehen also, daß in diesem Falle sogar die deutsche Polizei liberaler ist als Herr von Helldorff und seine Freunde.

(Heiterkeit.)

Das kann uns einen ungefähren Vorgeschmack geben, wohin es kommen würde, wenn die Herren mit unbeschränkter Gewalt am Ruder bleiben könnten, wie es in gewissem Maße gegenwärtig schon der Fall ist.

Man ist ferner auch heute wieder — denn die Debatte hat sich zu einer allgemeinen Generaldebatte wieder ausgedehnt — zu den bekannten Ausführungen gekommen, daß wir heute ganz anders seien, als früher, und die Reden, die wir jetzt in diesem Hause vor Ihnen bei Gelegenheit der verschiedensten Gesetzesvorlagen hielten, sich wesentlich von denen unterschieden, welche früher in diesem Hause gehalten worden wären.

Meine Herren, ich bestreite das auf das allerentschiedenste. Ich bestreite das gerade auf Grund der Ausführungen, welche einestheils Herr von Helldorff, andererseits Herr von Puttkamer gemacht haben. Herr von Puttkamer glaubte hier insbesondere wieder auf eine Rede aufmerksam machen zu müssen, die ich einmal vor Jahren, wenn ich nicht irre, bei Berathung des Socialistengesetzes im Jahre 1881, wenige Tage nach der Ermordung des Czaren in Petersburg, in diesem Hause gehalten habe. Nun, das beweist zum mindesten, daß, wo die Gelegenheit sich bietet, niemand von uns sich scheut, seinen Standpunkt, was immer für einer Frage gegenüber, auszusprechen. Habe ich aber damals, wie Herr von Puttkammer mir unterstellt, den Fürstenmord verherrlicht?

(Zuruf des Staatsministers von Puttkamer.)

— So!? Da wäre mir sehr interessant, wenn Sie die Stelle wörtlich genau citiren könnten. Ich habe damals — und der Angriff des Herrn von Puttkamer richtete sich auch gegen einen Artikel des „Socialdemokrat", ganz wie das heute ähnlich bei einer anderen Gelegenheit geschah, in dem ausgeführt war, daß das System, das in Rußland herrsche, mit Nothwendigkeit den Nihilismus geboren habe, mit Nothwendigkeit zu Gewaltmitteln führe, wie sie in dem Czarenmord ihren Ausdruck gefunden hätten — ich habe damals die Ausführungen des „Socialdemokrat" acceptirt, indem ich erklärt habe: das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Nothwendigkeit zu solchen Mitteln führen. Und, meine Herren, ich bin weiter der Meinung, daß, wenn Sie in Deutschland ein ähnliches System wie in Rußland inauguriren wollten, dieses System mit Nothwendigkeit zu demselben Ziele führen müßte.

(Zuruf.)

— Was, Herr von Kleist-Retzow?

(Glocke des Präsidenten.)

Vicepräsident Freiherr von und zu Franckenstein: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Bebel**: Die Monarchie würde freilich getroffen werden, wenn Sie die Mittel anwendeten, die jetzt in Rußland üblich sind.

(Große Unruhe rechts.)

— Ganz gewiß mit Nothwendigkeit! und ich stehe nicht an, daß ich in diesem Fall einer der ersten wäre, der dazu die Hand böte, wenn diese Zustände hier so wären

(hört, hört! rechts)

— ich wiederhole, wenn diese Zustände hier so wären!

(Große Unruhe rechts.)

— Ja wohl, meine Herren. Denn ein niederträchtigeres System, ein gewaltthätigeres, brutaleres System, als im modernen Rußland existirt, kann in keinem Lande gedacht werden. Und einem solchen System gegenüber kenne ich keine Rücksicht, dem gegenüber sind alle Mittel berechtigt, wie dieses System mir gegenüber alle Mittel für erlaubt hält. Ich denke, was ich Ihnen sage, das ist so klar wie möglich, da hätten Sie keine Ursache, zu glauben, daß wir unsere wahre Meinung versteckten.

Es sind aber auch die Ausführungen des Herrn von Puttkamer in Bezug auf Belgien charakteristisch. Wir sehen, daß genau dieselben Zustände, obgleich in ganz verschiedenen Ländern mit sehr wesentlich anderer Verfassung, aber in Bezug auf die Stellung der Staatsgewalt und der herrschenden Classen gegenüber den Arbeitern, mit demselben Erfolge in Rußland und in Belgien zur Anwendung kommen: in Rußland allerdings mehr in der Form des Attentats, des Einzelmordes; in Belgien in der Form der Revolte der Massen gegen die bestehenden Zustände, gegen die sie unterdrückende Monarchie als Repräsentant der herrschenden Classen. Sie sehen das überall, mag, wie in Rußland, die Staatsgewalt der ausschlaggebende Factor sein, mögen es, wie in Belgien, die herrschenden Classen, die besitzenden Classen sein, — Sie sehen, daß ein System, welches auf die systematische Unterdrückung, auf die systematische Ausbeutung, die **Ausraubung** der Arbeiterclasse geht, überall zu denselben Wirkungen führt; und aus diesen Erscheinungen sollten Sie abermals die Lehre schöpfen, daß Sie alle Ursache haben, uns in Deutschland vor ähnlichen Zuständen zu bewahren.

Nun bin ich der festen Ueberzeugung, daß gar kein Mittel denkbar ist, das innerhalb der deutschen Arbeiterclassen geeigneter wäre, den Glauben an die Möglichkeit der ruhigen, friedlichen Entwickelung unserer Zustände zu erschüttern, als eben die fortgesetzte Verlängerung dieses Ausnahmegesetzes. Es ist in einer Beziehung allerdings richtig, daß die zeitweiligen Berathungen und die Debatten, welche über dieses Gesetz geführt werden, wie Herr von Helldorf vorher ausführte, einen gewissen aufreizenden Charakter auf die Massen ausüben. Aber wenn Sie glauben, Sie kämen besser weg, wenn Sie das Gesetz zu einem dauernden machen, es überhaupt nicht auf Zeit erließen, dann irren Sie sich sehr. Die Wirkung auf die Arbeiter würde keine bessere sein; denn dann würde einestheils die **tiefste Erbitterung**, andererseits die Verzweiflung eine vollständige sein. Es würde in jedem einzelnen der Glaube entstehen müssen, daß, da bei den bestehenden Zuständen, bei dem auf uns lastenden Druck es nunmehr überhaupt unmöglich sei,

Socialdemokraten in einer solchen Zahl in den gesetzgebenden Körper zu senden, daß sie dort bei den Abstimmungen eine ausschlaggebende Partei bildeten, dann mit Nothwendigkeit nichts anderes übrig bleibe als die Gewalt. Dieser Glaube würde also durch eine Verlängerung des Gesetzes ohne Ende mit Nothwendigkeit in den Massen erzeugt.

Andererseits muß ich freilich mir sagen, daß all die Gründe, welche Herr von Puttkamer heute wieder für die Verlängerung des Gesetzes angeführt hat, nach zwei Jahren ebenso genau noch gelten werden, wie sie schon vor zwei Jahren gegolten haben. Denn diese Ausführungen beruhen in der Hauptsache doch darauf, daß es sich darum handelt, nicht etwa Handlungen, nicht eine bestimmte Thätigkeitsform der Socialdemokratie zu bekämpfen, sondern die socialdemokratischen Anschauungen überhaupt. Daß schon der bloße Gedanke, daß in der Socialdemokratie republikanische Anschauungen obwalten, daß in der Socialdemokratie religionsfeindliche Anschauungen obwalten, daß in Bezug auf sociale Einrichtungen die Meinung verbreitet ist, daß dazu eine Umgestaltung der bestehenden Eigenthumsverhältnisse von Grund aus nothwendig sei, — das alles sind doch Anschauungen, die mit dem Wesen und der Natur der Socialdemokratie aufs engste verknüpft sind, die, wenn sie überhaupt wegfallen sollten, die Socialdemokratie aus der Welt schaffen hießen. Die Socialdemokratie ist ohne die gänzlich abweichenden Grundgedanken, die sie in Bezug auf alle Gebiete der menschlichen Thätigkeit gegenüber allen anderen Parteien hat, mit einem Wort, ohne ihre eigenartige Weltanschauung, wie sie vorher der Herr Abgeordnete Windthorst richtig bezeichnete, überhaupt undenkbar. Sie müssen also logischerweise, wenn Sie schon in der bloßen Thatsache, daß solche Ideen in den Köpfen vorhanden sind, eine Gefahr für den Bestand der bestehenden Zustände sehen, zu einer Verlängerung des Socialistengesetzes auf uneingeschränkte Dauer kommen, logischerweise dazu kommen, den Socialdemokraten in Deutschland das Wählen zu verbieten, der Socialdemokratie zu verbieten, überhaupt socialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag zu schicken. Das wäre die nothwendige Consequenz, zu der Sie kommen müßten, wenn die Anschauungen des Herrn von Puttkamer die richtigen sein sollten. Sie sehen also, daß Ihre Ideen in Bezug auf die Socialdemokratie, auf die Spitze getrieben, Sie selbst ad absurdum führen. Die Socialdemokratie ist, wie ich das schon bei früheren Gelegenheiten des österen ausgeführt habe, ein nothwendiges Product der ganzen modernen Entwickelung.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich habe Ihnen früher schon gesagt, daß, wenn vor 50 Jahren eine Socialdemokratie in Deutschland nicht bestand, sie deshalb nicht bestand, weil ein Marx, ein Lassalle, ein Friedrich Engels und andere bedeutende Männer, die wir heute als unsere ersten Führer und Leiter verehren, nicht existirten, sondern weil sie nach Lage der Dinge überhaupt nicht existiren konnten, weil erst durch die weitere ökonomische Entwickelung der Productionsverhältnisse, der Schaffung eines großen zahlreichen Proletariats, auch die Vorbedingungen für den Socialdemokratismus erzeugt worden sind. Insofern unterscheiden sich die

Herren von der Rechten allerdings von den Herren auf der Linken und speciell den Deutschfreisinngen, als sie, weil sie selbst bis zu einem gewissen Grade unter dieser modernen Entwickelung leiden, eine andere Anschauung von derselben bekommen haben und bis zu einem gewissen Grade die von uns geübte Kritik an den bestehenden Zuständen als berechtigt anerkennen. Aber wenn Herr von Helldorff so weit gegangen ist, zu erkären, daß Sie, die Herren von der Rechten, zwischen uns und den Herren von der Linken, der deutschfreisinnigen Partei, gewissermaßen eine Mittelstellung einnehmen, dann muß ich denn doch das ganz entschieden zurückweisen. Sie nehmen diese Mittelstellung allerdings in einem Punkte ein, in Anwendung socialistischer Phrasen; aber in Ihren Handlungen thun Sie genau das Gegentheil.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Denn, meine Herren, Ihre Bestrebungen, die darauf hinausgehen, das Branntweinmonopol einzuführen, die Zuckerpolitik, und Schafwollpolitik — möchte ich sagen —, die Sie hier verfolgen, die Zoll- und Steuerpolitik, die Sie eingeführt haben, geht direct darauf hinaus, die Armen noch ärmer, die Reichen noch reicher zu machen

(sehr richtig! links),

geht darauf hinaus, den Classengegensatz zu schärfen. Mit Nothwendigkeit werden auch Sie durch die Bestrebungen, die Sie verfolgen, die Socialdemokratie stärken. Insofern sind Sie allerdings uns in manchen Punkten angenehme Bundesgenossen, als dadurch, daß Sie unsere Bestrebungen bis zu einem gewissen Grade als berechtigt anerkennen, wir jederzeit zu sagen im Stande sind: Ihr seht, ganz und gar kann man sich unseren Anschauungen nicht verschließen. Aber wenn durch unsere Agitation die Herren erst dazu gebracht worden sind, sich auf die Socialreform und all die schönen Dinge, aus denen bis jetzt allerdings noch herzlich wenig herausgekommen ist, einzulassen, so sind wir es gewesen, die eine scharfe Kritik an die bestehenden Zustände gelegt haben, die auf Umwandlung der bestehenden Verhältnisse hinarbeiten. Dann liegt auch für die großen Massen der Gedanke sehr nahe: dann hat die Socialdemokratie überhaupt Recht.

(Abgeordneter von Helldorff: Wie steht denn das „eherne Lohngesetz" zu Ihren ganzen Ausführungen? Das erklären Sie mir!)

Vicepräsident Freiherr von und zu Franckenstein: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Bebel: Sie werden mir doch nicht zumuthen, in diesem Stadium der Debatte etwa eine theoretische Abhandlung über das eherne Lohngesetz zu geben, — ganz abgesehen davon, daß ich gar nicht den Zweck davon einsehen würde; denn, Herr von Helldorff, wenn Sie wirklich das eherne Lohngesetz kennen, würde ich nichts neues sagen, und wenn Sie es nicht kennen, und ich sagte Ihnen wirklich etwas neues, würden Sie es nicht glauben. Es wäre also die Sache ganz zwecklos.

(Heiterkeit links und bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, im Classencharakter unserer Zustände, da liegt der Punkt, wodurch das Socialistengesetz — ich möchte sagen — alle Aussicht hat, zu einer dauernden Institution unserer politischen Zustände

zu werden. Auf allen Seiten ist das Bewußtsein vorhanden, daß die Dinge, wie sie jetzt gehen, in unserem öconomischen Leben unmöglich weiter gehen können; das ist ja die Einsicht, die es herbeigeführt hat, daß Sie überhaupt sich herbeiließen, mit Socialreform sich zu beschäftigen. Aber das Tempo, meine Herren, in dem Sie auf diesem Wege marschiren, ist ein so außerordentlich schneckenartiges, daß, wenn es nicht ganz bedeutend rascher wird, auch diese Bestrebungen in gar keiner Beziehung sich wirkungsvoll äußern werden. Im Gegentheil, der Zersetzungsproceß, der heute alle Schichten der Gesellschaft, und insbesondere die Mittelschichten der Gesellschaft am kräftigsten ergriffen hat, vollzieht sich weiter, und es ist alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Ereignisse über Sie hinausgehen werden. Gerade das Bewußtsein der absoluten Ohnmacht in Bezug auf die Socialreform ist es, was Sie veranlaßt, das Socialistengesetz zu einer dauernden Institution zu machen.

(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Sie kommen heute und verlangen das Gesetz auf 2 Jahre; nach 2 Jahren kommen Sie und verlangen es wieder auf 2 Jahre.

(Zuruf rechts: Auf 5 Jahre!)

— Auf 5 Jahre? Meine Herren, ich habe gar nichts dagegen, wenn Sie das Gesetz sogar derartig formuliren, daß Sie sagen: Das Gesetz besteht so lange, wie das gegenwärtige System im deutschen Reich existirt. Thun Sie das, denn so lange wird's voraussichtlich existiren —; aber an dem Tage, wo das herrschende System existenzunfähig wird, wird auch das Socialistengesetz und mit ihm Ihre Herrschaft zusammenbrechen.

(Bravo! bei den Socialdemokraten. Lachen und große Unruhe rechts.)

Präsident: Der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath, Staatsminister und Minister des Innern von Puttkamer, hat das Wort.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen, Staatsminister und Minister des Innern von Puttkamer: Meine Herren, ich habe die Rede des Abgeordneten Bebel mit dem äußersten Interesse angehört und glaube beinahe, mich nicht zu irren, wenn ich der Annahme Ausdruck gebe: er hat sein ganzes Talent und seine ganze Beredtsamkeit heute eigentlich daran gesetzt, für die Verlängerung des Socialistengesetzes zu sprechen.

(Sehr richtig! rechts. Rufe bei den Socialdemokraten: Natürlich!)

Er hat sich heute wieder ganz als der Alte gezeigt,

(Abgeordneter Bebel: Das war er immer, Herr von Puttkamer!)

und er überhebt mich heute deshalb eigentlich dessen, auf seine Ausführungen einzugehen. Ich will daher nur einzelnes herausgreifen, was besonders charakteristisch war. Zunächst habe ich mich natürlich auf die Auseinandersetzungen des Herrn Vorredners mit seinem polnischen Herrn Vorredner nicht einzulassen; sie stehen ja in den meisten Beziehungen auf einem ganz verschiedenen, vielleicht sogar diametral entgegengesetzten Boden. Daß die Herren von der polnischen Fraction gegen die Verlängerung des Gesetzes stimmen, ist ja bereits erklärt; aber für die Beurtheilung vom Standpunkte der Regierungen haben diese Parteien doch eine sehr starke Basis der Gemeinschaftlichkeit, d. h. sie stehen auf

dem Boden der absoluten Feindschaft gegen die gesammten Institutionen des Reiches. Und deshalb wundert es mich nicht, daß das Mitglied der polnischen Fraction diese Erklärung abgegeben hat; aber es wundert mich ebenso wenig, daß er auch ein Compliment von Herrn Abgeordneten Bebel eingeheimst hat.

Herr Bebel hat mir, wie es schien, den Vorwurf machen wollen, daß ich ihn erinnert habe an eine vor 5 Jahren gethane Aeußerung auf seine unter Umständen eintretende Vertheidigung des Fürstenmordes. Meine Herren, ich habe mir den damaligen Vorgang — ich war ja selbst dabei betheiligt — sehr genau gemerkt und ich weiß mich noch des Ausdrucks zu erinnern, mit dem er die allerdings mit etwas bebenden Lippen und bleichem Antlitz hervorgestoßene Aeußerung machte.

(Lachen bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Bebel war allerdings wohl unter dem Eindruck, daß er etwas sagte, was den Gesammtanschauungen und den Gefühlen aller gesitteten Menschen so entschieden widersprach, daß ihm das, was er sagte, auszudrücken wohl etwas schwer wurde. Er sagte damals, nachdem ich aus dem „Socialdemokrat“ die Verherrlichung des Mordes des Kaisers Alexander von Rußland verlesen hatte, folgendes:

> Nun, meine Herren, ist uns weiter vorgeworfen worden, daß wir auch die Attentate verherrlichten, und es wurde ein diesbezüglicher Artikel des „Socialdemokrat“ vorgelesen mit Bezug auf das Attentat gegen Kaiser Alexander II. von Rußland. Meine Herren, ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich für meine Person in keiner Weise die Richtigkeit der Ausführungen bestreite, die der „Socialdemokrat“ über diesen Fall gemacht hat
>
> (hört, hört! rechts),

das heißt mit anderen Worten: ich eigne mir die Lobpreisungen der Ermordung des Kaisers an.

(Zuruf: Ich bitte, die Stelle im „Socialdemokrat“ zu citiren!)

Der Kaiser Alexander II. war ein sehr humaner und milder Herr

(Lachen)

und die Entschuldigung, daß man nothgedrungen sich seiner hätte entledigen müssen, um das damals in Rußland herrschende Regierungssystem zu stürzen, ist von so grenzenloser Frivolität, daß alle Welt damals auf das tiefste entrüstet war, diese Vertheidigung zu hören.

Aber wir brauchen uns über alles dieses nicht mehr zu wundern; heute noch hat der Herr Abgeordnete Bebel sich zu denselben Grundsätzen bekannt und hat sogar erklärt, er würde unter Umständen für eine gewaltsame Beseitigung der Monarchie sein, und, meine Herren, eine Partei, deren Führer sich hier vor dem versammelten Reichstage so ausspricht, macht den Anspruch, nach gemeinem Rechte behandelt zu werden

(sehr gut! rechts);

eine Partei, welche sich selbst mit ihren gesammten Anschauungen und Bestrebungen außerhalb des gemeinen Rechtes befindet, d. h. den Staat, die Monarchie, die gesellschaftliche Ordnung grundsätzlich verneint, bekämpft, vernichten will, die also damit ausspricht, daß sie außerhalb dieser Ordnung steht, verlangt den freien Gebrauch aller Rechte und

Privilegien, die der auf dem Boden der gesellschaftlichen Ordnung stehende Staatsbürger mit Recht bei uns genießt.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich bestreite eben, daß principiell diejenige Form der Socialdemokratie, welche heute durch den Mund des Herrn Abgeordneten Bebel zu uns gesprochen hat, Anspruch hat, nach gemeinem Rechte behandelt zu werden, sondern ihr einziger Platz ist unter der strengen Zwangsherrschaft des Socialistengesetzes.

(Lachen bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat nun Bezug genommen auf einige Vorkommnisse der letzten Zeit. Ich will das hier gleich mit abmachen, damit ich nicht genöthigt bin, später noch in die Debatte einzugreifen. Er sprach also davon, es sei ein Beweis dafür, wie willkürlich und unangemessen das Socialistengesetz noch heute in Berlin gehandhabt werde, ein Vorgang in einer Versammlung, in welcher er als Redner aufgetreten sei. Nun, meine Herren, ich will hier ganz offen bekennen, daß ich persönlich die Verantwortung für die Auflösung dieser Versammlung für mich in Anspruch nehme, und zwar aus folgenden Gründen. Dem Herrn Abgeordneten Bebel ist wohl bekannt, daß er seit 1882 außerhalb der Tribüne hat niemals öffentlich reden dürfen.

(Abgeordneter Bebel: Reden wollen!)

— Reden dürfen.

(Abgeordneter Bebel: Reden wollen! Ich habe mich nie dazu gemeldet.)

Nachdem ich jetzt erfahren hatte, daß der Herr Abgeordnete Bebel nach dieser langen Periode einmal wieder als Redner in einer öffentlichen socialdemokratischen Versammlung auftreten würde, habe ich mit dem Herrn Polizeipräsidenten von Berlin erwogen, ob nicht —

(oho!)

ob nicht auf Grund des § 9 des Socialistengesetzes von vornherein diese Versammlung zu verbieten sei.

(Hört, hört! — Sehr gut!)

Der Herr Abgeordnete Bebel ist als der fähigste, beredteste, aber auch gefährlichste aller Socialdemokraten und Agitatoren bekannt,

(Zuruf: Und der verehrteste!)

und ich will also in diesem Zusammenhange sagen: ich fürchte seine Beredtsamkeit und den Eindruck, den er auf die Massen macht. Nun lege ich den § 9 des Socialistengesetzes allerdings, meine Herren, dahin aus, daß auch die Person desjenigen, der voraussichtlich in einer Versammlung als Redner auftreten will, unter Umständen maßgebend sein kann und muß zur Beurtheilung der Frage, ob eine Versammlung von vornherein zu verbieten ist oder nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie ist der Vorgang gewesen? Ich habe mich dafür entschieden, einmal die Probe machen zu lassen; und nun hat der Herr Abgeordnete Bebel nach den mir zugegangenen Nachrichten allerdings in ziemlich maßvoller Form geredet. Aber der ganze Grundton seiner Deductionen war genau derselbe, den er heute, nur in leidenschaftlicherer und energischerer Weise hier von der Tribüne aus vorgeführt hat, das heißt

also: die bisherige Productionsweise hat zu unheilvollen Zuständen geführt auf dem ganzen Gebiete des wirthschaftlichen und des Volkslebens, und sie muß beseitigt werden. Der Eindruck, den die Rede des Abgeordneten Bebel, ja sein bloßes Erscheinen vor der Versammlung gemacht hat, ist ein dermaßen elektrisirender und fanatisirender nach den mir zugegangenen zuverlässigen Berichten gewesen, daß ich nur die eine Kritik an das Verhalten des betreffenden Aufsichtsbeamten gelegt habe, ob es vielleicht nicht der richtige Satz gewesen ist, auf welchen hin er die Auflösung erklärt hat

(Lachen bei den Socialdemokraten);

aber daß die Auflösung durch die vorhergegangene Aussprache des Abgeordnelen Bebel schon vollständig gerechtfertigt war, steht außer allem Zweifel, und ich will hier noch außerdem constatiren, daß, während in allen übrigen Versammlungen, bei welchen eine Auflösung stattgefunden hat, alles in größter Ruhe und Ordnung — ich sage das zum Ruhme der hiesigen Bevölkerung im allgemeinen — hergegangen ist, in diesem Falle sich der draußen und im Saale befindlichen Menge noch eine derartige Erregung bemächtigt hat, daß die Symptome ganz unzweideutig dafür sprachen, daß der Herr Abgeordnete Bebel mit seiner Rede genau den Eindruck hervorgebracht hat, den er hat hervorbringen wollen, nämlich einen eminent agitatorischen

(Zurufe von Seiten der Socialdemokraten),

und ich nehme deshalb gar keinen Anstand, zu erklären, daß, so lange ich die Ehre habe, die Handhabung dieses Gesetzes zu überwachen, der Abgeordnete Bebel in Berlin außer auf dieser Tribüne nicht wieder öffentlich reden wird.

(Ah! Sehr gut! bei den Socialdemokraten. — Abgeordneter Bebel: Ich danke Ihnen, Herr von Puttkamer, für die Reclame.)

Meine Herren, das ist ein Compliment, was ich dem Talente des Herrn Abgeordneten Bebel mache; je größer die Bedeutung der gegnerischen Persönlichkeit ist, mit der man es zu thun hat, desto mehr ist Vorsicht geboten.

Dann ist mit ganz besonderem Nachdrucke hingewiesen auf den bekannten Fall mit der Frankfurter Friedhofsaffaire. Meine Herren, das weiß ich ja sehr wohl, daß in den letzten Tagen eine Verurtheilung mehrerer Polizeibeamten auf Grund dieser Vorgänge erfolgt ist. Ich lege keine Kritik an das gerichtliche Urtheil.

(Rufe links: Das fehlte auch noch!)

Ob es nicht übermäßig hart gewesen ist

(oho! bei den Socialdemokraten),

übermäßig hart gewesen ist, das lasse ich dahingestellt sein, und ob nicht mildernde Umstände anzunehmen gewesen seien, will ich ebenfalls jetzt nicht untersuchen. Aber das ist gar nicht das Charakteristische dieser ganzen Verhandlung, sondern für mich ist das Bedeutsame des Frankfurter Vorgangs dieses: die deutsche Socialdemokratie in der Gestalt, wie sie auch bei jenem Vorgange aufgetreten ist, benutzt eben jede Gelegenheit, die sich ihr bietet, um über die Schranken des Gesetzes hinwegzuspringen, und das hat sie auch bei diesem Falle bewiesen. Es war den Unternehmern jenes Leichenbegängnisses als Bedingung für die

Erlaubniß mitgetheilt und eröffnet worden, daß jederlei revolutionäre Abzeichen bei diesem Leichenbegängniß verboten seien. Das hat man übertreten; man hat sich mit rothen Schleifen versehen, Kränze mit rothen Schleifen auf das Grab des Betreffenden gelegt, also mit anderen Worten: es handelte sich nicht um eine dem Todten zu gewährende und zu bezeigende Ehrerbietung, sondern es handelte sich um einen Mißbrauch einer ernsten Todtenfeier zu einer socialrevolutionären Demonstration.

(Sehr richtig! rechts.)

Zweitens: es war den Veranstaltern bekannt gegeben worden, daß es verboten sei, am offenen Grabe Reden zu halten anders als durch den Geistlichen, der natürlich nicht dabei war. Auch dieses Verbot ist übertreten worden; es ist ein socialistischer Agitator aus Mainz verschrieben worden, um eine Rede zu halten.

(Zuruf von den Socialdemokraten: Unwahrheit!)

(Lebhafte Bewegung rechts.)

Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen, Staatsminister und Minister des Innern von Puttkamer: Meine Herren, das berührt mich ja aus dem Munde dieser Herren natürlich in gar keiner Weise, wenn sie mir Unwahrheiten vorwerfen; ich denke mir mein Theil dabei und bleibe ruhig bei meiner Behauptung stehen.

Also ich meine, daß die Parteien, welche sich hier Ordnungsparteien, und mit Recht, nennen, sich doch aufs äußerste hüten sollten, aus der Darstellung, wie sie der Herr Abgeordnete Bebel über solche Vorgänge macht, sich in irgend eine Sympathie oder eine etwas weichliche Stimmung diesen Dingen gegenüber hereinreden zu lassen. Principiis obsta! Meine Herren, mit solchen Sachen fängt man an, und mit der Revolte, die uns der Herr Abgeordnete Bebel allerdings gewissermaßen als eine unschuldige und gemüthliche Thatsache

(Heiterkeit)

dargestellt hat, endigt es zuletzt. Darauf lassen wir uns nicht ein; wir wissen ganz genau, mit wem wir es zu thun haben, und wissen ganz genau, welche Mittel wir auf dem Boden des Gesetzes anzuwenden haben, um uns gegen diese Herren und ihre Bestrebungen zu wehren.

Wenn dann der Herr Abgeordnete Bebel Ihnen schließlich gesagt hat, da habe man nun sofort die Consequenz aus diesem ersten Vorgange daran geknüpft, nun alle socialdemokratischen Leichenbegängnisse als öffentliche zu verbieten, so ist das einfach unwahr. Man hat sie verboten, so weit sie demonstrativer Natur waren; aber wer wird denn daran denken, irgend ein Leichenbegängniß anders zu verbieten, als aus bestimmt vorliegenden dringenden Gründen! Hier in Berlin — das sage ich Ihnen ganz offen — wird niemals wieder ein so demonstratives socialdemokratisches Leichenbegängniß unter Vorantragung revolutionärer Embleme stattfinden, und die Polizei würde in einer ganz schmählichen Weise ihre Pflicht verletzen, wenn sie dergleichen Ausschreitungen duldete.

Zum Beweise dafür, daß dies ein correcter Standpunkt ist, berufe ich mich aus der Erinnerung auf eine Rede des Herrn von Bennigsen, die er im Jahre 1878 hielt, als es sich um die erste Vorlage der verbündeten Regierungen handelte. Da sagte er: „Es ist mir sehr zweifel-

haft, ob diese Vorlage nöthig ist; denn ich muß nach der Praxis, die die Behörden hier in Berlin bisher angewendet haben, annehmen, daß sie nicht mit der nöthigen Consequenz und Energie die bestehenden Gesetze zur Unterdrückung solcher Dinge ausnutzen"; und er wies meines Erinnerns dabei ausdrücklich auf die mit Leichenbegängnissen von Socialdemokraten getriebenen Mißbräuche hin.

Es ist übrigens für jeden Kenner der preußischen Gesetzgebung selbstverständlich, daß diese Frage sich gar nicht auf dem Gebiete der socialdemokratischen Gesetzgebung abspielt, sondern auf Grund unseres preußischen Gesetzes über den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts ist die Polizei berechtigt, also auch verpflichtet, jede öffentliche Versammlung unter freiem Himmel zu verbieten, wenn Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit damit verbunden ist. Also das müssen die Gegner dieser Vorlage gestehen, daß, selbst wenn dieselbe abgelehnt wird, auch noch künftig solche Dinge werden inhibirt werden.

Es ist aber wirklich, was mich am meisten interessirt hat bei der Rede des Herrn Abgeordneten Bebel, die Beobachtung, daß in einem so hervorragend begabten Kopfe, wenn er sich einmal in eine fixe Idee hineingerannt hat, die Zustände sich förmlich alle auf den Kopf stellen.

(Sehr richtig! rechts. Zuruf bei den Socialdemokraten.)

Das ist die fixe Idee mit der Provocation zu Verbrechen. Wenn man hier, wo wir noch alle unter dem Eindruck dieser erschütternden und wirklich furchtbaren Dinge in Belgien stehen, uns ganz unverblümt sagt: ja, ich habe noch den starken Verdacht, daß die Bourgeoisie das angestiftet hat, — dann muß ich sagen: ich verzweifle an der politischen Zurechnungsfähigkeit derer, die so etwas aussprechen, und noch mehr derer, die daran glauben. Freilich, das ist ja nun ein ungemeines Verbrechen der belgischen Fabrikanten, daß sie die Officiere der Truppen, die zu ihrer Rettung abgesandt sind, zu Tische geladen haben. Die Aufrührer haben sich selbst zu Tische eingeladen!

(Heiterkeit rechts. — Zuruf von Seiten der Socialdemokraten: Sehr mager!)

— Lesen Sie nur gefälligst die authentischen Berichte, die unter anderen die „Kölnische Zeitung" darüber gebracht.

(Zuruf von Seiten der Socialdemokraten: Das ist das rechte Blatt!)

Diese Aufrührer haben in einer Weise, wie es von der mittelalterlichen Jaquerie nicht toller geschehen konnte,

(Zurufe: Uebertrieben!)

sich ganz fürchterlich betragen in den von ihnen im Wege der Mordbrennerei eingenommenen Schlössern und Klöstern.

Und nun soll ferner meine vorherige Bemerkung, daß die Herren sich mit den Frevelthaten der Commune solidarisch gemacht hätten durch die Anerkennung jenes Artikels des „Socialdemokrat" unrichtig sein! Das will Herr Bebel mit einer von ihm gehaltenen Rede über den Bauernkrieg in Verbindung setzen. Meine Herren, der Bauernkrieg ist 300 Jahre her, und dessen ethische und politische Nachwirkungen werden heute nicht mehr so auf unser öffentliches Leben bemerkbar sein; hier handelt es sich aber um einen unter unsern Augen vor einem halben

Menschenalter vorgegangenen Greuel, den der Herr Abgeordnete Bebel auch heute wieder ausdrücklich unter seinen Schutz genommen hat; denn ich constatire hiermit, daß meine Provocation, er möge sich erklären über sein Verhältniß und die Solidarität seiner Partei zu diesem von mir verlesenen Artikel, in keiner Weise genügend beantwortet worden ist. Ich muß darnach annehmen, daß die Herren eben noch auf dem Standpunkte stehen, daß die Pariser Commune Unrecht daran gethan, vor den Geldschränken des Hauses Rothschild Halt zu machen. Das ist auch wiederum eine Manifestation derjenigen Partei, die Anspruch macht, nach den Regeln des gemeinen Rechtes behandelt zu werden.

Ich bin der Meinung: jeder Culturstaat hat das Recht, daß er sich der Parteien und Fractionen, die in dieser Weise mit frevelnder Hand in sein Culturleben und in seinen Rechtsstand einzugreifen kein Bedenken tragen, mit Zwangsmaßregeln erwehrt. Dies allein ist der Standpunkt, den ich hier vor Ihnen zu vertreten habe, und ich denke, die Ausführungen, die wir von dem Herrn Abgeordneten Bebel gehört haben, werden wahrlich nicht dazu dienen, die Zahl derer zu vermindern, die für die Verlängerung des Gesetzes stimmen.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Stöcker (Siegen) hat das Wort.

Abgeordneter Stöcker (Siegen): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat der socialpolitischen Lage in Deutschland den denkbar größten Dienst geleistet. Seit geraumer Zeit stehen wir mit den Socialdemokraten in der Discussion, ob sie sich von dem Anarchismus unterscheiden. Was heute der Herr Abgeordnete Bebel gesagt hat, war theoretischer Anarchismus so klar, wie er überhaupt nur ausgesprochen werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer die Commune vertheidigt, wer es ausspricht, russischen Zuständen gegenüber, auch der deutschen Monarchie gegenüber, wenn sie etwa russische Zustände schaffen sollte, sei jedes Mittel erlaubt, der ist Anarchist, und zum praktischen Anarchismus fehlt nur die Stunde und die Gelegenheit.

(Bravo! rechts; oho! links.)

Die Ausflucht, als ob es sich nur um Kritik vergangener politischer Ereignisse handle, ist noch fadenscheiniger als Spinneweben. Es ist immer die Manier der Herren gewesen, wilde Angriffe in scheinbar historische Formen zu kleiden; wir kennen dieselbe aus der Zeit vor dem Socialistengesetz ganz genau. Wenn die Socialdemokraten so thun, als sei der Anarchismus etwas von ihrem Ideenhimmel weit verschiedenes, so speculiren sie nur entweder auf die Unkenntniß oder auf die Vergeßlichkeit der politischen Welt.

(Sehr richtig! rechts.)

In socialdemokratischen Blättern — und wenn mir zugerufen werden sollte: wo? so habe ich für jede einzelne Aeußerung das Blatt bei mir — ist mit solchen historischen Erinnerungen oft gespielt. So wurde einmal das Lied aus der französischen Revolution angeführt: Aristokraten an die Laterne! So stand in einem socialdemokratischen Liederbuch, das ich mir damals in Berlin gekauft habe, alle Kirchen

sollten zu Tells Capellen werden, dann werde man alle Geßlers auf einmal los. Als in Rußland die Nihilisten ihre Morde anfingen, wurden sie hier in Schutz genommen, der Wera Sassulitsch in Berliner Blättern Loblieder gesungen, noch dazu von Frauen. Bei der Besprechung über die französische Revolution und den Königsmord hieß es: der arme Hugo Capet war verhältnißmäßig unschuldig, er täuschte sich nur in Einem, daß es sich bei seiner Verurtheilung gar nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine Machtfrage handelte. Das waren solche historischen Anführungen; aber man hat dann auch Originallieder gemacht; z. B. Bourgeois, auch euch braucht man zum Laternenschmuck!

Das alles ist Anarchismus; es folgt auch aus Ihren Principien. Meine Herren Socialdemokraten, machen Sie uns doch kein Blendwerk vor! Marx, Ihr geistiger Führer, sagt mit einer bekannten Redewendung: die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffe nicht ersetzen. Und als einmal österreichische Arbeiter meinten, sie wollten im Frieden mit allen Parteien ihre Interessen fördern, da stand im „Volksstaat", das sei Verrath an der Arbeitersache. Meine Herren, was ist das anders als Anarchismus? Der Anarchismus hat das Socialistengesetz hervorgerufen, und der Anarchismus ist aus Ihren Köpfen noch nicht verschwunden, wie wir heute auf der Tribüne des deutschen Reichstags gehört haben, und wie es hinausklingen wird in das ganze deutsche Land, damit unser Volk weiß, mit welchen Leuten wir in unserem Vaterlande zu thun haben.

(Unruhe links. Sehr wahr! rechts.)

Nun sind wir ja im Klaren: die Herren Socialdemokraten — falls sie den Abgeordneten Bebel nicht verleugnen — haben nicht mehr das Recht, — sie hatten es nie, aber sie haben es heute noch weniger als je, — sich als die Vertreter der deutschen Arbeiter hier aufzuspielen; sie sind nur die Vertreter der revolutionären Arbeiter, der irreligiösen Arbeiter. Sie vertreten die Arbeiterwelt nicht nach der Zahl; nur 600 000 Mann — darunter die meisten irregeführte Leute — haben Sie gewählt; Millionen von Arbeitern haben für die anderen Parteien gestimmt. Wer giebt Ihnen das Recht, Ihnen, die sie so viel von Majorität reden, zu sagen, Sie repräsentirten die Arbeiterwelt? Sie repräsentiren gar nichts.

(Heiterkeit.)

Nein, Sie vertreten thörichte Ideen, und in ihnen auch nicht die Arbeiter. Wagen Sie zu behaupten, daß die deutsche Arbeiterwelt ihr Heil von dem revolutionären Socialismus erwartet? Der deutsche Arbeiter, wenn er aufgeklärt ist, will Socialreform des Wirthschaftslebens; er will einen socialen Schutz für seine Arbeit; aber den socialistischen Umsturz, Ihre Phantasien von der Verwandlung des gesammten privaten Eigenthums in gemeinsames Eigenthum, will er nicht; das versteht er gar nicht, so wenig wie Sie selbst.

Und was Ihre demokratischen Meinungen betrifft, so muß man das deutsche Volk sehr wenig kennen, um zu glauben, daß Sie irgendwie den Durchschnitt der Gefühle, die im deutschen Volke leben, repräsentiren. Unser Volk, auch unser Arbeitervolk, nicht blos auf

dem Lande, sondern auch in der Stadt, wenn es nicht durch nichtswürdige Agitationen irregeführt ist, ist königstreu und monarchisch durch und durch

(Bravo! rechts),

bis ins Herz, bis in die Knochen.

(Heiterkeit.)

Gerade wenn Sie Demokraten sind, so sind sie keine Vertreter deutscher Ideen, sondern Verfechter von undeutschen Gedanken, die unser Volk nicht billigt.

Ich bestreite es Ihnen durchaus, daß Sie Vertreter der Arbeiterwelt sind.

(Ruf bei den Socialdemokraten: Sie aber!)

— Ich bin es viel eher als Sie.

(Heiterkeit.)

Ich will Ihnen den Beweis liefern. Sie thun immer so, als ob man nur so ein Etiket „Arbeiterfreund" auf seinen Rücken zu kleben brauchte; dann sei man damit ein Arbeitervertreter. Dazu gehört aber mehr.

(Ruf bei den Socialdemokraten: Das ist Ihre Manier!)

Ich habe den Reichstagsalmanach durchgesehen und mir Ihren Stand gemerkt. Ja, was sind Sie denn? Vier wirkliche Arbeiter, acht Journalisten, sechs Arbeitgeber. Sind Sie Vertreter der Arbeiter? Lassalle sagte einmal: „Zwei Dinge hasse ich, Journalisten und Juden; leider bin ich beides."

(Große Heiterkeit.)

Dieser Zustand ist bei Ihnen geblieben. Ob Sie noch heute „leider" sagen, das weiß ich nicht; aber eine Partei, in der dieser Zustand zu einer dauernden Institution wird — um einmal ein viel gebrauchtes Wort von heute zu benutzen —, eine solche Partei ist doch in keinem Falle Arbeiterpartei.

Meine Herren, Sie erlauben es Ihren Mitgliedern, die Interessen der arbeitenden Classen mit Füßen zu treten, wenn sie nur Socialdemokraten sind.

(Ruf: Wo?)

Wir hören seit einem Jahre in Berlin den Nothschrei der Mantelnäherinnen. Die Noth dieser Arbeiterinnen ist nicht besser als die Lage der Arbeiter in Belgien; sie verdienen nach unbestrittenen Angaben 75 Pfennige pro Tag bis 1 Mark 25 Pfennige, den höchsten Lohn nur die tüchtigsten; ich habe es aus ihrem eigenen Munde gehört. Ein Mann, der Hunderte von diesen Mantelnäherinnen, um in Ihrem eigenen Jargon zu reden, ausbeutet, sitzt unter den Socialdemokraten; es klebt auch an seinem Rücken das Etiket des Arbeiterfreundes; dabei verdient er an den schlechten Löhnen der armen Mantelnäherinnen, — ganz wie in Belgien. Sie declamiren hier gegen belgische Zustände und haben hier als Arbeitgeber dieselben Verhältnisse. Das ist ungewöhnlich. Sonst, wenn man für eine Idee eintritt, bringt man seine Thaten in Uebereinstimmung mit seinen Ideen; für einen Socialdemokraten ist das nicht nöthig; er kann aus Geschäftsrücksichten ganz anders handeln. Nun, meine Herren, entweder unsere Zustände sind

gut, — dann hat die Socialdemokratie kein Recht, — oder das Ausbeuten dieser armen Geschöpfe, für die ich das tiefste Mitleid habe, ist schlecht, — dann darf es Niemand üben, aber am allerwenigsten ein Socialdemokrat, der sich zum Helden der socialen Frage hergiebt. Man braucht ja doch nicht Unternehmer zu werden, auch nicht, wenn man Israelit ist; es giebt ja andere Erwerbsformen. Wenn unserem deutschen Michel das erst einmal zum Bewußtsein kommt, dann verlieren die Socialdemokraten jeden Credit. Bei einem solchen Verhalten — nehmen Sie es mir nicht übel — ist man keine historische Erscheinung, sondern eine komische Figur, weiter nichts!

(Große Heiterkeit.)

Socialist ist man damit nicht.

(Zuruf: Sie sind ein Narr! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Bebel hat eben gerufen: „Sie sind ein Narr". Ich rufe den Herrn Abgeordneten Bebel deshalb zur Ordnung.

(Bravo! rechts.)

Abgeordneter Stöcker (Siegen): Allen diesen Thatsachen gegenüber behaupte ich, daß das Socialistengesetz nothwendig war für damals als es gegeben wurde, und daß es unentbehrlich ist für die Zukunft., Alles, was man dagegen einwendet, verschlägt nichts. Sie sagen, es habe nichts genützt. Eins hat es doch bewirkt, daß es nämlich unser Volk aufklärt über das, was auf dem socialen Gebiete böse und gut ist. Man vergißt es in Deutschland zu oft, zuweilen auch an hohen Stellen, daß einer der wichtigsten Factoren zur Bildung des öffentlichen, sittlichen Urtheils das Gesetz und die Art und Weise der Regierung ist.

Wenn heute die Socialdemokratie ihre wüste Agitation macht, dann weiß ein Jeder: das ist verboten und unerlaubt. Mögen Sie, wie Sie sich gerühmt haben, durch Ihre geheimen Canäle eine Masse von Literatur in das Land hineinwerfen, so viel ist das lange nicht, wie früher durch die siebzig großen und kleinen Journale in die Hände der Arbeiter kam. Und was heute kommt, ist geschmuggelt; es weiß jeder Mensch: eigentlich darfst du das nicht haben, es ist gegen die Gesetze. Das ist doch ein ungemeiner Unterschied. Gerade diesem Umstande ist es zu verdanken, daß Ihre Partei keine größeren Fortschritte macht.

(Ruf: 25 sind wir doch!)

— 25 sind Sie, meine Herren! Es kann auch wieder anders kommen; Sie können auch wieder einmal weniger werden. Die Rede des Herrn Abgeordneten Bebel wird Ihnen wohl bei der nächsten Wahl einige Sitze kosten.

(Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

— Ich weiß wohl, Sie sagen wieder: die Bewegung geht unaufhaltsam vorwärts, ist riesengroß; Sie machen ein Gemälde, das ordentlich schaurig ist. Aber wir fürchten uns nicht davor; wir wissen: das geht auf und nieder im politischen Leben. Das letzte Mal haben Sie 600,000 Stimmen gehabt, das vorletzte Mal weniger, und das nächste Mal haben Sie vielleicht wieder weniger; man weiß das.

Aber, meine Herren, eins haben wir durch das Socialistengesetz erreicht, daß Sie in den Formen der Debatte, sowohl hier im Reichstag wie draußen in den Versammlungen, in den Flugblättern wie bei der Wahlagitation, andere Leute geworden sind; — ich nehme Herrn Bebel aus, der heute mal wieder den Schleier von seinem Angesicht gezogen hat, wofür ich ihm dankbar bin; — im Uebrigen sind Sie zu einer traitablen Partei geworden. Manchmal könnte man ordentlich darüber lachen, wenn man z. B. den Gesetzentwurf Auer ansah, wo Sie ein Reichsamt schaffen wollen und dabei bemerken: die Organisation des Reichsamts bestimmt der Bundesrath. Ich glaube auch ein großes Vertrauen zu den verbündeten Regierungen zu haben, wahrscheinlich ein größeres als Sie, aber den politischen Muth hätte ich doch nicht, die Schaffung eines solchen Centralorgans für die gesammten Arbeiterinteressen einfach der Willkür der verbündeten Regierungen zuzuweisen. So weit aber haben Sie es schon gebracht! Stellen Sie sich doch einmal vor, wie weit Sie erzogen, wie artig Sie geworden sind. Sie haben ein geradezu grenzenloses Vertrauen gegen die Staatsbehörden.

(Heiterkeit.)

Und da wollen Sie uns noch sagen, Sie seien nicht vorwärts gekommen? Nein, meine Herren, Sie sind vorwärts gekommen. Und wenn Sie hier große Reden halten, um Ihre Veränderung zu verdecken, und sagen: wir werden siegen — nun, das muß man erst sehen; das sagen Sie immer, davor fürchten wir uns nicht. Die Weltgeschichte wird nicht mit hochtönenden Redensarten gemacht, sondern durch Thaten, Persönlichkeiten und Realitäten. Es ist nicht richtig, wenn Sie immer so thun, als läge es in der heutigen Entwicklung, daß alle Menschen, die Verstand hätten, Socialdemokraten werden müßten. Schon oft hat eine Volksbewegung großes Aufsehen gemacht und ist wieder gesunken. Denken Sie nur an die chartistische Bewegung; die that gerade so groß wie Sie; dann hat sie sich einmal blamirt, und alles war aus, wie eine Seifenblase.

Ich will nun nicht sagen, daß Herr Bebel mit seiner Rede Ihre Partei blamirt hat; aber er hat Dinge gesagt, die Ihnen schwer auf die Rechnung gesetzt werden; darauf können Sie sich verlassen.

Das freilich ist richtig: in unserer Zeit liegt ein gewaltiger Zug, die Uebertreibung des Individualismus, das Manchesterthum zu beseitigen. Und das ist es auch, wofür wir Conservativen mit ganzer Kraft eintreten; wir wollen die Ueberspannung des Eigenthumsbegriffs, wie Herr von Helldorf sagte, nicht; wir wollen, daß wieder mehr der Grundsatz „einer für alle und alle für einen“ auch in den Wettbewerb des Verkehrs übergeht. Deshalb, meine Herren, um eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Bebel zu beantworten, deshalb stehe ich in der antijüdischen Bewegung; aus keinem anderen Grunde. Auf der Seite des Judenthums ist der Capitalismus — das wird ja Niemand leugnen können, nicht einmal die Israeliten selbst, die hier im Hause sind, bis zur absoluten Unerträglichkeit gewachsen; die Millionäre und Milliardäre, die es im Judenthum giebt, sind besonders bei der religiösen Verschiedenheit, bei der Minorität der Juden ungesunde Erscheinungen für das öffentliche Leben. Aber, meine Herren,

dagegen würde ich nie aufgetreten sein; es liegt das gar nicht in meiner Art zu denken. Aber, wenn nun zugleich aus dem Judenthum diese schürenden, aufhetzenden, revolutionären Kräfte kommen, die, in der einen Hand den Capitalismus, in der anderen den Umsturz, durch beides das Volk vernichten, so ist das etwas, was keine Nation ertragen kann, das ist eine Perfidie des öffentlichen Lebens, die gen Himmel schreit.

(Heiterkeit.)

Und das ist nicht blos bei uns so, nein, überall.

Als die nihilistische Bewegung Rußland bedrohte, da ließ der Minister des Innern einmal den Oberrabbiner vor sich kommen — so stand wenigstens in allen öffentlichen Blättern — und fragte ihn, wie es komme, daß die Juden in der nihilistischen Bewegung einen solchen großen Procentsatz bilden. Ich glaube, der Minister hätte den Rabbiner gar nicht zu fragen brauchen; das versteht sich eben von selbst: die Juden haben überall — und das ist eine Gefahr auch für das Judenthum — in starkem Verhältniß eine Position eingenommen, daß sie die Grundlagen des Bestehenden bedrohen, sei es in der Socialdemokratie, wo die Juden immer am radicalsten waren, sei es in den anderen Parteien, welche die Grundlagen des Staates, wenn auch nicht zerstören, doch erschüttern. So viel über den beständig wiederkehrenden Vorwurf, als ob ich mit der antijüdischen Bewegung religiöse Verfolgung triebe.

(Große Heiterkeit links.)

— Nein, meine Herren, um Religion handelt es sich hierbei nicht; es handelt sich um diesen charakteristischen Zug des modernen Judenthums, den ich einmal hier ans Licht stellen wollte, und den jeder tief blickende und ernst sehende Staatsmann gerade so beurtheilen muß wie ich selbst.

(Aha! links.)

Um auf den eigentlichen Gegenstand der Verhandlung zurückzukommen, so hat der Herr Abgeordnete Bebel gefordert, man solle den Zusammenhang nachweisen zwischen den Unruhen in Belgien und den Socialdemokraten. Das ist wunderlich. Es giebt außer dem Zusammenhang in Briefen und telegraphischen Depeschen einen Zusammenhang der Ideen, den Niemand leugnen kann, am allerwenigsten nach dem, was heute hier ausgesprochen ist.

Meine Herren, ich wundere mich über manches, was der Herr Abgeordnete Bebel heute hier ausgeführt hat; er war ja auch beredt, wie er es meistens ist; aber logisch war er heute wirklich nicht. Herr Bebel fordert, daß seine Partei unter das gemeine Recht gestellt wird, und dabei weigert er sich mit den wildesten Accenten, sich unter die gemeine Pflicht des deutschen Staatsbürgers zu stellen.

(Sehr gut! rechts.)

Das ist ja der große Schaden in allen radicalen Parteien, seien sie politischer oder socialer Natur, daß sie Rechte fordern, Rechte in Menge wie Regen vom Himmel, daß sie aber nicht gewillt sind, die Pflichten zu erfüllen, die dem deutschen Staatsbürger, der unter monarchischer Regierung lebt, zukommen. Gegen solche Menschen braucht man eben

Ausnahmegesetze. Sie thun immer, als ob sie eine berechtigte politische Partei seien; wer aber sagt, daß ihm alle Mittel recht seien, begeht damit freilich kein gemeines Verbrechen; aber er verfehlt sich politisch so, daß man behaupten darf: für eine solche Anschauung in unserem geordneten Staatsleben müssen besondere Strafgesetze gegeben werden, sonst steuern wir dem Untergange zu. Und das fordern wir von unserer Regierung, daß, wenn gefährliche Tendenzen im Staatsleben auftauchen, die Regierung die nöthigen Waffen schafft, um dagegen vorzugehen. Es wäre keine Regierung, die das nicht thäte. Meine Herren Socialdemokraten, wenn Sie die Gewalt proclamiren, können Sie sich nicht wundern, daß man, so lange man die Gewalt in Händen hat, gegen Sie diese Gewalt gebraucht, damit Sie nicht mit Gewalt, wie in Belgien, über die Ordnung zur Tagesordnung übergehen.

(Bravo! rechts.)

Ich komme nun zu dem Herrn Abgeordneten Windthorst, der es mir heute recht leicht gemacht hat, ihn zu widerlegen.

(Na! na! links.)

Der Lateiner sagt: pectus est, quod disertum facit — es ist das Herz, was beredt macht. Ich glaube, daß der Mangel an Beredtsamkeit, der heute Herrn Dr. Windthorst eigen war, — wenn ich als jüngerer Mann mir ein Urtheil über ihn erlauben soll, der ja auch andere Parteien oft sehr streng beurtheilt, — daraus zu erklären ist, daß er vielleicht mit seinem pectus nicht ganz bei der Sache war. Es ist doch eigenthümlich von ihm, der Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie mit einer Art Voreingenommenheit — Hartnäckigkeit, glaube ich, sagte der Herr Abgeordnete — an allen Einzelheiten des Socialistengesetzes festhalte. Herr Windthorst ist doch ein viel zu kluger Politiker, als daß er sich nicht selber sagen sollte: angesichts der Unruhen in Belgien, angesichts der Thatsachen der socialdemokratischen Umsturzbewegungen, wie sie heute hier vorgeführt sind, würde es Schwäche sein, gerade in diesem Moment nachzugeben. Nicht starke Regierungen, die den Muth haben, ihre Pflicht zu thun, sondern schwache Regierungen sind die Mutter der Revolutionen.

(Sehr wahr! rechts.)

Und vor einer schwachen Regierung, meine Herren, behüte uns Gott in alle Zukunft!

(Zuruf bei den Socialdemokraten: In Ewigkeit! Amen. — Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte, mir eine Unterbrechung zu gestatten. Ich muß in den Worten, die Herr Bebel eben gesprochen hat, eine Blasphemie erblicken. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

(Bravo! rechts.)

Abgeordneter Bebel: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung. — Ich habe die Worte nicht gesprochen.

Präsident: Dann bitte ich um Entschuldigung und bitte denjenigen Herrn, der sie gesprochen hat, sich zu melden.

Abgeordneter von Vollmar: Mit Vergnügen. Ich habe nur

den Kanzelton, welchen der Herr dort drüben angeschlagen hat, fortgesetzt.

Präsident: Dann gilt der Ordnungsruf dem Herrn Abgeordneten von Vollmar.

Abgeordneter Stöcker (Siegen): Ich glaube nicht, daß mich der Vorwurf trifft, im Kanzelton zu reden. Wir sind aber so weit noch nicht heruntergekommen, daß hier im deutschen Reichstage Gott gar nicht mehr genannt werden dürfe, Das mögen die 15 religionslosen, bekenntnißlosen Socialdemokraten fordern; bei uns werden sie für solche Wünsche niemals ein Gehör finden.

(Bravo! rechts.)

Derr Herr Abgeordnete Windthorst hat dann gesagt, er wolle ja den anarchistischen Bestrebungen mit aller Kraft entgegentreten. Aber wenn man einem Feinde mit aller Kraft entgegentreten will, dann läßt man sich vorher die Waffen nicht aus der Hand nehmen, und wenn er ferner sagt, nie werde er mit der Socialdemokratie capituliren, so versteht sich das von selbst. Zuweilen muß man aber wider Willen vor einem Feinde capituliren, und das kann leicht geschehen, wenn man die nöthigen Mittel nicht ergreift, die nöthig sind, um zu siegen.

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat dann, und zwar in Verbindung mit den belgischen Zuständen, einen Appell an die Regierung gerichtet um Befreiung der Kirche, der Religion. Er weiß ja, daß, so weit es der Staat mit seiner Autorität irgendwie verträgt, ich gewiß gern bereit bin, in der Gewährung von kirchlicher Freiheit entgegenzukommen. Aber, meine Herren, gerade die belgischen Zustände beweisen es uns, daß mit der bloßen kirchlichen Freiheit nichts zu machen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Belgien ist in kirchlichen Zuständen so frei, wie man nur sein kann; Belgien ist bis auf 10 000 Menschen — wenigstens nach der letzten confessionellen Volkszählnng — ein durchaus katholisches Land; der Geist, wie er heute in der katholischen Kirche beliebt ist, herrscht da in voller Kraft, — und trotzdem, meine Herren, diese Unruhen.

Es sind manche Gründe dafür angeführt. Die Hauptursache liegt in den trostlosen Arbeiterzuständen Belgiens. Vielleicht kann ich einen besonderen Grund hinzufügen. Belgien ist das Vaterland der specifisch katholischen Anschauung über sociale Hilfe! Professor Perin in Loewen ist der Erfinder des sogenannten Patronats. Es beruht das auf einem freiwilligen Zusammengehen von Reich und Arm in einer patriarchalischen Form. Und ausdrücklich sagt Herr Professer Perin: die Kirche wird durch die Freiheit die Ordnung herstellen. Das Zwangspatronat des Staates will er nicht. Meine Herren, das furchtbare und erschütternde Fiasco, daß die katholische Kirche auf dem socialen Gebiete in Belgien macht

(große Unruhe im Centrum),

ist darauf zurückzuführen, daß man dort glaubt, nur mit den Mitteln der katholischen Kirche das sociale Gespenst zu verscheuchen. Die Dinge zeigen, daß das unmöglich ist. Und wenn der Herr Abgeordnete Windthorst gerade bei dieser Gelegenheit unseren Ministern zuruft, es

gehöre Weisheit und Verstand dazu, die Dinge richtig zu leiten, so muß ich sagen: das war bei dieser Gelegenheit wirklich nicht am Ort. Die Regierung thut bei uns viel, ganz anders als in Belgien; aber es gehört nicht blos bei den Regierungen Weisheit und Verstand dazu, sondern auch in den Parlamenten, damit etwas zu Stande kommen soll

(sehr richtig! rechts);

und ich glaube, es wird Niemand hier im ganzen Hause sein, der behauptet, daß jene Eigenschaften in allen Parlamenten überall und immer vorhanden sind.

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat sich bei dem Herrn Minister von Puttkamer bedankt, daß er die Religion als etwas für die sociale Frage Bedeutendes hingestellt habe. Da muß ich doch sagen, daß dieser Dank wahrhaft verletzend ist. Ich könnte gerade so gut Herrn Windthorst dafür danken, daß er die belgischen Putsche nicht in seinen Schutz nehmen will. Haben Sie je von Herrn von Puttkamer etwas anderes erwartet? Hat er je anders geredet? Was soll diese Art zu debattiren hier im deutschen Reichstage? Gewiß, meine Herren, Freiheit der Kirche, ungehemmte Bewegung der Kirche kann viel thun, aber ganz gewiß nicht alles. Und das Schicksal der katholischen Nationen zeigt uns, daß eine Uebertreibung der kirchlichen abstracten Freiheit, eine einseitige Pflege der Hierarchie das Gegentheil socialer Ruhe hervorruft. Wir hören von den Herren des Centrums beständig, daß die katholische Kirche die Welt retten kann, daß der Papst, wo er nur wirklich regiert, den Umsturz beschwöre. Ich hoffe, daß wir in Zukunft von diesen für uns doch etwas aufdringlichen Reden verschont bleiben werden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die katholische Kirche freilich eine Macht ist, wie jede Kirche eine sociale Großmacht, aber nur dann, wenn sie mit der anderen socialen Großmacht, mit dem Staate, Frieden sucht und nicht Hader.

(Bravo! rechts.)

Wen trifft bei den belgischen Verhältnissen die Schuld? Gewiß nicht allein die katholische Kirche. Aber auch nicht blos die liberale Bourgeoisie oder die Freimaurer, die für manche Leute doch allzusehr ein schwarzes Gespenst sind.

(Zuruf.)

Ich bin nicht Freimaurer, ich liebe das Freimaurerthum nicht; aber das ist doch ein kleiner Standpunkt, wenn man es mit socialen Katastrophen zu hat, über die Freimaurer loszuziehen; das ist keine Art, große Dinge politisch zu behandeln. Offenbar hat die katholische Kirche in Belgien nicht die Macht, die socialistischen Massen zu christianisiren, — nun gut, dann ist sie in derselben Noth, wie alle anderen Kirchen auch. Sie hat auch nicht die Kraft, die Bourgeoisie mit christlichen Ideen zu erfüllen — und theilt auch dies Loos mit manchen anderen Kirchen. Vielleicht aber hat sie selber keine Kraft, — und das ist in Belgien das schlimmste —, zu socialen Reformen anzutreiben. Dann aber muß die katholische Kirche auf dem gefährdeten Schauplatz erst beweisen, daß sie etwas leisten kann.

Sie hat ja in Belgien sich der Arbeiter angenommen, aber doch vielfach in einer Weise, daß man darüber nur Mißbilligung aussprechen

kann. Die Berichte belgischer Handelskammern sagen, daß in kirchlichen Stickereischulen Kinder von 6 Jahren zur Arbeit herangezogen werden; sie bekommen die schlechtesten Löhne, zwei Stunden in der Woche Unterricht. In einer Revue der belgischen socialpolitischen Bewegung, in der Economie chrétienne, stellte ein katholischer Socialpolitiker es als etwas Großes hin, wenn man jeder Arbeiterin täglich eine Stunde Unterricht verschaffen könnte. Da kann man sich doch nicht wundern, — wenn solche Bestrebungen durch die dortige Kirche selber patronisirt werden, — daß das in Revolten herausbricht. Es fehlt in Belgien an Arbeiterschutz; das ist der tiefste Grund dieser Unruhen. Wir werden daraus Veranlassung nehmen, auch unsere Regierung zu bitten, daß sie die Arbeiterschutzgesetzgebung mehr als bisher im Auge habe. Wir wollen aber auch die Herren vom Centrum bitten, daß sie nicht blos an die Reichsregierung, mit welcher sie ein wenig in Opposition stehen, ihre Mahnungen richten, sondern auch an die Glaubensgenossen in Belgien, die sich vom starken Centrum im deutschen Reich wohl gern einmal eine Warnung und Lehre gefallen lassen.

Vieles ist, was uns alle im Kampfe gegen die Anarchisten verbindet. Wir haben ein Vaterland, was wir lieben; das geben wir auch nicht preis für internationale Schwärmereien. Wir wissen, unsere Zeit hat einen internationalen Zug im Wirthschafts- und Verkehrsleben; dennoch soll jede Nation treu auf ihren sittlich-religiösen Grundlagen stehen, ihre Volksseele festhalten, feindlichen fremden Strömungen entgegentreten.

Wir haben unsere Monarchie. Und gegenüber den Ansprüchen der Socialdemokratie, die Welt demokratisch zu beglücken, sage ich: wenn man die Eifersüchteleien und Zänkereien der Socialdemokraten ansieht, hat man nicht das Gefühl, daß es ihnen beschieden ist, die Welt glücklich zu machen; sie können sich nicht einmal unter einander vertragen. Nein, meine Herren, nur die starke Monarchie, die über Jahrhunderte hinweg dauert, die nicht für einen Augenblick der Parteiagitation ihren Standpunkt einnimmt, sondern für die nachfolgenden Geschlechter sorgt, die sociale Monarchie ist berufen, in unserer Zeit an die Lösung des socialen Problems heranzutreten. Wenn Deutschland heute in der Welt eine so große Bedeutung hat, ist es nicht blos wegen der gewonnenen Schlachten, sondern weil hier von einem erleuchteten Königthum eine Kraft der Socialreform ausgegangen ist, die bisher noch keine Demokratie, noch keine Republik gezeigt hat.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Wir wollen Reformen. Wir wollen den arbeitenden Classen so weit entgegen kommen, als es nur irgend möglich ist; aber die Politik ist die Kunst des Möglichen, nicht die Phantasie des Unmöglichen. Wir gehen mit dem Socialismus nicht weiter, als es ehrlichen und verständigen Menschen möglich ist.

(Sehr richtig! links.)

Ich kann deshalb auch nicht in das Lob einstimmen, das den Socialdemokraten immer gespendet wird, als seien wir ihnen den Antrieb zu socialen Reformen schuldig. Das, was brauchbar in ihren Vor-

schlägen ist, das haben sie nicht aus sich, sondern von anderen gelernt; und was sie aus sich haben, das können wir nicht brauchen.

(Sehr gut! rechts.)

Jeder ernste Socialreformer, der auf dem Boden der gegebenen Thatsachen der Arbeiterwelt die Hand entgegenstreckt, ist derselben nützlicher als die sociale Demokratie.

Wir halten das Christenthum fest als die Grundlage jeder Gesittung. Gegenüber den 15 religions- und confessionslosen Socialdemokraten — nach dem Almanach — sage ich noch einmal: auch für das öffentliche Leben und die socialen Reformen stehen wir auf dem christlichen Boden. Ich habe es in der Berliner Bewegung oft genug erfahren, daß gerade dann, wenn diese Unterströmung des religiösen Lebens, die in dem Herzen des Volkes im Versiegen war, wieder zur Oberströmung gemacht wurde, wenn man das Volk wieder zurückführte zu den alten heiligen Errungenschaften des Christenthums: Gottvertrauen, Erlösung, Unsterblichkeit, — daß gerade diese Losungsworte Wunder wirkten an dem Volksgemüth. Die sociale Frage ist gewiß nicht blos durch Religion allein zu lösen; aber ohne Religion wird sie ganz gewiß nie gelöst.

(Bravo! rechts.)

Der Gegensatz von Reich und Arm, den die Socialdemokraten immer als den einzigen hinstellen, ist nicht der einzige; es giebt andere, die tiefer gehen: glücklich und unglücklich, gut und schlecht. Diese Unterschiede, meine Herren, die viel tiefer ins menschliche Leben eingreifen, überwinden Sie nicht durch eine Socialreform nach Ihrem Schema, sondern nur dadurch, daß Sie die guten Geister im Menschenherzen erwecken. Nur dadurch ist der Sieg zu gewinnen, daß bei Reich und Arm, bei Regierung und Regierten, bei den oberen Zehntausend und den unteren Ständen, jeder an seiner Stelle das Beste thut, jeder sich übt, mit allen anderen, die nicht das Gemeinwohl schädigen, im Frieden zu leben und das Wohl des Vaterlandes zu schaffen.

Darum bitte ich Sie, nehmen Sie, ohne auf die Anträge des Herrn Abgeordneten Windthorst Rücksicht zu nehmen, die nur die Waffe abstumpfen, welche wir brauchen, das Gesetz an.

Noch ein Wort von diesen Anträgen selbst. Der Herr Abgeordnete Windthorst versucht an einzelnen Punkten Schwächungen des Gesetzes. Ich glaube, daß das System, welches jetzt besteht, richtiger ist, daß man hin und wieder eine Zeitung, eine Versammlung zuläßt und probirt, ob die Geister sich besser als sonst der Ordnung fügen. Berlin allein zu schützen und die anderen großen Städte frei zu lassen, kann ich nicht rathen. Wenn man die Forts hat rings um eine Citadelle her, dann ist es nur eine Frage der Zeit, daß auch die Citadelle eingenommen wird. Liefern Sie Hamburg, Leipzig und die anderen großen Städte in die Hände der Socialdemokratie aus, so ist es auf die Dauer unmöglich, Berlin zu halten.

Auch wir wünschen, — und darin ist wohl Uebereinstimmung im ganzen Hause —, zu dem gemeinen Rechte zurückzukehren, wenn die Partei der Socialdemokratie zur gemeinen Pflicht zurückkehrt. Aber wir halten es für sehr schwer, das gemeine Recht wirksam zu ändern, und

können auf eine ungewisse Hoffnung hin die gewisse Gegenwart nicht aufgeben. Wir stellen uns ebenso, wie der Herr Abgeordnete Windthorst in seiner letzten Resolution, auf den Boden eines lebendigen Christenthums, das noch immer die Welt überwunden hat. Aber — das sei mein letztes Wort — wir verlangen, daß dies Christenthum ein friedliches, verträgliches, nicht zu sehr ein kämpfendes, herrschendes sei, daß die Kirche die Eintracht suche mit dem Staat. Nur die Verbindung dieser beiden Mächte wird die Gefahren beschwören, vor denen wir stehen.

(Lebhaftes Bravo rechts. Zischen links.)

Präsident: Es ist ein Antrag auf Vertagung gestellt von dem Herrn Abgeordneten Trimborn.

Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung genügt.

Ich bitte die Herren aufzustehen, welche jetzt die Sitzung vertagen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; das Haus vertagt sich.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Singer.

Abgeordneter Singer: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stöcker hat von einem Mitglied der socialdemokratischen Fraction gesprochen und hat dabei meinen geschäftlichen Beruf so speciell und genau gekennzeichnet, daß ich wohl berechtigt bin, anzunehmen: der Herr Abgeordnete hat mit dieser Schilderung mich gemeint. Unter dieser Voraussetzung habe ich mir von dem Herrn Präsidenten das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erbeten.

Ich habe gegenüber dem, was Herr Stöcker gesagt hat, nur zu erklären, daß ganz so, wie seine Wahrheitsliebe ihm vom Gericht attestirt worden ist, dieselbe auch in diesem Falle zu behandeln ist. Das, was Herr Stöcker von mir behauptet hat, daß in meinem Geschäft die Mäntelnäherinnen ausgebeutet werden, erkläre ich zunächst für eine verleumderische Behauptung, . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich rufe wegen des letzten Ausdrucks den Herrn Abordneten Singer zur Ordnung.

Abgeordneter Singer: — und ich werde abzuwarten haben, inwieweit der Abgeordnete Stöcker in der Lage ist, . . .

(Unruhe)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter Singer: — den Beweis für diese Behauptung zu führen. Ich meinerseits bin in der glücklichen Lage, zunächst constatiren zu können, daß die Behauptung des Abgeordneten Stöcker, die Mäntelnäherinnen verdienen in dem von mir mitgeleiteten Geschäft 75 Pfennige bis 1 Mark pro Tag, schon um deswegen als unwahr bezeichnet werden muß, weil ich in gar keiner directen geschäftlichen Beziehung zu den Mäntelnäherinnen überhaupt stehe, also gar nicht in der Lage bin,

irgendwie angeben zu können, — noch ist ein anderer in dieser Lage, — ob diese Summe richtig gegriffen ist.

Ich bin ferner in der glücklichen Lage, constatiren zu können, daß gegenüber dieser Behauptung, zu deren Träger der Abgeordnete Stöcker sich hier im Reichstage gemacht hat, die man allerdings nur gewohnt war, von den wüsten Elementen aus den Volksversammlungen, die der Abgeordnete Stöcker um sich zu vereinigen pflegt, zu hören, — ich bin in der Lage, zu constatiren, daß diese Behauptung auch insofern als unwahr sich erwiesen hat, als nach diesen Vorfällen einige Mitglieder der hiesigen Schneidermeisterinnung sich durch Einsicht in die von uns geführten Geschäftsbücher überzeugt haben, daß die Behauptung, bei uns werden niedrigere Löhne gezahlt als wo anders, eine lügnerische und unwahre ist. Somit kann ich also nur die Anführungen des Abgeordneten Stöcker, so weit sie meine Person betreffen, durchaus zurückweisen.

Im Uebrigen ist mir, als Herr Stöcker diese Ausführungen machte, das Wort eines alten Philosophen eingefallen, welches lautet: was sind die Meinungen der Menschen über dich werth? — und der darauf geantwortet hat: gerade so viel werth, wie diese Menschen selbst haben.

(Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, wenn Herr Stöcker meint, ich hätte mir ein arbeiterfreundliches Etiket auf den Rücken geklebt, so kann ich meinerseits nur erwidern, daß er ein solches Etiket allerdings nicht auf dem Rücken trägt, dafür aber ein Brandmal an der Stirn

(oho! — Große Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten),

welches ihn eigentlich unfähig machen sollte, unter anständigen Menschen zu verkehren.

(Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Präsident: Wegen des Ausdrucks bezüglich eines Brandmals an der Stirn rufe ich den Herrn Abgeordneten Singer nochmals zur Ordnung.

(Bravo! rechts.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Bebel.

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, Herr von Puttkamer und Herr Stöcker haben meine Worte bezüglich der Monarchie dahin auszulegen beliebt, daß sie sagten, ich hätte erklärt, daß man die Monarchie mit allen Mitteln bekämpfen müsse. Ich bezeichne dies als eine Unwahrheit.

(Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Ich habe einfach erklärt, daß, wenn in Deutschland die Monarchie zu ähnlichen Mitteln greifen würde, wie es die russische Monarchie gethan hat, ich einen ganz ähnlichen Kampf, wie ihn der Nihilismus in Rußland gegen die Monarchie führt, auch für Deutschland angemessen und angezeigt halten würde. Ich denke, meine Herren, da liegt für jeden ehrlichen und denkenden Menschen der Unterschied, der zwischen meinen Worten und der Auffassung der Herren von Puttkamer und Stöcker besteht, klar auf der Hand.

Im Uebrigen bitte ich Herrn von Puttkamer, mich künftig weiter zu empfehlen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Cegielski.

Abgeordneter Cegielski: Dem Abgeordneten Bebel gegenüber, welcher gesagt hat, daß ich auch einer revolutionären Partei angehöre, will ich kurz bemerken, daß er gewiß selbst davon überzeugt ist, daß wir keine revolutionären Ideen hegen, daß uns aber dieselben, besonders in der letzten Zeit, ohne daß wir dazu irgend eine Veranlassung gegeben haben, nur aus tactischen Gründen, untergeschoben werden. Ich weise deshalb diesen Vorwurf zurück.

Präsident: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat der Herr Abgeordnete von Helldorff.

Abgeordneter von Helldorff: Der Herr Abgeordnete Bebel hat verschiedene Stellen meiner Rede absolut mißverstanden; ich habe nicht gesprochen davon, daß wir politisch eine Mittelstellung einnehmen zwischen verschiedenen Parteien, sondern nur von einer Mittelstellung in Bezug auf die Auffassung des Eigenthums. Wenn er ferner gesagt hat und das als Entgegnung meinen Ausführungen gegenüber, daß das Flugblatt mit seiner Rede nicht von der Polizei confiscirt worden sei, so bemerke ich, daß ich nie behauptet habe, daß in seinem Flugblatte etwas strafbares, eine Confiscation rechtfertigendes stehe, sondern nur, daß diese Rede eine Anzahl von Aufreizungen zum Classenhaß enthalte. Er hat ferner meinen Zuruf: Ehernes Lohngesetz! — wie seine Erwiderung ergeben hat, absolut mißverstanden. Dieser mein Zuruf war gerichtet gegen seine Ausführungen, daß wir durch unsere Zollgesetzgebung alle Lasten auf die unteren Classen legten, und ich habe einfach durch meinen Zuruf ausgesprochen, daß diese ganzen Ausführungen mit dem ehernen Lohngesetze, auf das sich die Herren Socialdemokraten immer berufen, in unlösbarem Widerspruch stehen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stöcker (Siegen).

Abgeordneter Stöcker (Siegen): Der Herr Abgeordnete Singer hat seine persönlichen Bemerkungen, die ihm auch nicht gut bekamen, wie der zweimalige Ordnungsruf beweist, nur machen können, indem er Unwahrheiten behauptete. Der Herr Abgeordnete Singer sagte, ich hätte behauptet, daß in seinem Geschäfte weniger bezahlt würde, als in anderen. Ich habe das nicht gesagt.

Er hat ferner gesagt, ich hätte ausgesprochen, daß er die Arbeiterinnen ausbeute. Ich habe ausdrücklich hinzugefügt: „um in Ihrem Jargon zu reden", — und mich bei der Angabe der Preise auf die Aeußerungen der Presse berufen, die notorisch seit Jahr und Tag constatirt sind.

Wenn Herr Singer die directe Verbindung mit den Mäntelnäherinnen leugnet, so verstehe ich das nicht. Im Parlamentsalmanach steht er als „Mitinhaber der Damenmäntelfabrik Gebrüder Singer".

(Heiterkeit.)

Ich muß doch sagen: persönliche Bemerkungen, mit dieser Wichtigkeit vorgetragen, die dermaßen in nichts verlaufen, sind wirklich nur komischer Natur; sie machen auf mich nicht den geringsten Eindruck.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn dann der Herr Abgeordnete Singer das bekannte Mittel, das von böswilligen Gegnern so oft gegen mich angewendet wird, benutzt, um mich hier in Folge eines sehr unliebsamen Processes anzuschwärzen

(Heiterkeit)

— hören Sie nur zu! — so bemerke ich, daß ich als conservativer Mann, um nicht auf die Gerichte einen Schatten zu werfen

(Lachen links),

mich bisher gehütet habe, trotz mancher Anreizungen, zu sprechen. Wenn das aber so weiter fortgeht, so kann ich natürlich nicht schweigen und will heute nur so viel sagen, daß, als das erste Erkenntniß ausgefertigt war, einer der darin Betroffenen einen öffentlichen Brief in die Zeitungen rückte, worin er sagte: Herr Präsident, Sie haben die absolute Unwahrheit gesagt, — und daß der Präsident des Gerichtshofes darauf schweigen mußte.

(Bewegung.)

Präsident: Herr Abgeordneter Stöcker, das scheint über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinauszugehen.

Abgeordneter Stöcker (Siegen): Ich will dem Herrn Präsidenten gern folgen, wenn er sagt, ich scheine über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinauszugehen. Ich wollte noch viel mehr Richtigstellungen machen; ich freue mich aber, daß es durch die Worte des Herrn Präsidenten unmöglich gemacht ist.

(Heiterkeit.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst.

Abgeordneter Dr. Windthorst: Meine Herren, die verschiedenen Ausführungen, welche den meinigen gegenüber gemacht sind, und in denen ich auch persönlich angegriffen bin, namentlich von Seiten des Herrn Collegen Stöcker, werde ich beantworten, wenn ich in der Reihe wieder zu Worte komme. Heute habe ich nur gegenüber dem Herrn Minister eine Pflicht zu erfüllen. Der Herr Minister hat gesagt, ich habe behauptet, daß er selbst der Ansicht sei, mit meinen Anträgen sei auszukommen. Mir war diese Bemerkung des Herrn Ministers im höchsten Grade frappant; denn das auch nur zu denken, ist mir gar nicht eingefallen, und ich wußte deshalb nicht, wie es möglich sei, daß ich das gesprochen. Ich habe mein Stenogramm nachgesehen und habe darin gefunden, daß, wenn das Stenogramm so richtig war, das Vergreifen des Wörtchens „nach" statt „bei" den Irrthum herbeigeführt hat. Ich habe nämlich nach dem Stenogramm gesagt, daß nach den Anschauungen des Ministers auch diese meine Anträge genügten; es hätte heißen sollen: bei den Anschauungen, das heißt: bei den Anschauungen, die der Herr Minister hat in Beziehung auf das, was er thun und lassen kann und lassen muß rücksichtlich der Versammlungen, was er thun und lassen muß in Beziehung auf die Presse, ist auch nach meinen Anträgen das Genügende geschehen. Daß der Minister selbst die Ansicht hätte, daß dieselben dafür genügen, habe ich nicht gesagt; er würde allerdings, wenn er diese Ansicht hätte, mit sich in Widerspruch gekommen sein; er würde allerdings dann zweideutig

gewesen sein, und ich muß gestehen, daß es mir unmöglich ist, auch nur den Gedanken zu haben, der Herr Minister von Puttkamer habe etwas zweideutiges gesagt. So liegt die Sache; das ist es, was ich habe sagen wollen; und ich wollte den Schluß der Debatte nicht unbenutzt lassen und den Tag nicht vorübergehen lassen, ohne dies berichtigt zu sehen.

Was übrigens der Herr Minister gegen mich vorgebracht hat, wird ebenfalls in der Reihe der Erörterungen vorkommen, die ich mir vorbehalte.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Singer.

Abgeordneter Singer: Meine Herren, ich möchte nur auf die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Stöcker noch das Eine erwidern. Herr Stöcker wirft mir vor und meint, ich hätte in meiner ersten persönlichen Bemerkung geleugnet, daß ich irgend welche Verbindung mit Mäntelnäherinnen habe und führte

(Zuruf rechts: Das haben Sie gethan!)

und führte als Beweis den Parlamentsalmanach an. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich in meiner ersten persönlichen Bemerkung nur constatirt habe, daß die Firma keine directe Verbindung mit den Arbeiterinnen hat (ah! rechts)

und in Folge dessen nicht in der Lage ist, die Wahrheit der Behauptung des Herrn Abgeordneten Stöcker, daß 75 Pfennige oder 1 Mark oder so und so viel pro Tag verdient wird, zu constatiren.

Die zweite Bemerkung des Herrn Abgeordneten Stöcker giebt mir wiederum den Beweis, daß er weder von den Productions-, noch von den Arbeiterverhältnissen irgend etwas versteht, sondern daß er ganz im allgemeinen hetzt.

Präsident: Der Ausdruck „hetzt" muß als unparlamentarisch bezeichnet werden.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Stöcker (Siegen).

Abgeordneter Stöcker (Siegen): Die Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Singer sind — wie ich glaube, nach dem Urtheile des gesammten Hauses — der Art, daß ein Deutscher sie schwerlich gemacht hätte. (Große Unruhe links.)

Präsident: Das wäre keine persönliche Bemerkung.

(Andauernde Unruhe.)

Meine Herren, ich bitte um Ruhe!

Ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen Mittag 12 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung:

Fortsetzung der heutigen Berathung.

Dagegen erhebt sich kein Widersprch; die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr.)

Druck von J. H. W. Dietz in Hamburg.